

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz

1975

JANUAR

FEBRUAR

MÄRZ

APRIL

MAI

JUNI

JULI

AUGUST

SEPTEMBER

OKTOBER

NOVEMBER

DEZEMBER



INHALT

Bevölkerungsentwicklung 1974

- 121 Im Jahre 1974 war in Rheinland-Pfalz erstmalig seit Bestehen des Landes eine negative Bevölkerungsentwicklung zu verzeichnen, wobei der Gestorbenenüberschuß durch einen negativen Wanderungssaldo noch verstärkt wurde.
-

Steueraufkommen 1974

- 124 Die Steuereinnahmen bestimmen den finanziellen Spielraum, der den Gebietskörperschaften zur Erfüllung ihrer Aufgaben zur Verfügung steht. Zugleich spiegeln die Steuern die Tendenzen der wirtschaftlichen Entwicklung wider.
-

Sozialhilfe 1964 - 1974

- 128 Die außergewöhnliche Steigerung der Ausgaben für die Sozialhilfe, namentlich für die Behindertenhilfe und die Hilfe zur Pflege, ist im wesentlichen auf bedeutsame Verbesserungen des Leistungsrechts zurückzuführen.
-

Regionaler Wohnungsbau 1968 - 1973

- 131 Die Darstellung der regionalen Verteilung des Wohnungsbaus über eine Reihe von Jahren hinweg zeigt sowohl Schwerpunkte als auch Entwicklungstendenzen der Bautätigkeit in einzelnen Gebieten auf.
-

Schuhindustrie 1950 - 1974

- 135 Mit einem Anteil von jeweils über einem Drittel ist die rheinland-pfälzische Schuhindustrie an den Beschäftigten und der Produktion des gesamten Bundesgebietes beteiligt. Sie ist überwiegend auf den Pirmasenser Raum konzentriert, welcher noch immer stark monostrukturell geprägt ist.
-

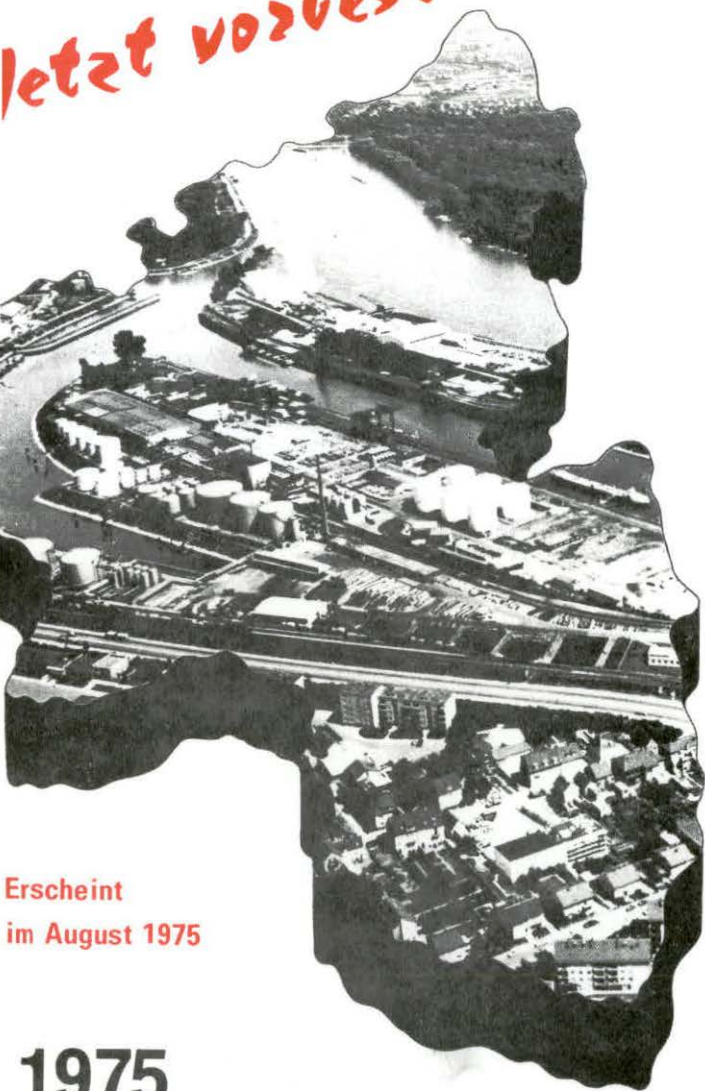
Anhang

- 41* Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
47* Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes
-



Rheinland- Pfalz heute

Jetzt vorbestellen!



Erscheint
im August 1975

1975

Bestellkarte

Ich bestelle Ex.

Rheinland - Pfalz heute - 1975

zum Preis von 60 Pfennig
ab 100 Ex. 40 Pfennig

Name / Dienststelle / Firma:

.....

.....

()

.....

Der vierfarbige Prospekt "Rheinland-Pfalz heute" dient der Schnellinformation. Er gibt auf 20 Seiten einen Überblick über die wichtigsten Eckwerte aus den Bereichen Bevölkerung, Kultur, Arbeit, Wirtschaft und Staat; außerdem Vergleichszahlen der Flächenländer und des Bundesgebiets.

Neu aufgenommen ist eine Tabelle "Die Frau in Gesellschaft und Wirtschaft".



40 Pf.
Porto

An das

Statistische Landesamt

Rheinland - Pfalz

5427 BAD EMS

Mainzer Straße 15 / 16

Erstmals negative Bevölkerungsentwicklung in Rheinland-Pfalz

Am Jahresende 1974 lebten in Rheinland-Pfalz 3 688 066 Personen, das waren 12 721 weniger als ein Jahr zuvor. Die Ursache für diesen Bevölkerungsrückgang liegt darin, daß der Gestorbenenüberschuß von 7 602 Menschen nicht nur durch einen positiven Wanderungssaldo nicht kompensiert, sondern durch einen negativen Wanderungssaldo noch verstärkt wurde. Damit verlief die Bevölkerungsentwicklung erstmalig seit Bestehen des Landes negativ.

Während die Zahl der Gestorbenen, bezogen auf 1 000 Einwohner, im Jahre 1974 etwa gleich hoch war wie 1973, war bei der Geburtenentwicklung eine Abschwächung des rückläufigen Trends zu verzeichnen. So wurden im letzten Jahre 9,7 Kinder je 1 000 Einwohner lebend geboren. Im Jahre 1973 waren es 10,0 und 1972 noch 11,1 Kinder. Erfreulicherweise erfolgte während des vergangenen Jahres ein Rückgang der Säuglingssterblichkeit, das heißt der im ersten Lebensjahr gestorbenen Kinder, bezogen auf 1 000 Lebendgeborene, von 24,3 auf 22,3. Allerdings liegt Rheinland-Pfalz damit immer noch über dem Bundesdurchschnitt von 21,1.

Erstmals wieder seit dem Rezessionsjahr 1967 war im Jahre 1974 ein negativer Gesamtwanderungssaldo in Höhe von 6 328 Personen zu verzeichnen, während im Vorjahr noch 14 925 Menschen mehr zu- als fortzogen. Der Hauptgrund für diese Entwicklung sind die verringerten Zuzüge aus dem Ausland bei gleichzeitiger Verstärkung der Fortzüge dorthin. ko

Mehr über dieses Thema auf Seite 121

Fast 2 500 ärztliche Meldungen über ansteckende Geschlechtskrankheiten in 1974

In Rheinland-Pfalz sind im Jahre 1974 durch Meldungen der Ärzte 2 446 Fälle von ansteckenden Geschlechtskrankheiten bekannt geworden. Damit wurde das Meldeergebnis des Vorjahres (2 421) nur unwesentlich überschritten. Die tatsächliche Verbreitung venerischer Krankheiten wird mit diesen Nachweisungen jedoch nicht aufgezeigt, vielmehr muß mit einem weit höheren Erkrankungsmaßstab gerechnet werden.

Mit 91% aller Erkrankungen trat wiederum der Tripper am häufigsten in Erscheinung. Daneben hatten noch die Syphilis-Fälle (8,5%) eine zahlenmäßige Bedeutung. Neben 4 Fällen von Weichem Schanker gab es noch 9 Mehrfachinfektionen. Diese Anteile haben gegenüber 1973 nur unbedeutende Veränderungen erfahren.

Unter den betroffenen Personen bildeten die Männer die Mehrzahl (72,6%), wobei deren Anteil bei den Trippererkrankungen (73,4%) nicht unerheblich höher lag als bei den Syphiliserkrankungen (65,7%). Mehr als drei Viertel der erfaßten Erkrankten befanden sich im Alter zwischen 20 und 40 Jahren; dabei zeigten sich die stärksten Besetzungen bei Trippererkrankungen in der Gruppe der 20- bis 25jährigen, bei den syphilitischen Erkrankten im Altersbereich zwischen 30 bis 40 Jahren. Zwei Drittel der nachgewiesenen Geschlechtskranken waren ledig, etwas mehr als ein Viertel verheiratet. In beiden Gruppen dominierten die Männer erheblich. Bei den Geschiedenen (4%) hielten sich die beiden Geschlechter die Waage. zi

Lohnsteuer erbrachte 1974 ein Drittel des Steueraufkommens

Das Gesamtaufkommen an staatlichen und kommunalen Steuern erhöhte sich 1974 um 6,9% auf 11 215 Mill. DM. Aufkommensstärkste Einzelsteuer war die Lohnsteuer, die mit 3 715 Mill. DM (+ 16,9%) rund ein Drittel des gesamten Steueraufkommens erbrachte. Dagegen stiegen die Einnahmen aus der veranlagten Einkommensteuer nur noch geringfügig um 2,4% auf 1 260 Mill. DM; bei der Körperschaftsteuer war sogar ein Rückgang um 3,3% auf 656 Mill. DM zu verzeichnen. Die Entwicklung der Steuern vom Umsatz spiegelt die schwache Verbrauchskonjunktur sowie die kräftige Expansion im Außenhandel wider: Während bei der Umsatzsteuer ein Rückgang um 2,0% auf 1 613 Mill. DM eintrat, stiegen die Einnahmen aus der Einfuhrumsatzsteuer um 34,7% auf 742 Mill. DM. Die konjunkturelle Abschwächung und zahlungstechnische Sondereinflüsse hatten bei den meisten Verbrauchsteuern Mindereinnahmen zur Folge. Das Aufkommen der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital erreichte 1 021 Mill. DM (+ 7,2%) und überschritt damit erstmals die Milliarden Grenze.

Die Verteilung der Steuereinnahmen auf die Gebietskörperschaften hat sich weiter zugunsten des Landes sowie der Gemeinden und Gemeindeverbände verschoben. Gegenüber 1973 ging der Anteil des Bundes von 47,3% auf 46,6% zurück, während sich der Anteil des Landes von 38,2% auf 38,3% und der Anteil der Gemeinden (Gv.) von 14,5% auf 15,1% erhöhte. ly

Mehr über dieses Thema auf Seite 124

Schweinebestände gleich geblieben

Am 3. April 1975 gab es in Rheinland-Pfalz rund 710 000 Schweine, darunter 236 000 Mastschweine, 400 000 Ferkel und Jungschweine bis 50 kg Lebendgewicht sowie fast 71 000 Zuchtsauen. Gegenüber dem gleichen Zeitpunkt des Vorjahres wurde somit nur ein geringfügig kleinerer Bestand (— 2,4%) festgestellt, während sich im Vergleich zum Dezember 1974 keine nennenswerten Veränderungen ergaben. Auch unter den einzelnen Kategorien zeichneten sich keine auffallenden Entwicklungstendenzen ab. Die Zahl der schweinehaltenden Betriebe verringerte sich dagegen deutlicher. Mit gut 44 000 waren 9 bzw. 11% weniger vorhanden als im April und Dezember des Vorjahres. lx

Freilandgemüseanbau nur leicht rückläufig

Die Freilandgemüsefläche wird nach dem Ergebnis der repräsentativ durchgeführten Erhebung über den beabsichtigten Verkaufsanbau rund 4 200 ha umfassen und insgesamt nur eine geringe Einschränkung gegenüber 1974 erfahren. Allerdings sind stärkere Rückgänge bei Dauerwirsing, Frühjahrsspinat, Frühen Karotten, Dauerweißkohl, Dicken Bohnen, Frühwirsing, Einlegegurken, Stangenbohnen, Tomaten und Steckzwiebeln zu erwarten. Erweitert werden dagegen die Anbauflächen von Schälgurken, Späten Möhren, Frühkohlrabi, Porree, Frühen Möhren, Saatzwiebeln, Frischerbsen und Frühweißkohl.

Der Erdbeeranbau erfuhr bei den älteren Anlagen eine Einschränkung auf 155 ha (— 6,1%), bei den Neupflanzungen auf 69 ha (— 5,5%). wa

Fast 50% der Industrieumsätze 1974 entfielen auf das Rheintal

Im Jahre 1974 entfielen auf die unmittelbar im Rheintal gelegenen kreisfreien und großen kreisangehörigen Städte Neuwied, Andernach, Koblenz, Lahnstein, Bingen, Ingelheim, Mainz, Worms, Frankenthal, Ludwigshafen und Speyer mit zusammen 154 840 Arbeitsplätzen und 20,6 Mrd. DM Umsatz nicht weniger als 38,9% bzw. 47,4% des gesamten rheinland-pfälzischen Industriepotentials. Für die Gesamtheit dieser Rheinstädte stiegen im Vergleich zu 1973 Beschäftigtenzahl und Umsatz um 0,3 bzw. 23,4%, während sich auf Landesebene Relationen von — 2,3 bzw. + 15,9% errechnen. Die Beschäftigtendichte von 205 tätigen Personen je 1 000 Einwohner lag sogar um nicht weniger als 90% höher als der für Rheinland-Pfalz insgesamt errechnete Wert von 108. Der Umsatz von 133 200 DM je tätiger Person und der Exportanteil von 35,6% am Umsatz überstiegen ebenfalls spürbar die entsprechenden Landesmittelwerte von 109 300 DM und 29,4%. Die überragende industrielle Bedeutung des Rheingrabens träte indessen noch deutlicher hervor, wenn auch die Daten der übrigen kreisangehörigen Anliegergemeinden mit einbezogen würden.

Die unmittelbar am Rheinlauf angesiedelten Industrien bieten ein relativ breit differenziertes Branchenspektrum, wobei sich Schwerpunkte für die Industrien der Steine und Erden, die Eisen-, Stahl- und Metallverarbeitung, die Chemie einschließlich Mineralölverarbeitung, den Maschinen- und Apparatebau einschließlich Elektrotechnik sowie die Glas-erzeugung abzeichnen. pe

Umweltschutzinvestitionen der Industrie mehr als verdoppelt

Während die Gesamtinvestitionen der rheinland-pfälzischen Industrieunternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten 1973 gegenüber dem Vorjahr nur um 3,7% auf 1 856 Mill. DM stiegen, konnte für die Investitionen, die der Beseitigung oder Verhütung von Umweltbelastungen dienen, eine außerordentlich starke Expansion um 125% auf knapp 83 Mill. DM verzeichnet werden, wodurch sich deren Anteil am Gesamtvolumen von 2,0% im Jahre 1972 auf 4,4% erhöhte. Bei einem Rückgang der Unternehmenszahl um 2,6% auf 1 783 Einheiten, nahm die Zahl der Unternehmen mit Investitionen für Umweltschutz um 17,3% auf 210 zu, wobei auch deren Aufwendungen für Anlagegüter eine überproportionale Wachstumstendenz um 26,0% auf 1 065 Mill. DM erkennen ließen.

In der Differenzierung nach Arten des Umweltschutzes waren diese Investitionen weit überwiegend als Aufwendungen für Zwecke der Abwasserklärung (79,4%) und der Luftreinhaltung (17,9%) ausgewiesen, während die Sektoren Lärmverminderung (1,4%) und Abfallbeseitigung (1,3%) außerordentlich schwach beteiligt waren. Im Vergleich zu 1972 ergaben sich bei den vier Investitionsarten sehr unterschiedliche Veränderungen, und zwar + 168 und + 48% sowie + 108 und — 35%. Die vergleichsweise günstigen Ergebnisse für Investitionen zum Zwecke der Abwasserklärung stehen weitgehend im Zusammenhang mit der Errichtung einer Großkläranlage in Ludwigshafen, welche zum Jahresbeginn 1975 in Betrieb genommen wurde. pe

Industrieproduktion im April 1975 beträchtlich unter Vorjahresstand

Im April 1975 war - gemessen an dem von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigten Produktionsindex - ein merklicher Rückgang der rheinland-pfälzischen Industrieproduktion zu verzeichnen (— 4,8% gegenüber dem Vormonat; — 15,6% gegenüber April 1974). Für den Zeitraum Januar bis April 1975 wurde gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode ebenfalls eine spürbare Einbuße ermittelt (— 10,1%).

Vom Rückgang der Gesamtproduktion im Berichtsmonat gegenüber März 1975 waren alle Industriebauptgruppen betroffen, wobei die Investitionsgüterindustrien mit — 11,1% die höchste Einbuße auswiesen (Verbrauchsgüterindustrien — 5,3%). Im Vergleich zu April 1974 sind Abnahmen zwischen — 10,6% im Verbrauchsgüter- sowie — 19,0% im Grundstoff- und Produktionsgüterbereich zu registrieren. Die Investitionsgüter- sowie Nahrungs- und Genußmittelindustrien verzeichneten Minderungen um — 13,2 bzw. — 13,4%. Unter den einzelnen Industriezweigen zeigten Chemie (— 21,0%), Steine und Erden (— 26,6%) sowie Maschinenbau (— 29,7%) einen sehr ungünstigen Entwicklungsverlauf, wogegen die Schuhherstellung vergleichsweise günstig abschnitt (— 3,4%). pe

Schuhindustrie 1950 - 1974

Während zu Beginn der 50er Jahre noch knapp ein Zehntel aller rheinland-pfälzischen Industriebeschäftigten in der Schuhherstellung tätig war, hat sich dieser Anteilssatz bis heute halbiert, wobei insbesondere das letzte Jahrzehnt eine stark ausgeprägte Rezession zeigt. Zwischen 1965 und 1974 ging die Beschäftigtenzahl der rheinland-pfälzischen Schuhindustrie von 35 665 auf 22 255 zurück, womit der Stand von 1950 wieder erreicht wurde. Demgegenüber nahm die Beschäftigtenzahl der Industrie insgesamt von 1950 bis 1974 um über 80% zu. Gegenüber einer Steigerung der Nettoproduktion der Gesamtindustrie in diesem Zeitraum um 765% konnte für die Schuhherstellung lediglich ein Wachstum um + 90% verzeichnet werden, worin sich die vergleichsweise schwierige wirtschaftliche Lage dieser Branche widerspiegelt.

Die Differenzierung der Produktion der Schuhindustrie nach Erzeugnisgruppen läßt längerfristig weitgehend unveränderte Strukturen erkennen, wobei 1974 von einem Produktionswert in Höhe von 1 046 Mill. DM allein zwei Drittel auf die Fertigung von Lederstraßenschuhen für Damen entfielen, während Herrenschuhe und leichtes Schuhwerk erst in beträchtlichem Abstand mit Anteilen von rund 19 bzw. 13% folgten. Mit einer Beteiligung von 36,3% an der Schuherzeugung des Bundesgebietes konnten die heimischen Produzenten, welche überwiegend auf den Raum Pirmasens-Zweibrücken konzentriert sind, ein Ergebnis erzielen, welches dem Beschäftigtenanteil entsprach. Damit liegt die Schuhindustrie-Kapazität von Rheinland-Pfalz unter den Bundesländern mit Abstand an der Spitze, gefolgt von Baden-Württemberg, Bayern, Nordrhein-Westfalen und Hessen. pe

Mehr über dieses Thema auf Seite 135

Bevölkerungsentwicklung 1974

Die Wohnbevölkerung von Rheinland-Pfalz be-
zifferte sich am 31. Dezember 1974 auf 3 688 066
Personen. Davon waren 1 763 996 (47,8%) männli-
chen und 1 924 070 (52,2%) weiblichen Geschlechts.
Die Fortschreibung erfolgte auf der Basis der
Volkszählung vom 27. Mai 1970. In den folgenden
Zahlen und Relationen nicht enthalten sind 1 209
Personen, die infolge Untererfassung durch die Ge-
meinden bei der Volkszählung in der Fortschrei-
bung nachgetragen werden mußten.

Abnahme der Bevölkerungszahl

Die Bevölkerungsentwicklung, die durch die Zahl
der Geburten, der Sterbefälle und der Zu- und
Fortzüge bestimmt wird, war in 1974 erstmalig seit
Bestehen des Landes negativ. 1973 konnte noch eine
Zunahme der Wohnbevölkerung um 7 739 Personen
registriert werden. Die Hauptursache für die Ab-
nahme ist darin zu suchen, daß der Gestorbenen-
überschuß von 7 602 Personen noch durch einen
negativen Wanderungssaldo von 6 328 Personen
verstärkt wurde. In den Jahren 1972 und 1973, in
denen auch Gestorbenenüberschüsse zu verzeichnen
waren, wurden diese jeweils durch hohe positive
Wanderungssalden ausgeglichen.

Im Altersaufbau der Bevölkerung traten zwi-
schen 1970 und 1974 deutliche Änderungen ein. So
stieg der Anteil der über 65 Jahre alten Personen
an der Wohnbevölkerung von 13,1% auf 14,3%,

gleichzeitig fiel der Prozentsatz der unter 5jährigen
in diesem Zeitraum um 2,1 Prozentpunkte auf 5,5,
der aller unter 10 Jahre alten Personen von 16,4 auf
13,6.

Rückläufiger Trend bei der Geburtenentwicklung
abgeschwächt

Im Jahre 1974 wurden 35 885 Kinder lebend ge-
boren, und zwar 18 305 Knaben und 17 580 Mäd-
chen.

Anteil der ehelich Lebend- und Totgeborenen nach der
Geburtenfolge an den Gesamtgeburten 1968 - 1974

Geboren als ...	1968	1970	1972	1974
	%			
1. Kind	37,6	41,3	44,7	47,6
2. Kind	31,2	30,3	30,7	31,6
3. Kind	16,4	15,4	13,3	11,8
4. Kind	7,5	6,6	5,7	4,6
5. Kind	3,4	3,0	2,5	2,1
6. Kind	1,8	1,4	1,4	1,0
7. Kind	0,9	0,8	0,7	0,5
8. Kind	0,6	0,4	0,3	0,3
9. Kind und mehr	0,8	0,7	0,6	0,5
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0

chen. Damit ist die Zahl der Geborenen gegenüber
dem Vorjahr um 1 115 zurückgegangen. Bezogen
auf 1 000 Einwohner bedeutet das einen Rückgang

Eheschließungen, Geborene und Gestorbene 1950 - 1974

Zeitraum	Ehe- schlie- ßungen	Lebendgeborene				Totgeborene		Gestorbene					Ge- borenen- bzw. Gestor- benen- überschuß
		ins- gesamt	männ- lich	weib- lich	nicht- ehelich	ins- gesamt	nicht- ehelich	ins- gesamt	männ- lich	weib- lich	im ersten Lebens- jahr	in den ersten 7 Lebens- tagen	
1950	32 617	56 147	29 115	27 032	4 242	1 146	136	31 958	16 145	15 813	2 950	1 482	24 189
1960	31 924	64 251	32 743	31 508	3 350	1 023	72	39 533	20 596	18 937	2 369	1 299	24 718
1970	27 665	48 706	25 119	23 587	2 331	514	35	43 694	22 202	21 492	1 241	902	5 012
1971	27 077	46 049	23 810	22 239	2 314	482	47	44 001	22 381	21 620	1 052	717	2 048
1972	26 444	41 035	21 023	20 012	2 239	442	26	43 914	22 360	21 554	989	610	- 2 879
1973	25 641	37 000	19 052	17 948	2 121	341	36	44 186	22 355	21 831	911	543	- 7 186
1974	24 444	35 885	18 305	17 580	2 083	303	26	43 487	22 001	21 486	805	453	- 7 602
1. Vj. 1973	5 042	9 626	4 973	4 653	527	109	8	12 004	6 089	5 915	218	133	- 2 378
2. Vj. 1973	7 614	9 418	4 838	4 580	548	84	11	10 640	5 407	5 233	238	153	- 1 222
3. Vj. 1973	7 528	9 275	4 835	4 440	535	80	9	10 268	5 140	5 128	230	128	- 993
4. Vj. 1973	5 457	8 681	4 406	4 275	511	68	8	11 274	5 719	5 555	225	129	- 2 593
1. Vj. 1974	4 772	9 075	4 691	4 384	534	73	3	11 314	5 690	5 624	234	136	- 2 239
2. Vj. 1974	7 269	9 123	4 573	4 550	539	82	5	10 635	5 395	5 240	200	118	- 1 512
3. Vj. 1974	7 160	9 405	4 816	4 589	532	76	8	10 251	5 228	5 023	178	102	- 846
4. Vj. 1974	5 243	8 282	4 225	4 057	478	72	10	11 287	5 688	5 599	193	97	- 3 005

Zeitraum	Eheschließungen	Lebendgeborene	Gestorbene	Geborenen- bzw. Gestorbenen-überschuß	Nicht-ehelich Lebendgeborene	Gestorbene		Knaben auf 1 000 lebendgeborene Mädchen	Totgeborene auf 1 000 Lebend- und Totgeborene
						im ersten Lebensjahr 1)	in den ersten 7 Lebens-tagen		
						auf 1 000 Einwohner	auf 1 000 Lebendgeborene		
1950	11,0	19,0	10,8	8,2	75,6	52,8	26,4	1 077	20,0
1960	9,4	18,9	11,6	7,3	52,1	36,9	20,2	1 039	15,7
1970	7,6	13,4	12,0	1,4	47,9	25,2	18,5	1 065	10,4
1971	7,4	12,5	12,0	0,6	50,3	22,7	15,6	1 071	10,4
1972	7,2	11,1	11,9	- 0,8	54,6	23,8	14,9	1 051	10,7
1973	6,9	10,0	12,0	- 1,9	57,3	24,3	14,7	1 062	9,1
1974	6,6	9,7	11,8	- 2,1	58,0	22,3	12,6	1 041	8,4
1. Vj. 1973	5,5	10,6	13,2	- 2,6	54,7	22,9	13,8	1 069	11,2
2. Vj. 1973	8,3	10,2	11,5	- 1,3	58,2	25,2	16,2	1 056	8,8
3. Vj. 1973	8,1	9,9	11,0	- 1,1	57,7	24,4	13,8	1 089	8,6
4. Vj. 1973	5,8	9,3	12,1	- 2,8	58,9	25,2	14,9	1 031	7,8
1. Vj. 1974	5,2	9,9	12,4	- 2,5	58,8	26,2	15,0	1 070	8,0
2. Vj. 1974	7,9	9,9	11,5	- 1,6	59,1	22,0	12,9	1 005	8,9
3. Vj. 1974	7,7	10,1	11,0	- 0,9	56,6	19,0	10,8	1 050	8,0
4. Vj. 1974	5,6	8,9	12,1	- 3,2	57,7	22,2	11,7	1 041	8,6

1) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den letzten 12 Monaten.

von 10,0 auf 9,7. Gegenüber früheren Jahren ist somit eine Abschwächung des rückläufigen Trends eingetreten. Ob diese Entwicklung von Dauer sein wird, ist noch nicht abzusehen. Hier könnte sich die verstärkte Abwanderung von Ausländern, deren Frauen bekanntlich höhere altersspezifische Fruchtbarkeitsziffern haben als deutsche, wieder nachteilig auf die Entwicklung der Geburtenzahlen auswirken und zu einer weiteren Rückläufigkeit führen.

Erfreulicherweise ist die Zahl der Totgeborenen auch in diesem Jahr weiter gesunken. So waren auf 1 000 Lebend- und Totgeborene nur noch 8,4 Totgeborene zu verzeichnen. Im Jahre 1970 lag diese Zahl noch bei 10,4 und 1950 sogar noch bei 20,0. In dieser Abnahme schlagen sich unter anderem die vermehrten Bemühungen in der Schwangerschaftsvorsorge positiv nieder.

Anteil der Erstkinder an den Geburten steigt

Die verstärkte Familienplanung der vergangenen Jahre und neue Vorstellungen über eine zeitgemäße Familiengröße, die neben der Vergröße-

rung der Geburtenabstände zu dem starken Rückgang der absoluten Zahl der Geburten geführt haben, zeigen sich bei einer näheren Untersuchung der Geburtenfolge.

So betrug der Anteil der Erst-Kinder an den gesamten ehelich Lebend- und Totgeborenen 1968 erst 37,6%, im Jahre 1974 aber bereits 47,6%, also fast die Hälfte aller Geburten entfiel auf Geborene, die als erstes Kind einer Ehe zur Welt kamen. Dagegen blieb in diesem Zeitraum der Anteil der als 2. Kind Geborenen mit etwa 31% konstant, während bei den als 3. und 4. Kind Geborenen ein Rückgang um 5 bzw. 3 Prozentpunkte verzeichnet wurde. Daß auch die Anteile bei den höheren Rangziffern der Kinder abnahmen, dokumentiert deutlich die Verringerung der Familiengröße im Laufe der Jahre.

Die Vergrößerung der Abstände zwischen Eheschließung und Geburt des 1. bzw. zwischen den folgenden Kindern gibt eine einfache Durchschnittszahl an, wobei Abstände von mehr als 10 Jahren außer acht gelassen wurden. So wurde das 1. Kind 1974 etwa 24 Monate nach der Eheschließung geboren (1968 rund 18 Monate). Der Abstand zwischen

Wanderungen über die Landesgrenzen 1950 - 1974

Zeitraum	Insgesamt			Bundesländer			Ausland und übrige Gebiete		
	Zuzüge	Fortzüge	Wanderungs-saldo	Zuzüge	Fortzüge	Wanderungs-saldo	Zuzüge	Fortzüge	Wanderungs-saldo
1950	160 144	45 219	114 925	134 277	41 497	92 780	25 867	3 722	22 145
1960	109 356	101 410	7 946	84 901	89 338	- 4 437	24 455	12 072	12 383
1970	129 860	109 011	20 849	88 085	88 732	- 647	41 775	20 279	21 496
1971	126 962	109 423	17 539	87 030	87 437	- 407	39 932	21 986	17 946
1972	122 587	109 786	12 801	85 475	86 816	- 1 341	37 112	22 970	14 142
1973	122 890	107 965	14 925	83 350	84 906	- 1 556	39 540	23 059	16 481
1974	101 030	107 358	- 6 328	76 389	81 573	- 5 184	24 641	25 785	- 1 144
1. Vj. 1973	27 528	23 383	4 145	18 082	18 774	- 692	9 446	4 609	4 837
2. Vj. 1973	30 221	25 068	5 153	20 763	20 163	600	9 458	4 905	4 553
3. Vj. 1973	35 561	29 758	5 803	23 432	23 269	163	12 129	6 489	5 640
4. Vj. 1973	29 580	29 756	- 176	21 073	22 700	- 1 627	8 507	7 056	1 451
1. Vj. 1974	24 114	24 736	- 622	18 104	18 984	- 880	6 010	5 752	258
2. Vj. 1974	23 201	24 745	- 1 544	18 049	19 002	- 953	5 152	5 743	- 591
3. Vj. 1974	28 964	28 903	61	21 262	21 639	- 377	7 702	7 264	438
4. Vj. 1974	24 751	28 974	- 4 223	18 974	21 948	- 2 974	5 777	7 026	- 1 249

Herkunfts- und Zielgebiet	1973			1974					
	Zuzüge	Fortzüge	Wanderungs-saldo	Zuzüge		Fortzüge		Wanderungssaldo	
	insgesamt			männlich		insgesamt	männlich	insgesamt	männlich
Bundesgebiet	83 350	84 906	- 1 556	76 389	44 469	81 573	47 254	- 5 184	- 2 785
Schleswig-Holstein	1 730	1 748	- 18	1 556	925	1 626	937	- 70	- 12
Hamburg	809	819	- 10	610	353	791	489	- 181	- 136
Niedersachsen	4 117	3 939	178	3 758	2 160	4 045	2 359	- 287	- 199
Bremen	470	458	12	378	226	423	275	- 45	- 49
Nordrhein-Westfalen	26 918	24 779	2 139	24 035	13 550	24 072	13 899	- 37	- 349
Hessen	15 560	18 719	- 3 159	14 640	8 692	18 278	10 328	- 3 638	- 1 636
Baden-Württemberg	17 272	18 468	- 1 196	15 886	9 570	17 276	10 096	- 1 390	- 526
Bayern	7 050	8 346	- 1 296	6 425	3 831	7 534	4 397	- 1 109	- 566
Saarland	7 403	5 664	1 739	7 262	4 111	5 733	3 342	1 529	769
Berlin (West)	2 021	1 966	55	1 839	1 051	1 795	1 132	44	- 81
DDR einschl. Berlin (Ost)	575	51	524	522	191	57	23	465	168
Ostgebiete des Deutschen Reiches (Gebietsstand 31.12.1937)	379	134	245	398	159	131	50	267	109
Ausland	38 496	22 872	15 624	23 590	12 792	25 548	16 280	- 1 958	- 3 488
Europäisches Ausland	33 797	19 195	14 602	19 382	10 532	21 679	14 265	- 2 297	- 3 733
Frankreich	1 534	1 266	268	1 340	689	1 392	733	- 52	- 44
Griechenland	941	1 301	- 360	744	380	1 107	654	- 363	- 274
Italien	6 789	5 122	1 667	3 944	2 567	5 239	3 427	- 1 295	- 860
Jugoslawien	4 911	2 856	2 055	2 272	1 197	3 243	2 299	- 971	- 1 102
Portugal	1 931	530	1 401	687	253	932	660	- 245	- 407
Spanien	2 559	1 638	921	635	317	2 231	1 660	- 1 596	- 1 343
Türkei	10 177	3 150	7 027	5 353	2 855	3 978	2 844	1 375	11
Übriges europäisches Ausland	4 955	3 332	1 623	4 407	2 274	3 557	1 988	850	286
Außereuropäisches Ausland	4 697	3 672	1 025	4 206	2 259	3 869	2 015	337	244
Amerika	2 586	2 557	29	2 359	1 179	2 610	1 209	- 251	- 30
USA	1 975	1 984	- 9	1 559	897	2 071	907	- 512	- 10
Afrika	850	411	439	601	348	459	320	142	28
Asien	1 023	527	496	1 093	652	607	384	486	268
Australien	238	177	61	153	80	193	102	- 40	- 22
Unbekanntes Ausland	2	5	- 3	2	1	-	-	2	1
Unbekannt und ohne Angabe	90	2	88	131	76	49	27	82	49
Insgesamt	122 890	107 965	14 925	101 030	57 687	107 358	63 634	- 6 328	- 5 947

dem ersten und dem zweiten Kind erhöhte sich in dieser Zeit um 5 Monate auf ungefähr 3,7 Jahre. Beim dritten Kind beträgt die Vergrößerung des Geburtenabstandes etwa 8 und beim vierten Kind etwa 9 Monate.

Säuglingssterblichkeit niedriger als im Vorjahr

Im Jahre 1974 sind in Rheinland-Pfalz 43 487 Personen gestorben, wobei der Anteil der Männer mit 50,6% wiederum höher war als derjenige der Frauen. Die Sterberate von 11,8 Personen je 1 000 Einwohner liegt geringfügig unter der des Vorjahres (12,0). Von den gesamten Sterbefällen betrafen 805 oder 1,9% Kinder im ersten Lebensjahr, von denen wiederum über die Hälfte in der ersten Lebenswoche starben. Die Säuglingssterblichkeit liegt mit 22,3 im Alter von unter einem Jahr gestorbenen Kindern, bezogen auf 1 000 Lebendgeborene, um zwei Prozentpunkte unter der des Vorjahres, aber immer noch über dem Bundesdurchschnitt von 21,1.

Negativer Wanderungssaldo mit dem Ausland

Der erstmalig seit dem Rezessionsjahr 1967 wieder negative Gesamtwanderungssaldo unseres Lan-

des ist vor allem durch den stark gesunkenen Außenwanderungssaldo gekennzeichnet. So überwogen im Jahre 1973 die Zuzüge aus dem Ausland (einschließlich DDR und Ostgebiete) die Fortzüge noch um 16 481 Personen, während im vergangenen Jahr 1 144 Personen mehr fort- als zuzogen. Es sind hier in erster Linie die starken Abwanderungen in die sogenannten Gastarbeiterländer verantwortlich. So weist Rheinland-Pfalz mit Ländern wie Italien, Jugoslawien und Spanien 1974 negative Wanderungssalden auf, während die Zuzüge von dort im Vorjahr noch deutlich überwogen. Nur aus der Türkei zogen 1974 noch mehr Menschen (1 375) zu, als von hier dorthin wegzogen, aber bei weitem nicht mehr soviel wie im Vorjahr, als das Wanderungsplus 7 027 Personen betrug.

Bei dem Wanderungsgeschehen zwischen Rheinland-Pfalz und den übrigen Bundesländern verzeichnet das Land zwar bereits seit Jahren ein Defizit, das 1974 mit 5 184 Personen (1973: 1 556) besonders hoch ausfiel. Hier fällt vor allem auf, daß auch gegenüber Nordrhein-Westfalen ein negativer Wanderungssaldo entstanden ist, besonders durch die Entwicklung des 4. Quartals.

Diplom-Volkswirt H. Kollmar

Steueraufkommen 1974

Als wichtigste Einnahmequelle der öffentlichen Hand bestimmen die Steuereinnahmen den finanziellen Spielraum, der Bund, Ländern und Gemeinden für die Erfüllung ihrer Aufgaben zur Verfügung steht. Zugleich spiegelt das Steueraufkommen durch seine enge Verknüpfung mit wirtschaftlichen Tatbetänden die Tendenzen der wirtschaftlichen Entwicklung wider. Eine detaillierte Analyse muß aber auch die steuerrechtlichen Bestimmungen berücksichtigen. Insbesondere bei den Veranlagungssteuern können zeitliche Verschiebungen zwischen der Entstehung der Steuerschuld und der Steuerzahlung auftreten, die die kausale Beziehung zwischen Steueraufkommen und Steuerobjekt überlagern, so daß hier neben der Betrachtung eines einzelnen Jahres auch weiter zurückliegende Zeiträume einbezogen werden müssen.

Steuerquote leicht gesunken

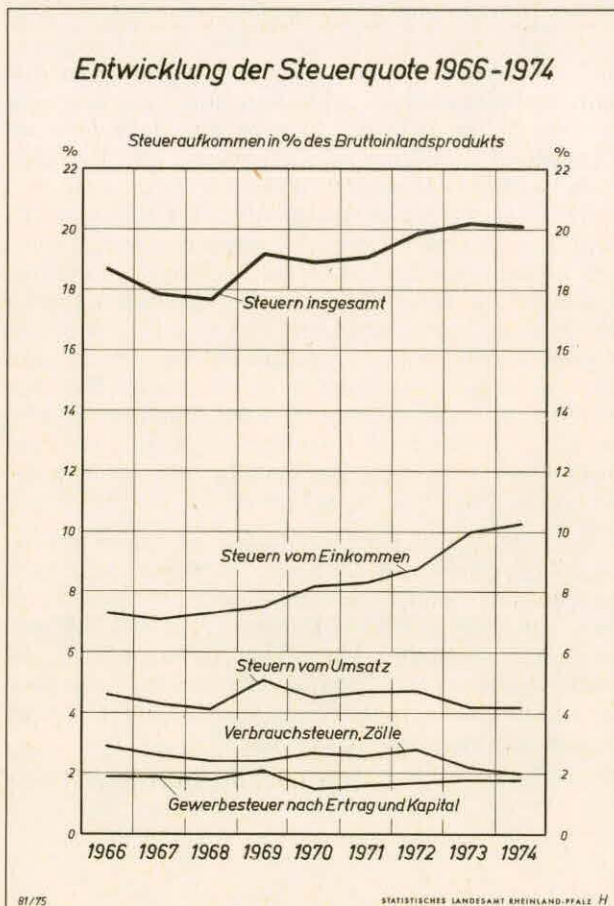
Das Gesamtaufkommen an staatlichen und kommunalen Steuern in Rheinland-Pfalz erhöhte sich 1974 um 6,9% auf 11 215 Mill. DM. Im gleichen Zeitraum nahm das Bruttoinlandsprodukt nominal etwas stärker zu, nämlich um 7,9%, so daß sich die volkswirtschaftliche Steuerquote, die Relation des Steueraufkommens zum Bruttoinlandsprodukt, auf 20,1% verringerte. Obwohl bei diesem Rückgang auch Sondereinflüsse eine Rolle spielten, auf die bei der Betrachtung der Einzelsteuern noch einzugehen

sein wird, zeigt sich doch, daß die progressive Tarifgestaltung insbesondere der Steuern vom Einkommen nicht zwangsläufig zu einer überproportional anschwellenden Gesamtbelastung führt, da auch gegenläufige Tendenzen wirksam sind. Dies wird besonders deutlich, wenn die Steuerquote einzelner Steuergruppen über einen längeren Zeitraum untersucht wird. Zwischen 1966 und 1974 nahm die Steuerquote bei den Steuern vom Einkommen, bedingt durch die Wirkung der Progression bei steigenden Nominaleinkommen, von 7,3% auf 10,3% zu. Bei den Steuern vom Umsatz zeigt sich eine weitgehende Konstanz, sieht man von der Sonderentwicklung in den Jahren 1968 und 1969 ab, die mit der Einführung der Mehrwertsteuer zusammenhängt. Das gleiche gilt für die Gewerbesteuer; hier ergeben sich größere Schwankungen nur in den Jahren 1969 und 1970, da die Gemeinden Steuereinnahmen vor Inkrafttreten der Gemeindefinanzreform in das Jahr 1969 vorgezogen hatten. Dagegen ist die Steuerquote der Verbrauchsteuern tendenziell rückläufig, da bei den meisten Verbrauchsteuern Mengeneinheiten die Bemessungsgrundlage bilden, so daß bei anhaltend inflatorischer Entwicklung die Steuerbelastung, gemessen am nominalen Bruttoinlandsprodukt, sinken muß. Auch die mehrfache Erhöhung der Steuersätze wichtiger Verbrauchsteuern hat diesen Rückgang nicht verhindert. Die vorübergehende Zunahme in den Jahren 1970 bis 1972 ist darauf zurückzuführen, daß der Aufbau neuer Raffineriekapazitäten in Rheinland-Pfalz die Einnahmen aus der Mineralölsteuer beträchtlich ansteigen ließ. Diese unterschiedliche Entwicklung bei den einzelnen Steuergruppen hatte zur Folge, daß sich die volkswirtschaftliche Steuerquote seit 1966 nur um insgesamt 1,3 Prozentpunkte erhöhte. Die durchschnittliche Steuerlast war damit 1974 immer noch geringer als in den Jahren 1962 bis 1965.

Lohnsteueraufkommen nochmals kräftig gestiegen

Die Zuwachsrate des Gesamtaufkommens schwächte sich im vergangenen Jahr erstmals seit 1968 kräftig ab. Vom verringerten Wachstum waren nahezu alle Steuerarten betroffen; bei einer Reihe von Einzelsteuern war sogar ein absoluter Rückgang des Aufkommens zu verzeichnen.

Aufkommensstärkste Einzelsteuer war weiterhin die Lohnsteuer, die mit 3 715 Mill. DM fast ein Drittel des gesamten Steueraufkommens erbrachte. Mit einer Zuwachsrate von + 16,9% wies die Lohnsteuer zugleich unter allen wichtigen Einzelsteuern die höchste Zunahme auf, obwohl auch hier der Anstieg deutlich unter dem Wert des Vorjahres (+ 27,4%) blieb. In Anbetracht der zunehmenden Abschwächungstendenzen, die unter anderem in einem Rückgang der Beschäftigtenzahlen in nahezu allen Wirtschaftsbereichen und in einem schwächeren Wachstum der Bruttolohn- und Gehaltssumme



Steueraufkommen nach Steuerarten und seine Verteilung auf die Gebietskörperschaften 1970 - 1974

Steuerart Steuerverteilung	1970	1971	1972	1973	1974	1971	1972	1973	1974
	1 000 DM					Veränderung zum Vorjahr in %			
Steueraufkommen nach Steuerarten									
Gemeinschaftssteuern	4 733 681	5 455 110	6 302 776	7 377 374	8 088 512	15,2	15,5	17,0	9,6
Steuern vom Einkommen	3 050 572	3 484 372	4 092 955	5 181 005	5 733 428	14,2	17,4	26,6	10,7
Lohnsteuer	1 726 909	2 154 204	2 493 486	3 177 810	3 715 091	24,7	15,7	27,4	16,9
Veranlagte Einkommensteuer	755 089	840 128	1 045 292	1 230 505	1 260 126	11,3	24,4	17,7	2,4
Kapitalertragsteuer	101 730	108 383	83 756	94 425	102 265	6,5	- 22,7	12,7	8,3
Körperschaftsteuer	466 844	381 657	470 421	678 265	655 946	- 18,2	23,3	44,2	- 3,3
Steuern vom Umsatz	1 683 109	1 970 738	2 209 821	2 196 369	2 355 084	17,1	12,1	- 0,6	7,2
Umsatzsteuer	1 255 856	1 493 369	1 635 059	1 645 285	1 612 661	18,9	9,5	0,6	- 2,0
Einfuhrumsatzsteuer	427 253	477 369	574 762	551 084	742 423	11,7	20,4	- 4,1	34,7
Bundessteuern	1 046 255	1 137 436	1 304 414	1 200 547	1 143 071	8,7	14,7	- 8,0	- 4,8
Straßengüterverkehrssteuer	24 310	26 502	3 223	380	66	9,0	- 87,8	- 88,2	- 82,6
Kapitalverkehrssteuern	15 170	17 639	11 863	15 588	7 731	16,3	- 32,7	31,4	- 50,4
Versicherungssteuer	6 090	6 853	6 082	8 720	8 738	12,5	- 11,3	43,3	0,2
Wechselsteuer	9 169	10 021	10 579	9 129	8 840	9,3	5,5	- 13,7	- 3,2
Zölle und Verbrauchsteuern									
(ohne Biersteuer)	949 994	1 032 118	1 215 118	1 081 902	1 021 238	8,6	17,7	- 11,0	- 5,6
Zölle	129 280	99 615	94 272	83 390	84 688	- 22,9	- 5,4	- 11,5	1,6
Tabaksteuer	95 094	99 035	100 544	89 387	92 456	4,1	1,5	- 11,1	3,4
Kaffeesteuer	62 346	75 408	78 419	80 039	78 048	20,9	4,0	2,1	- 2,5
Zuckersteuer	7 663	6 319	6 693	9 994	7 136	- 17,5	5,9	49,3	- 28,6
Branntweinmonopol	277 200	313 919	341 340	401 687	431 549	13,2	8,7	17,7	7,4
Schaumweinsteuer	95 837	106 393	113 463	134 103	132 907	11,0	6,6	18,2	- 0,9
Zündwarensteuer	911	1 000	713	724	712	9,9	- 28,7	1,5	- 1,7
Leuchtmittelsteuer	1 606	1 833	1 420	1 680	1 357	14,1	- 22,5	18,3	- 19,2
Mineralölsteuer	280 047	328 574	478 184	280 814	192 284	17,3	45,5	- 41,3	- 31,5
Sonstige Verbrauchsteuern	10	22	70	84	101	120,0	218,2	20,0	20,2
Ergänzungsabgabe zur Einkommen- und Körperschaftsteuer	41 382	44 193	57 495	84 747	96 437	6,8	30,1	47,4	13,8
Sonstige Bundessteuern	140	110	54	81	21	- 21,4	- 50,9	50,0	- 74,1
Landessteuern	462 353	488 023	535 168	597 933	574 461	5,6	9,7	11,7	- 3,9
Vermögensteuer	117 606	111 619	119 632	153 189	118 998	- 5,1	7,2	28,8	- 22,3
Erbschaftsteuer	16 146	20 658	20 107	21 262	24 123	27,9	- 2,7	5,7	13,5
Kraftfahrzeugsteuer	232 693	252 320	289 859	307 280	312 918	8,4	14,9	6,0	1,8
Rennwett- und Lotteriesteuer	25 104	28 897	28 659	29 072	34 320	15,1	- 0,8	1,4	18,1
Feuerschutzsteuer	4 588	5 517	6 058	11 604	10 083	20,2	9,8	91,5	- 13,1
Biersteuer	66 375	69 009	70 852	75 526	74 019	4,0	2,7	6,6	- 2,0
Sonstige Landessteuern	- 159	3	-	-	-	.	.	-	-
Gemeindesteuern	834 412	958 012	1 127 700	1 312 973	1 408 698	14,8	17,7	16,4	7,3
Grundsteuer A	38 089	34 388	34 209	34 433	33 479	- 9,7	- 0,5	0,7	- 2,8
Grundsteuer B	115 869	122 975	137 505	150 588	156 777	6,1	11,8	9,5	4,1
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital ¹⁾	550 333	655 805	795 606	951 983	1 020 663	19,2	21,3	19,7	7,2
Lohnsummensteuer	50 654	58 644	65 556	76 876	87 666	15,8	11,8	17,3	14,0
Grunderwerbsteuer	65 250	71 273	78 614	80 473	76 119	9,2	10,3	2,4	- 5,4
Sonstige Gemeindesteuern ²⁾	14 217	14 927	16 210	18 620	33 994	5,0	8,6	14,9	82,6
Insgesamt	7 076 701	8 038 581	9 270 058	10 488 827	11 214 742	13,6	15,3	13,1	6,9
Steuerverteilung									
Steuereinnahmen des Bundes	3 686 045	4 181 278	4 696 309	5 099 778	5 356 149	13,4	12,3	8,6	5,0
Bundesanteil an den Steuern vom Einkommen	1 351 547	1 532 583	1 798 963	2 281 919	2 518 448	13,4	17,4	26,8	10,4
vom Umsatz	1 178 175	1 379 517	1 440 174	1 438 425	1 499 748	17,1	4,4	- 0,1	4,3
Bundesanteil an der Gewerbesteuerumlage	110 068	131 742	152 758	178 887	194 882	19,7	16,0	17,1	8,9
Steuereinnahmen des Landes	2 658 050	2 979 273	3 458 624	4 118 549	4 407 260	12,1	16,1	19,1	7,0
Landesanteil an den Steuern vom Einkommen	1 351 548	1 532 583	1 798 763	2 272 486	2 502 874	13,4	17,4	26,3	10,1
vom Umsatz	734 081	826 925	971 935	1 069 243	1 135 043	12,6	17,5	10,0	6,2
Landesanteil an der Gewerbesteuerumlage	110 068	131 742	152 758	178 887	194 882	19,7	16,0	17,1	8,9
Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	919 855	1 128 527	1 313 410	1 562 074	1 733 867	22,7	16,4	18,9	11,0
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	305 599	433 220	491 483	607 036	711 862	41,8	14,4	23,5	17,3
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital nach Abzug der Gewerbesteuerumlage	330 177	393 095	489 828	594 046	633 971	19,1	24,6	21,3	6,7

1) Nach Berücksichtigung der Gewerbesteuerausgleichszuschüsse. - 2) 1974 einschl. steuerähnliche Einnahmen.

ihren Ausdruck finden, erscheint dieser Anstieg des Lohnsteueraufkommens überraschend hoch. Unter anderem ist dies darauf zurückzuführen, daß immer mehr Lohnsteuerpflichtige die Veranlagungsgrenze überschreiten, so daß für diesen Personenkreis die Lohnsteuererstattungen aus dem Aufkommen der veranlagten Einkommensteuer gezahlt werden und der Nachweis des Lohnsteueraufkommens insoweit überhöht ist. Durch das Zweite Steueränderungsgesetz 1973 vom 18. Juli 1974 wurde die Veranlagungsgrenze für Verheiratete zwar auf 48 000 DM angehoben, jedoch wird sich diese Änderung des Besteuerungsverfahrens kassemäßig erst 1975 auswirken. Außerdem scheinen die Arbeitnehmer-Sparzulagen nach dem Dritten Vermögensbildungsgesetz, die das Lohnsteueraufkommen mindern, nicht mehr so stark zugenommen zu haben wie in den Vorjahren.

Im Gegensatz zur Lohnsteuer stiegen die Einnahmen aus der veranlagten Einkommensteuer nur noch geringfügig um 2,4% auf 1 260 Mill. DM. Die laufenden Veranlagungsarbeiten, die hauptsächlich das Jahr 1972 betrafen, führten zu niedrigeren Abschlußzahlungen, da seinerzeit die Vorauszahlungen frühzeitig der tatsächlichen Einkommensentwicklung angepaßt worden waren. Angesichts der verschlechterten Ertragslage dürften 1974 auch viele Steuerpflichtige von der Möglichkeit Gebrauch gemacht haben, eine Herabsetzung der Vorauszahlungen zu beantragen. Noch deutlicher schlug sich diese Entwicklung bei der Körperschaftsteuer nieder, deren Aufkommen um 3,3% auf 656 Mill. DM zurückging; allerdings muß hierbei berücksichtigt werden, daß 1973 ein sprunghafter Anstieg um 44,2% eingetreten war. Die Kapitalertragsteuer schließlich erbrachte 102 Mill. DM (+ 8,3%), da die 1973 noch recht günstige Ertragsentwicklung teilweise zu einer erhöhten Gewinnausschüttung der Unternehmen im Jahre 1974 führte. Trotzdem hat das Aufkommen aus der Kapitalertragsteuer das Niveau von 1971, als 108 Mill. DM eingingen, noch nicht wieder erreicht.

In den Einnahmen aus den Steuern vom Umsatz schlug sich die schwache Verbrauchskonjunktur nieder, wie sie etwa durch die Umsatzentwicklung im Einzelhandel (nominal + 6,6%, real — 0,9%) beschrieben wird. Das Steueraufkommen stieg um 7,2% auf 2 355 Mill. DM, wobei die beiden Einzelsteuern eine unterschiedliche Entwicklung nahmen. Während die Umsatzsteuer einen Rückgang von 2,0% aufwies, erhöhten sich die Einnahmen aus der Einfuhrumsatzsteuer um 34,7%. Die Ursache hierfür ist in der starken Expansion des Außenhandels zu sehen, die weitgehend von der Preisentwicklung bestimmt wurde. Während der Anstieg der Einfuhrumsatzsteuer unmittelbar aus den erhöhten Importen resultierte, wurde der Rückgang des Umsatzsteueraufkommens durch das Mehrwertsteuersystem bewirkt, da die Einfuhrumsatzsteuer zu entsprechenden Vorsteuerabzügen bei der Umsatzsteuer führt. Eine direkte Minderung der Umsatzsteuereinnahmen ergab sich außerdem aus dem Anstieg der umsatzsteuerfreien Exporte.

Die Gesamteinnahmen aus reinen Bundessteuern gingen um 4,8% auf 1 143 Mill. DM zurück. Ausschlaggebend hierfür waren die Mindereinnahmen bei mehreren wichtigen Verbrauchsteuern. Während bei der Kaffeesteuer und der Schaumweinsteuer nur ein geringfügiger Rückgang eintrat, nahm das Aufkommen aus der Mineralölsteuer um 31,5% auf 192 Mill. DM ab. Neben dem Rückgang der Mineralölproduktion infolge der Ölkrise wirkte sich hier nochmals ein zahlungstechnischer Sondereinfluß aus. Seit März 1973 führen einige Raffineriebetriebe die Mineralölsteuer nicht mehr in Rheinland-Pfalz, sondern am außerhalb des Landes gelegenen Unternehmenssitz ab. Die gestiegenen Einnahmen aus dem Branntweinmonopol, der Tabaksteuer und der Ergänzungsabgabe zur Einkommen- und Körperschaftsteuer konnten diese Steuerausfälle nicht ausgleichen. Aufkommensstärkste Verbrauchsteuer war, wie schon 1973, das Branntweinmonopol mit Einnahmen von 432 Mill. DM.

Ebenso wie die Bundessteuern verzeichneten auch die reinen Landessteuern insgesamt einen Aufkommensrückgang um 3,9% auf 574 Mill. DM. Bei der Vermögensteuer brachte die Hauptveranlagung auf den 1. Januar 1972 nicht die erwarteten Mehreinnahmen; bedingt durch eine größere Rückzahlung sank das Aufkommen vielmehr um 22,3% auf 119 Mill. DM. Ebenfalls rückläufig waren die Einnahmen aus der Biersteuer, die um 2,0% auf 74 Mill. DM zurückgingen. Da infolge der Absatzkrise am Automobilmarkt der Kraftfahrzeugbestand nur noch um 1,8% zunahm, erhöhten sich die Einnahmen aus der Kraftfahrzeugsteuer, der ertragsstärksten Landessteuer, nur geringfügig um ebenfalls 1,8% auf 313 Mill. DM.

Das Aufkommen aus den Gemeindesteuern stieg um 7,3% auf 1 409 Mill. DM. Diese Zuwachsrate ist etwas überhöht, da durch eine Änderung des statistischen Nachweises ab 1974 auch die steuerähnlichen Einnahmen in die Gemeindesteuern einbezogen werden. Die Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital, die aufkommensstärkste unter den kommunalen Steuern, erbrachte 1 021 Mill. DM (+ 7,2%). Zwar scheint diese Zuwachsrate, verglichen etwa mit der Körperschaftsteuer, noch eine relativ günstige Entwicklung anzuzeigen. Es ist jedoch zu beachten, daß in den Jahren 1971 bis 1973 das Gewerbesteueraufkommen jeweils um rund 20% zugenommen hatte, wobei allerdings auch die Anhebung der Hebesätze eine wichtige Rolle spielte; hierüber liegen für 1974 noch keine Angaben vor. Entsprechend der Einkommensentwicklung verzeichnete die Lohnsummensteuer einen ähnlich hohen Zuwachs wie die Lohnsteuer; das Aufkommen stieg um 14,0% auf 88 Mill. DM. Die Grundsteuereinnahmen erhöhten sich insgesamt nur geringfügig. Das Aufkommen aus der Grundsteuer A (land- und forstwirtschaftliches Vermögen) ging um 2,8% auf 33,5 Mill. DM zurück, die Grundsteuer B (Wohn- und Geschäftsgrundstücke) nahm um 4,1% auf 157 Mill. DM zu. Die am 1. Januar 1974 in Kraft getretene Grundsteuerreform scheint damit den Gemeinden bisher keine wesentlichen

Mehreinnahmen gebracht zu haben. Die durchschnittliche Mehreinnahme war im Bundesgebiet auf 25% geschätzt worden; allerdings mußte damit gerechnet werden, daß diese Zuwachsrate auf Grund der Struktur des kommunalen Bereichs in Rheinland-Pfalz nicht erreicht werden würde. Eine endgültige Beurteilung der fiskalischen Auswirkungen der Grundsteuerreform ist aber zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht möglich, da bei der Festsetzung der neuen Grundsteuermeßbeträge erhebliche Verzögerungen aufgetreten sind. Die stark abgeschwächte Bautätigkeit hatte zur Folge, daß die Einnahmen aus der Grunderwerbsteuer um 5,4% auf 76 Mill. DM zurückgingen.

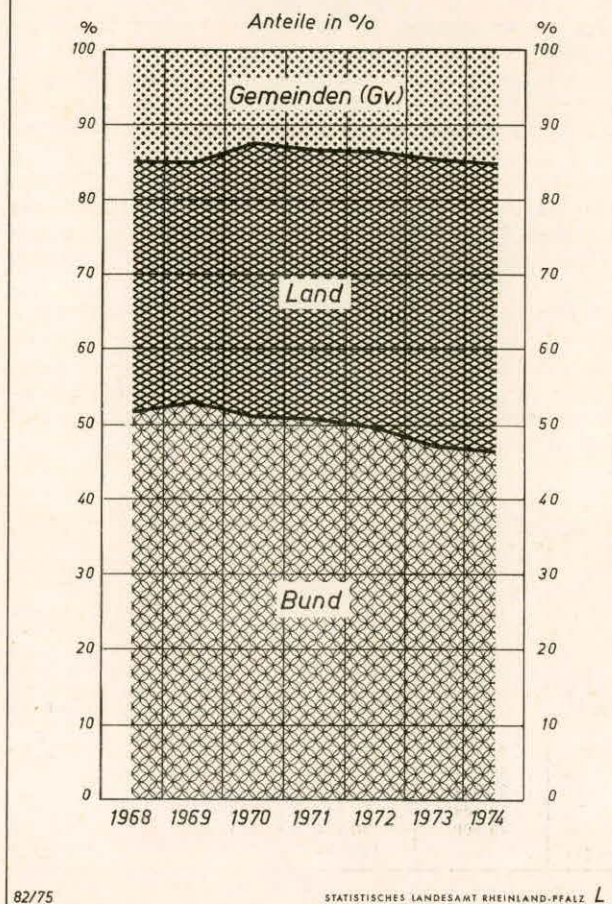
Steuern als Instrument der Konjunkturpolitik

Angesichts der konjunkturellen Überhitzung und der zunehmend inflationären Entwicklung waren durch Art. 4 und 6 des Steueränderungsgesetzes 1973 vom 26. Juni 1973 drei konjunkturpolitisch motivierte Sondersteuern mit Wirkung vom 1. Juli 1973 eingeführt worden. Die Einnahmen aus diesen Steuern, die in den oben genannten Zahlen nicht enthalten sind, wurden bis Ende 1974 getrennt verbucht und einer Konjunkturausgleichsrücklage bei der Deutschen Bundesbank zugeführt. Während die Stabilitätzuschläge zur Einkommensteuer und zur Körperschaftsteuer planmäßig am 30. Juni 1974 ausliefen, wurde die Investitionssteuer unter dem Eindruck der Ölkrise mit Wirkung vom 1. Dezember 1973 vorzeitig aufgehoben. In der Zeit von Juli 1973 bis Dezember 1974 wurden durch den Stabilitätzuschlag zur Einkommensteuer 109 Mill. DM, durch den Stabilitätzuschlag zur Körperschaftsteuer 48 Mill. DM und durch die Investitionssteuer 42 Mill. DM abgeschöpft. Die Einnahmen aus den Stabilitätzuschlägen zur Einkommen- und Körperschaftsteuer setzten mit nur geringer zeitlicher Verzögerung ein und gingen nach dem Auslaufen dieser Maßnahmen auch rasch wieder zurück. Dagegen zeigt die Einnahmeentwicklung der Investitionssteuer die Problematik des Zeitfaktors beim Einsatz steuerpolitischer Maßnahmen zur Konjunktursteuerung. Es war von vornherein umstritten, ob diese Steuer angesichts der langfristig angelegten Investitionspläne vor allem der Großunternehmen die angestrebte Dämpfung der Investitionsneigung bewirken würde. Darüber hinaus ist aber bemerkenswert, daß bis Ende November 1973, also bis zur Aufhebung der Investitionssteuer, mit 13 Mill. DM erst ein knappes Drittel der Gesamteinnahmen eingegangen war. Dagegen wurden 16,4 Mill. DM noch im zweiten Halbjahr 1974 abgeschöpft, zu einer Zeit also, als dieser Liquiditätsentzug angesichts der inzwischen eingetretenen konjunkturellen Wende keineswegs mehr erwünscht sein konnte.

Wachsender Anteil des Landes und der Gemeinden an den Steuereinnahmen

Die Steuereinnahmen aller Gebietskörperschaften erreichten in Rheinland-Pfalz 11 497 Mill. DM. Die Abweichung gegenüber dem Steueraufkommen wird durch die Ergänzungszuweisungen aus den Steuern vom Umsatz verursacht, die das Land Rheinland-Pfalz im Rahmen des Länderfinanzaus-

Struktur der Steuerverteilung 1968 - 1974



gleichs erhält. Die Einnahmen des Bundes beliefen sich auf 5 356 Mill. DM, die Einnahmen des Landes auf 4 407 Mill. DM und die Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände auf 1 734 Mill. DM. Die Einnahmestruktur hat sich weiter zugunsten des Landes und der Gemeinden (Gv.) verschoben. Im Vergleich zu 1973 ging der Anteil des Bundes von 47,3% auf 46,6% zurück, der Anteil des Landes erhöhte sich geringfügig von 38,2% auf 38,3%, während die Gemeinden (Gv.) eine Zunahme von 14,5% auf 15,1% verzeichnen konnten.

Der Anstieg des Landesanteils ist unter anderem auf die Neuverteilung der Umsatzsteuereinnahmen zwischen Bund und Ländern zurückzuführen, durch die der Länderanteil um 2 Prozentpunkte auf 37% erhöht wurde. Den Gemeinden kam erneut ein beträchtlicher „Gewinn“ aus der Gemeindefinanzreform von 1969 zugute. Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer bildete mit 712 Mill. DM die stärkste Steuereinnahmequelle der Gemeinden und übertraf die an Bund und Land abzuführende Gewerbesteuerumlage um 325 Mill. DM. Allerdings sind hierin 15 Mill. DM enthalten, die den Gemeinden im Zuge der Auflösung der Konjunkturausgleichsrücklage Ende 1974 als Gemeindeanteil am Stabilitätzuschlag zur Einkommensteuer zufließen.

Diplom-Volkswirt H. Libowitzky

Sozialhilfeaufwand 1964 - 1974

Im Gesamtsystem der sozialen Sicherung bildet die Sozialhilfe einen sehr wesentlichen Bereich. Durch sie wird bei besonderer und nicht durch die Sozialversicherung abgedeckter Existenzgefährdung ein gewisser Lebensstandard durch Hilfeleistungen der öffentlichen Hand garantiert. Mit der Sozialhilfe, die mit Wirkung vom 1. Juni 1962 im Bundessozialhilfegesetz (BSHG) vom 30. Juni 1961 geregelt ist, wurde das Recht der früheren öffentlichen Fürsorge den heutigen rechts- und sozialstaatlichen Anschauungen angepaßt und durch Gesetz und Rechtsverordnung entschieden, welche Arten von Hilfen seitens der örtlichen und überörtlichen Träger zu leisten sind. Innerhalb des vergangenen Jahrzehnts konnten erhebliche Leistungsverbesserungen vorgenommen werden, die in den drei Änderungsgesetzen zum Bundessozialhilfegesetz von 1965, 1969 und 1974 rechtlich verankert sind.

Ausgaben und Empfänger von Sozialhilfe 1964 - 1974

Jahr	Hilfe zum Lebensunterhalt		Hilfe in besonderen Lebenslagen	
	Empfänger	Aufwand	Empfänger	Aufwand
	Anzahl	1 000 DM	Anzahl	1 000 DM
1964	37 734	33 680	41 051	52 833
1965	36 151	34 291	42 248	65 315
1966	35 929	36 791	42 991	77 528
1967	37 818	41 674	43 082	84 577
1968	37 061	42 857	43 592	84 774
1969	35 162	45 813	43 572	92 300
1970	34 935	52 234	45 731	109 328
1971	38 664	63 752	49 335	128 752
1972	42 184	79 051	50 247	162 309
1973	45 660	90 794	56 851	183 590
1974	...	114 154	...	227 805

Die Sozialhilfestatistik erfaßt jährlich die Empfänger von Sozialhilfe nach Hilfeart, Alter und Familientyp sowie die hier behandelten Leistungen für die einzelnen Sozialhilfearten aufgrund des BSHG. Detaillierte Ergebnisse über die Empfänger von Sozialhilfe - sie liegen jeweils erst zu einem späteren Zeitpunkt vor - werden gesondert veröffentlicht und kommentiert.

Aus erhebungstechnischen Gründen sind im Rahmen der jährlichen Ermittlung des Sozialhilfeaufwands nur Geld- und Sachleistungen zu erfassen, während die Form der persönlichen Hilfe (Beratung) unberücksichtigt bleiben muß.

Gesamtaufwand viermal so hoch wie 1964

Obwohl die Kosten für Sozialhilfe im Rahmen der gesamten öffentlichen Sozialleistungen keineswegs die bedeutendste Rolle spielen, handelte es sich dabei 1974 allein in Rheinland-Pfalz um immerhin rund 342 Mill. DM für fast 100 000 Empfänger. Mit dem im Berichtsjahr festgestellten Betrag sind die Gesamtausgaben gegenüber 1973 um 68 Mill. DM oder 25% gestiegen; seit 1964 hat sich der Aufwand für diesen Zweck vervierfacht. Leistungsverbesserungen aufgrund des am 1. Oktober 1969 in Kraft getretenen Zweiten Gesetzes zur Änderung des BSHG, ferner die Erhöhung der Regelsätze bei laufenden Leistungen zum Lebensunterhalt sowie die Erhöhung des jeweiligen Pflegesatzes bei Hilfe in Anstalten kommen in der Verdoppe-

lung der Ausgaben seit 1970 zum Ausdruck, wobei der beschleunigte Anstieg der Preise in den letzten Jahren ebenfalls nicht ohne Einfluß auf die Zunahme des Sozialhilfeaufwands geblieben ist. Als Begründung für die außergewöhnliche Steigerung im Jahre 1974 (+ 25% gegenüber 1973) ist neben einer Verschlechterung der Einkommens- und Beschäftigungslage mit zunehmender Arbeitslosigkeit vor allem die erhebliche Verbesserung des Leistungsrechts im Zuge der 3. Novelle zum Bundessozialhilfegesetz anzuführen. Darüber hinaus zeigt die Entwicklung von 1964 bis 1974, daß fürsorgerische Maßnahmen auch in Zeiten permanenter konjunktureller Aufwärtsentwicklung nicht an Bedeutung verlieren.

Die beiden großen Leistungsgruppen des BSHG - Hilfe zum Lebensunterhalt und Hilfe in besonderen Lebenslagen - haben sich unterschiedlich entwickelt. Für Hilfe zum Lebensunterhalt (laufende und einmalige Leistungen) wurde 1974 etwa ein Drittel der gesamten Aufwendungen in Anspruch genommen; 1964 waren es noch 40% gewesen. Obwohl der Schwerpunkt der Hilfestellung offensichtlich durch die Entwicklung der Hilfe in besonderen Lebenslagen bestimmt wird - diese Kosten haben sich von 1964 bis 1974 mehr als vervierfacht - sollte auch die Bedeutung der Hilfe zum Lebensunterhalt nicht unterschätzt werden, die im Schnitt der Jahre 1964 bis 1974 immerhin etwa 40 000 Menschen in Rheinland-Pfalz den notwendigen Lebensunterhalt sicherte.

Anders als bei den Ausgaben für Leistungen außerhalb von Anstalten, bei denen es sich 1964 wie 1974 zu knapp 60% um Hilfe zum Lebensunterhalt handelte, verlagerte sich der Aufwand für Personen in Anstalten noch stärker zu den Hilfen in besonderen Lebenslagen, die vor zehn Jahren 80%, 1974 dagegen 90% der Kosten verursachten. Als durchschnittliche Höhe der Leistungen an einen Empfänger ergab sich in Rheinland-Pfalz eine Steigerung der jährlichen Aufwendungen von 1 306 DM (1964) auf 3 038 DM (1973) oder um 133%. Außerhalb von Anstalten betrugen die Mehrkosten 127%, in Anstalten machten sie 206% aus.

Dem gestiegenen Aufwand für Sozialhilfe entsprechend hat sich die durchschnittliche Sozialhilfebelastung (einschließlich Tuberkulosehilfe) je Einwohner von 1964 (24,40 DM) bis 1974 (92,72 DM) annähernd vervierfacht. In den Landkreisen ist die Pro-Kopf-Belastung dabei wesentlich geringer als in den kreisfreien Städten. 1964 entfiel auf jeden Einwohner der kreisfreien Städte ein Betrag von 23,92 DM, 1974 ein solcher von 91,22 DM, auf jeden Landkreisbewohner kamen 1964 erst 11,89 DM, 1974 dagegen - und das bedeutet eine Abflachung des Gefälles zwischen Stadt und Land - immerhin 53,04 DM.

Regierungsbezirk Sozialhilfeträger	Insgesamt			Hilfe zum Lebensunterhalt			Hilfe in besonderen Lebenslagen		
	1964	1969	1974	1964	1969	1974	1964	1969	1974
	DM								
Koblenz	15,66	25,79	65,11	9,39	12,27	28,90	6,27	13,51	36,21
Trier	15,11	24,54	69,07	9,40	11,67	31,12	5,71	12,87	37,94
Rheinessen-Pfalz	14,20	23,81	61,15	9,60	12,67	32,42	4,59	11,14	28,74
Kreisfreie Städte	23,92	35,03	91,22	16,36	19,14	50,34	7,56	15,88	40,87
Landkreise	11,89	20,79	53,04	7,24	9,88	23,46	4,65	10,91	29,58
Landesamt für Jugend und Soziales	9,54	12,97	29,06	0,00	0,09	0,01	9,54	12,89	29,05
Insgesamt	24,40	37,62	92,72	9,50	12,48	30,95	14,90	25,14	61,77

Die Einnahmen der Sozialhilfeträger reichten 1974 zur Deckung von 18,9% der Ausgaben (1964: 19,9%). Mit 24,4 Mill. DM oder 36,8% lagen die Ersatzleistungen von Sozialleistungsträgern an der Spitze der Einnahmen. Die übrigen Ersatzleistungen und die von Unterhaltspflichtigen beliefen sich auf 10,9 Mill. DM. Im Zeitablauf der letzten zehn Jahre verringerte sich dieser Anteil von 19,5 auf 16,8%.

1974 Steigerung der Ausgaben für Hilfe zum Lebensunterhalt um 26%

Nach Inkrafttreten des BSHG hat die Beanspruchung von Hilfe zum Lebensunterhalt gegenüber der Entwicklung von Hilfe in besonderen Lebenslagen zunächst an Bedeutung verloren. Bei allgemein rückläufiger Empfängerzahl von 1964 bis 1970 erhöhten sich die Kosten um 18 Mill. DM von 34 auf 52 Mill. DM. Der verhältnismäßig starke Anstieg von Ausgaben und Empfängern in den Jahren 1971 und 1972 dürfte vor allem auf die Erhöhung von Regelsätzen sowie auf die erhöhten Mehrbedarfszuschläge durch das 2. Gesetz zur Änderung des BSHG zurückzuführen sein.

Die bisher stärkste prozentuale Zunahme des Aufwands für Hilfe zum Lebensunterhalt zeigen erwartungsgemäß die Ergebnisse der Sozialhilfestatistik des Jahres 1974 mit einer Kostensteigerung von fast 26% (+ 23 Mill. DM) gegenüber 1973. Einkommenseinbußen bei anhaltender Arbeitslosigkeit oder nur geringe Einkommensverbesserungen bei weiterhin steigenden Lebensunterhaltskosten könnten zu einem weiteren Anwachsen des Aufwands für Hilfen zum Lebensunterhalt führen.

Zu den wesentlichen Bestandteilen dieser Hilfeleistung gehören Mittel zur Bestreitung der Ausgaben für Ernährung, Unterkunft, Kleidung, Körperpflege, Hausrat, Heizung und für persönliche Bedürfnisse des täglichen Lebens. Darüber hinaus sind bestimmte Sonderleistungen vorgesehen, wie Zahlung von Beiträgen zur sozialen Krankenversicherung und für eine angemessene Alterssicherung, Sterbegeld und Bestattungskosten. Die Höhe der laufenden Leistungen zum Lebensunterhalt wird durch sogenannte Leistungspauschalen (Regelsätze) bestimmt, die in den einzelnen Ländern voneinander abweichen. In Rheinland-Pfalz wurden 1974 bis zu 234 DM monatlich für den Haushaltsvorstand gezahlt (1964: 112 DM). Einmalige Leistungen erhalten Empfänger von laufender Hilfe zum

Lebensunterhalt für notwendige Bedürfnisse, die in den Regelsätzen nicht berücksichtigt sind. Das gleiche gilt für Hilfeempfänger, die mit ihrem Einkommen nicht mehr als 10% über dem jeweiligen Regelsatz liegen.

Hilfe in besonderen Lebenslagen überwiegend für Pflegebedürftige

Im Zuge der gesetzlichen Neuregelung Anfang der 60er Jahre hat sich das Hauptaufgabengebiet der Sozialhilfe vor allem auf die Behebung der in besonderen Lebenslagen begründeten Notstände verlagert. Für die als Hilfe in besonderen Lebenslagen zusammengefaßten Hilfearten wurden 1974 insgesamt 228 Mill. DM ausgegeben. Davon entfielen mehr als die Hälfte (58,2%) auf die Hilfe zur Pflege. Etwa ein Fünftel (17,6%) der Aufwendungen erforderten die Kosten der Eingliederungshilfe für Behinderte, annähernd 24 Mill. DM wurden für Krankenhilfe ausgegeben, während Ausbildungs- und vorbeugende Gesundheitshilfe zusammen etwa 7 Mill. DM beanspruchten.

1964 entfielen auf Eingliederungshilfe für körperlich, geistig oder seelisch Behinderte, die alle notwendigen Maßnahmen der medizinischen Behandlung und Versorgung sowie der sozialen Eingliederung in die Gesellschaft umfaßt, nur 9,5% (knapp 5 Mill. DM) der Aufwendungen für Hilfe in besonderen Lebenslagen. Bedeutsame Verbesserungen ergaben sich nach dem 2. Gesetz zur Änderung des BSHG, das am 1. Oktober 1969 in Kraft getreten ist und vor allem die Rechtsstellung der

Ausgaben und Einnahmen der Sozialhilfe (ohne Tuberkulosehilfe)
1964 - 1974

Jahr	Ausgaben				Einnahmen	
	insgesamt	je Einwohner	für Hilfe außerhalb von Anstalten		insgesamt	Anteil an den Ausgaben
			insgesamt	laufende Leistungen		
	1 000 DM	DM	1 000 DM	1 000 DM		%
1964	80 871	22,81	40 640	22 039	40 231	19,9
1965	93 015	25,97	43 264	22 000	49 752	17,7
1966	108 550	30,05	52 881	24 953	55 669	18,7
1967	120 299	33,18	55 285	28 084	65 014	17,7
1968	121 717	33,40	55 473	28 919	66 244	16,3
1969	132 175	36,00	59 096	30 321	73 078	17,3
1970	155 823	42,28	73 940	34 052	81 883	17,9
1971	186 392	50,67	89 180	42 826	97 212	16,9
1972	235 113	62,71	109 270	65 336	125 843	18,5
1973	268 596	72,58	127 115	75 221	141 481	18,8
1974	335 961	91,10	158 372	79 169	177 589	18,9

Ausgaben für die Tuberkulosehilfe 1964 - 1974

Jahr	Ins- gesamt	Hilfe außer- halb von An- stalten	Hilfe in An- stalten	Heil- be- hand- lung	Ein- glie- de- rungs- hilfe	Hilfe zum Lebens- unter- halt	Übrige Hilfen
	1 000 DM						
1964	5 642	3 352	2 290	2 262	81	2 956	343
1966	5 768	3 832	1 936	1 894	141	3 467	266
1968	5 915	3 704	2 211	2 053	109	3 409	344
1970	5 739	3 350	2 389	2 336	41	3 148	214
1972	6 247	4 572	1 676	1 692	69	4 059	427
1974	5 997	4 734	1 264	1 223	18	4 375	381

seelisch Behinderten besonders berücksichtigte, sowie durch das 3. Änderungsgesetz, das am 1. April 1974 in Kraft getreten ist. Bis 1972 war aufgrund des Ausbaus der Behindertenhilfe ein Kostenanstieg auf 20 Mill. DM festzustellen, 1974 erreichten die Aufwendungen für diesen Zweck mit 40 Mill. DM das achtfache der Ausgaben von 1964 und annähernd ein Fünftel der Gesamtkosten für Hilfe in besonderen Lebenslagen.

Für Hilfe zur Pflege - sie kommt Personen zugute, die infolge Krankheit oder Behinderung so hilflos sind, daß sie nicht ohne Wartung und Pflege bleiben können - wurden 1974 allein rund 130 Mill. DM aufgebracht, das sind etwa 24% mehr als 1973 und fast das fünffache der 1964 dafür verausgabten Mittel. In der ersten Hälfte des zehnjährigen Untersuchungszeitraumes sind diese Aufwendungen von 26 Mill. DM (1964) um fast 90% auf 50 Mill. DM (1969) angewachsen, während die Steigerung innerhalb der darauffolgenden fünf Jahre 114% ausmachte. Der beschleunigte Anstieg dieser Aufwendungen ist ebenfalls eine Auswirkung der vorerwähnten Verbesserung des Leistungsrechts ab 1. Oktober 1969, das in Fällen dauernder schwerer Hilflosigkeit die Zahlung von Pflegegeldern in

Höhe von 150 bis zu 225 DM vorsah. Weitere bedeutsame Verbesserungen für Pflegepersonen ergaben sich durch das 3. Änderungsgesetz zum BSHG von 1974. Besondere Beachtung verdient auch die Entwicklung der Ausgaben für Blindenhilfe, die von 1964 bis 1974 um fast 11 (+ 145%) auf 18 Mill. DM angestiegen sind.

Kosten für Heilbehandlung der Tuberkulose rückläufig

Auch die Tuberkulosehilfe - sie nimmt wegen ihrer gesundheitspolitischen Bedeutung eine Sonderstellung ein - zählt zu den Hilfen in besonderen Lebenslagen. Die Ausgaben zur Bekämpfung der Tuberkulose haben sich von 1964 bis 1974 nur wenig erhöht, zwischenzeitlich sogar verringert. Sie machten 1974 etwa 6 Mill. DM aus. Bei gleichzeitigem Rückgang der Zahl der Tuberkulosekranken seit 1964 (bis 1973: — 22%) zeigt sich auch hier die Auswirkung der Verbesserung des Leistungsrechts und der erhöhten Regelsätze. 73% der Ausgaben entfielen 1974 auf Hilfe zum Lebensunterhalt, 20% auf Heilbehandlung und der Rest (7%) auf Sonderleistungen. Während sich die Ausgaben für Hilfe zum Lebensunterhalt im Rahmen der Tuberkulosehilfe bis 1974 um 48% erhöhten, waren die Kosten der Heilbehandlung nur noch halb so hoch wie 1964.

Anstaltshilfe ist kostspieliger geworden

1964 wurden von insgesamt rund 87 Mill. DM Sozialhilfeaufwand je die Hälfte für Hilfeleistungen in und außerhalb von Anstalten beansprucht. Im Verlauf der untersuchten zehn Jahre erhöhten sich die Kosten für Anstaltshilfe um mehr als das Vierfache auf fast 180 Mill. DM, die einem Anteil von 53% der Gesamtausgaben für Sozialhilfe entsprachen. Demgegenüber hat sich die Zahl der Empfänger von Hilfeleistungen in Anstalten seit 1964 nur um 33% erhöht (bis 1973). Offensichtlich ist

Ausgaben der Sozialhilfe nach Hilfearten 1964 und 1974

Hilfeart	Insgesamt			Außerhalb von Anstalten			In Anstalten		
	1964	1974	Ver- änderung	1964	1974	Ver- änderung	1964	1974	Ver- änderung
	1 000 DM	1 000 DM	%	1 000 DM	1 000 DM	%	1 000 DM	1 000 DM	%
Hilfe zum Lebensunterhalt zusammen	33 680	114 154	239	25 471	95 715	276	8 209	18 439	125
Laufende Leistungen	22 039	79 169	259	22 039	79 169	259	.	.	.
Einmalige Leistungen	3 433	16 545	382	3 433	16 445	379	.	.	.
Laufende und einmalige Leistungen in Anstalten	8 209	18 439	125	.	.	.	8 209	18 439	125
Hilfe in besonderen Lebenslagen zusammen	52 833	227 805	331	18 521	67 391	264	34 314	160 414	368
Hilfe zum Aufbau oder zur Sicherung der Lebensgrundlage	48	73	52	48	73	52	.	.	.
Ausbildungshilfe	568	3 403	499	383	2 954	671	185	449	143
Vorbeugende Gesundheitshilfe	1 470	3 628	147	420	722	72	1 050	2 906	177
Krankenhilfe	5 743	23 734	313	3 037	13 987	361	2 706	9 747	260
Hilfe für werdende Mütter und Wöchnerinnen	103	421	309	48	98	104	55	323	487
Eingliederungshilfe für Behinderte	4 993	40 094	703	1 332	3 713	179	3 661	36 381	894
Tuberkulosehilfe	5 642	5 997	6	3 352	4 734	41	2 290	1 264	- 45
Blindenhilfe	7 274	17 831	145	6 895	17 298	151	379	532	40
Hilfe zur Pflege	26 162	129 305	394	2 503	21 667	766	23 659	107 638	355
Hilfe zur Weiterführung des Haushalts	230	771	235	93	541	482	138	231	67
Hilfe für Gefährdete	169	719	325	137	134	- 2	32	585	1 728
Altenhilfe	293	1 601	446	180	1 318	632	114	284	149
Sonstige Hilfe	138	226	64	93	152	63	45	75	67
Insgesamt	86 514	341 959	295	43 991	163 106	271	42 522	178 853	321

die Unterbringung durch Verteuerung der Pflegekosten erheblich kostspieliger geworden.

Die Aufwendungen für Hilfe außerhalb von Anstalten stiegen in etwas geringerem Ausmaß, während die Zahl der Empfänger dieser Hilfeleistungen stärker zunahm als der Personenkreis, der Hilfe in

Anstalten erhielt. Hilfe zum Lebensunterhalt wird seit Jahren überwiegend als Hilfe außerhalb von Anstalten gewährt (1974: 84%). Dagegen kamen Ausgaben für Hilfe in besonderen Lebenslagen 1974 nur zu 30% Empfängern außerhalb von Anstalten zugute.

Diplom-Volkswirtin B. Hänel

Wohnungsbau in regionaler Sicht 1968 - 1973

Das durch den zweiten Weltkrieg verursachte katastrophale Wohnungsdefizit, von dem Rheinland-Pfalz allerdings nicht so stark betroffen war wie die Bundesländer mit vielen großen Städten und industriellen Ballungsräumen, konnte in der Zeit von 1945 bis 1950 infolge der anhaltend großen Materialknappheit und ungünstigen allgemeinen Lebensverhältnisse nur zögernd, im folgenden Jahrzehnt aber durch eine sehr bedeutende Wohnungsbauleistung von privaten Bauherren und Unternehmen sowie der öffentlichen Hand in ganz erheblichem Maße abgebaut werden. Die Zeit von 1960 bis 1970 kann man als das Jahrzehnt der Beseitigung des Wohnungsfehlbestandes ansehen und die darauffolgenden Jahre bis zur Gegenwart als Periode der weitgehenden Befriedigung individueller Wohnwünsche über den freien Wohnungsmarkt.

Im folgenden Beitrag wird die Entwicklung des Wohnungsbaus in den Landkreisen und kreisfreien Städten von 1968 bis 1973 nach dem Gebietsstand vom 18. März 1974 analysiert. Da die Baufertigstellungen eines Jahres teilweise von der Höhe und Struktur des Bauüberhangs und von Sonderfaktoren wie beispielsweise der Bewilligung von Finanzierungsmitteln und der Erschließung von Baugelände abhängen, lassen sich erst über einen längeren Zeitraum hinweg wesentliche regionale Unterschiede erkennen. Die Darstellung der regionalen Verteilung des Wohnungsbaus über eine Anzahl von Jahren bedeutet eine erhebliche Verfeinerung der Information und zeigt nicht nur Schwerpunkte in der Bautätigkeit auf, sondern auch Entwicklungstendenzen in einzelnen Landschaften, Landkreisen und kreisfreien Städten. Eine Zunahme der fertiggestellten Wohnungen gegenüber dem jeweiligen Vorjahr kann allerdings keineswegs als selbstverständlich erwartet und ein Rückgang braucht nicht als bedenklich angesehen werden. Nicht nur der Grad der schon vorhandenen Wohnungsversorgung in einzelnen Verwaltungsbezirken und Regionen spielt hierbei eine erhebliche Rolle, sondern neben anderen Komponenten auch die Höhe der Bevölkerungsveränderung durch Geburten oder Zuzüge. Als Untersuchungsmerkmale dienten vor allem die Bestände und Zugänge an fertiggestellten Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden je 1 000 Einwohner und die Zugänge von Ein- und Zweifamilienhäusern sowie Mehrfamilienhäusern je 1 000 Einwohner. Unberücksichtigt bleibt beim Bezug auf die Bevölkerungszahl die unterschiedliche Haushaltsgröße in Stadt und Land, die mitbestimmend ist für den Wohnungsbedarf einer Bevölkerung. Das läßt sich jedoch nicht ändern, weil regionale Angaben über private Haushalte (Wohnparteien) nur in Großzählungsjahren anfallen.

Ausgangssituation 1968

Der gesamte Wohnungsbestand in Rheinland-Pfalz belief sich am 25. Oktober 1968, dem Stichtag der letzten Gebäude- und Wohnungszählung und Ausgangspunkt für die Fortschreibung des damals ermittelten Bestandes, auf 1 156 574 Einheiten; darin sind nicht enthalten die Wohnungen in Wochenend- und Ferienhäusern. Zu diesem Zeitpunkt entfielen durchschnittlich 317 Wohnungen auf 1 000 Einwohner. Vor allem in den kreisfreien Städten konnte ein über dem Durchschnitt liegender Bestand an Wohnungen, bezogen auf die Zahl der Einwohner, festgestellt werden. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, daß die in Großstädten errichteten Wohnungen durchschnittlich über mindestens einen Raum weniger verfügen, als in Gemeinden unter 2 000 Einwohnern. Wird die vorhandene Wohnfläche auf die Zahl der Einwohner bezogen, so erreichten umgekehrt die kleinen Dörfer unter 2 000 Einwohnern die am stärksten über dem Durchschnitt liegenden Werte.

Die regionale Analyse des Wohnungsbestandes von 1968 ergibt, daß an der Spitze der kreisfreien Städte Kaiserslautern mit 372 Wohnungen je 1 000 Einwohner lag, gefolgt von Pirmasens (370) und Zweibrücken (364). Koblenz und Landau befanden sich mit 326 bzw. 325 Wohnungen zwar am Ende der Skala der kreisfreien Städte, ihre Wohnungsdichte übertraf jedoch noch deutlich den Durchschnitt des Landes. Die bis 1968 ermittelte günstige Relation in den kreisfreien Städten dürfte in erheblichem Maße auf den im Vergleich zu den kreisfreien Städten der meisten anderen Bundesländer niedrigere Bevölkerungszahl dieser Städte zurückzuführen sein.

Der Landkreis Bad Dürkheim verfügte mit 334 Wohnungen je 1 000 Einwohner über den höchsten Grad der Versorgung mit Wohnungen unter den Landkreisen; er übertraf als einziger Landkreis die kreisfreien Städte Mainz, Trier, Koblenz und Landau. Eine recht günstige Relation konnte auch in den benachbarten Landkreisen Kaiserslautern (323 Wohnungen) und Ludwigshafen (322 Wohnungen) festgestellt werden. Diese Fakten lassen erwartungsgemäß erkennen, daß sich bis 1968 die Schwerpunkte der Wohnungsbautätigkeit in den industriellen und stark besiedelten Verdichtungs-

Bestand an Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden in den Verwaltungsbezirken 1968 und 1973

Verwaltungsbezirk	25.10.1968		31.12.1973	
	ins-gesamt	je 1 000 Einw.	ins-gesamt	je 1 000 Einw.
Kreisfreie Stadt Koblenz	40 287	326	45 056	377
Landkreise				
Ahrweiler	32 249	307	39 204	357
Altenkirchen (Ww.)	37 097	309	41 519	336
Bad Kreuznach	45 244	308	50 664	340
Birkenfeld	29 287	306	32 523	354
Cochem-Zell	19 772	294	22 043	339
Mayen-Koblenz	58 998	316	66 982	351
Neuwied	47 935	321	54 734	357
Rhein-Hunsrück-Kreis	25 543	292	28 839	324
Rhein-Lahn-Kreis	38 613	320	43 417	357
Westerwaldkreis	47 665	305	55 691	336
Reg. Bez. Koblenz	422 690	311	480 672	348
Kreisfreie Stadt Trier	34 186	327	38 453	376
Landkreise				
Bernkastel-Wittlich	32 616	298	36 011	329
Bitburg-Prüm	26 093	276	29 342	319
Daun	16 242	287	18 456	327
Trier-Saarburg	31 419	269	35 413	293
Reg. Bez. Trier	140 556	292	157 675	328
Kreisfreie Städte				
Frankenthal (Pfalz)	13 275	339	16 188	372
Kaiserslautern	37 230	372	42 285	413
Landau i. d. Pfalz	12 641	325	13 988	364
Ludwigshafen a. Rhein	61 437	351	68 722	392
Mainz	56 782	330	69 759	380
Neustadt a. d. Weinstr.	18 307	355	20 840	404
Pirmasens	21 717	370	23 839	430
Speyer	14 097	338	16 574	377
Worms	27 199	350	30 654	400
Zweibrücken	13 984	364	15 019	406
Landkreise				
Alzey-Worms	29 069	301	33 383	344
Bad Dürkheim	38 302	334	43 383	374
Donnersbergkreis	20 694	310	23 061	340
Germersheim	26 641	298	33 514	342
Kaiserslautern	31 400	323	35 265	361
Kusel	24 439	310	26 378	337
Landau-Bad Bergzabern	30 438	309	33 837	345
Ludwigshafen	36 606	322	43 270	356
Mainz-Bingen	47 467	313	52 819	341
Pirmasens	31 603	308	35 900	350
Reg. Bez. Rheinhessen-Pfalz	593 328	329	678 678	350
Rheinland-Pfalz	1 156 574	317	1 317 025	356
Gemeinden mit 50 000 und mehr Einwohnern	318 754	344	363 345	391
Gemeinden bis unter 50 000 Einwohner	837 820	308	953 680	344

räumen oder deren näherer Umgebung befunden haben.

Den niedrigsten Wohnungsbestand, bezogen auf die Zahl der Einwohner, wiesen Ende 1968 die im Regierungsbezirk Trier gelegenen, stärker landwirtschaftlich geprägten Landkreise Daun mit 287 Wohnungen je 1 000 Einwohner sowie Bitburg-Prüm (276) und Trier-Saarburg (269) auf. In diesen Gebieten sind kaum Verdichtungsräume und industrielle Schwerpunkte anzutreffen, so daß Impulse für eine verstärkte Wohnungsbautätigkeit oft ausgeblieben sind. In der aufgezeigten Struktur der rheinland-pfälzischen Landkreise liegt eine wesentliche Ursache darin, daß bei einem Vergleich der drei Regierungsbezirke Rheinhessen-Pfalz mit 329 Wohnungen je 1 000 Einwohner deutlich an der Spitze lag, während Koblenz (311) und Trier (292) den Landesdurchschnitt nicht erreichten.

Was die Verteilung des Wohnungsbestandes auf die Gemeindegrößenklassen anbetrifft, so konnte bei den Gemeinden mit 50 000 und mehr Einwohnern ein höherer Wohnungsbestand errechnet werden als bei den Gemeinden unter 50 000 Einwohnern. Für erstere wurden 344 Wohnungen je 1 000 Einwohner ermittelt, hingegen für letztere nur 308 Wohnungen.

Wohnungsbestand erhöhte sich in fünf Jahren um 14%

Am Jahresende 1973 belief sich der gesamte Wohnungsbestand in Rheinland-Pfalz auf 1 317 025 Einheiten. Das waren 356 Wohnungen je 1 000 Einwohner. In den gut fünf Jahren vom 25. Oktober 1968 bis 31. Dezember 1973 erhöhte sich der Bestand an Wohnungen in Rheinland-Pfalz damit um insgesamt 160 451 oder 14%. Von den drei Regierungsbezirken verzeichnete Rheinhessen-Pfalz eine Zunahme um 85 350 Wohnungen oder 14% auf 678 678, Koblenz um 57 982 oder 14% auf 480 672 und Trier um 17 119 oder 12% auf 157 675.

Ebenso wie 1968 lag auch Ende 1973 der Bestand an Wohnungen, bezogen auf die Zahl der Einwohner, in den meisten kreisfreien Städten deutlich über demjenigen der Landkreise. Unter den kreisfreien Städten erreichte Pirmasens mit 430 Wohnungen je 1 000 Einwohner die Spitzenstellung vor Kaiserslautern (413), Zweibrücken (406), Neustadt (404) und Worms (400). Am Ende der Skala befand sich wiederum Landau, das nur 364 Wohnungen je 1 000 Einwohner aufzuweisen hatte. Die Gründe hierfür können darin zu finden sein, daß sich die Bautätigkeit in zunehmendem Maße in die nähere Umgebung von Landau verlagerte. So umfaßt ein in sich geschlossener Wohnungsmarkt nicht nur die Stadt selbst, sondern auch die umliegenden Gemeinden. Es entstehen verstärkte Zonen, in die Stadtbewohner zuziehen und die einen hohen Anteil der Eindpendler in die städtischen Erwerbszentren stellen. Häufig sind diese Gemeinden Einfamilienhausgebiete mit reger Siedlungstätigkeit und starkem Bevölkerungswachstum. Gerade solche Gebiete im Umkreis der Stadt haben einen zuneh-

Fertiggestellte Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden in den Verwaltungsbezirken 1968 - 1973

Verwaltungsbezirk	Insgesamt						Je 1 000 Einwohner ¹⁾					
	1968	1969	1970	1971	1972	1973	1968	1969	1970	1971	1972	1973
Kreisfreie Stadt Koblenz	726	773	662	659	936	1 347	5,9	6,2	5,5	5,5	7,8	11,3
Landkreise												
Ahrweiler	782	1 359	855	1 487	1 222	1 453	7,4	12,7	8,2	14,0	11,3	13,2
Altenkirchen (Ww.)	797	839	681	762	844	856	6,6	6,9	5,6	6,2	6,8	6,9
Bad Kreuznach	892	864	1 058	978	1 377	1 050	6,1	5,9	7,2	6,6	9,2	7,0
Birkenfeld	510	671	433	498	604	839	5,3	7,0	4,6	5,4	6,5	9,1
Cochem-Zell	354	395	305	411	470	539	5,3	5,9	4,6	6,3	7,2	8,3
Mayen-Koblenz	1 249	1 313	1 186	1 347	1 690	1 877	6,7	7,0	6,3	7,1	8,9	9,8
Neuwied	944	950	1 121	1 176	1 335	1 969	6,3	6,3	7,5	7,8	8,8	12,8
Rhein-Hunsrück-Kreis	480	466	454	605	834	675	5,5	5,3	5,2	6,8	9,4	7,6
Rhein-Lahn-Kreis	846	757	521	589	1 143	1 345	7,0	6,3	4,3	4,9	9,5	11,1
Westerwaldkreis	1 481	1 364	1 229	1 219	1 561	1 683	9,5	8,6	7,6	7,5	9,5	10,2
Reg. Bez. Koblenz	9 061	9 751	8 505	9 731	12 016	13 633	6,7	7,1	6,3	7,1	8,7	9,9
Kreisfreie Stadt Trier	656	596	779	897	940	929	6,3	5,8	7,5	8,7	9,1	9,1
Landkreise												
Bernkastel-Wittlich	622	512	506	509	699	777	5,7	4,7	4,6	4,6	6,4	7,1
Bitburg-Prüm	568	502	405	489	628	863	6,0	5,3	4,3	5,3	6,8	9,4
Daun	329	303	258	425	530	418	5,8	5,3	4,6	7,5	9,3	7,4
Trier-Saarburg	711	709	496	631	741	1 142	6,1	6,0	4,2	5,3	6,2	9,5
Reg. Bez. Trier	2 886	2 622	2 444	2 951	3 538	4 129	6,0	5,4	5,1	6,1	7,3	8,6
Kreisfreie Städte												
Frankenthal (Pfalz)	431	419	427	517	476	837	11,0	10,3	10,3	12,2	11,1	19,3
Kaiserslautern	916	833	950	633	1 348	1 557	9,2	8,3	9,4	6,3	13,3	15,2
Landau i. d. Pfalz	265	247	232	219	312	297	6,8	6,3	6,0	5,7	8,1	7,7
Ludwigshafen a. Rhein	1 553	964	1 691	1 529	1 134	1 971	8,9	5,4	9,5	8,6	6,4	11,2
Mainz	2 482	2 391	1 792	2 028	2 940	2 390	14,4	13,5	10,2	11,4	16,2	13,0
Neustadt a. d. Weinstr.	405	295	380	385	1 172	456	7,9	5,7	7,3	7,5	22,8	8,8
Pirmasens	263	326	300	316	691	443	4,5	5,6	5,2	5,5	12,3	8,0
Speyer	359	365	332	430	684	557	8,6	8,6	7,9	10,1	15,8	12,7
Worms	652	558	476	697	638	890	8,4	7,2	6,2	9,1	8,3	11,6
Zweibrücken	159	228	143	246	226	211	4,1	5,9	3,7	6,5	6,0	5,7
Landkreise												
Alzey-Worms	728	649	774	674	864	971	7,5	6,7	8,0	7,0	8,9	10,0
Bad Dürkheim	879	962	664	832	1 124	1 012	7,7	8,3	5,8	7,2	9,7	8,7
Donnersbergkreis	420	390	260	377	556	606	6,3	5,8	3,9	5,6	8,2	8,9
Germersheim	1 119	1 184	942	1 008	1 276	1 960	12,5	12,8	10,1	10,7	13,2	20,0
Kaiserslautern	629	604	477	600	847	1 124	6,5	6,2	4,9	6,2	8,7	11,5
Kusel	372	277	251	333	461	450	4,7	3,5	3,2	4,2	5,9	5,8
Landau-Bad Bergzabern	600	562	555	574	615	890	6,1	5,7	5,7	5,8	6,3	9,1
Ludwigshafen	1 364	1 243	1 027	1 171	1 104	1 630	12,0	10,7	8,8	9,9	9,2	13,4
Mainz-Bingen	944	967	1 089	723	849	1 396	6,2	6,3	7,2	4,7	5,5	9,0
Pirmasens	845	767	668	641	701	946	8,2	7,4	6,4	6,2	6,8	9,2
Reg. Bez. Rheinhessen-Pfalz	15 385	14 231	13 430	13 933	18 018	20 594	8,5	7,8	7,4	7,6	9,8	11,2
Rheinland-Pfalz	27 332	26 604	24 379	26 615	33 572	38 356	7,5	7,2	6,7	7,2	9,1	10,4
Gemeinden mit 50 000 und mehr Einwohnern	8 045	7 061	7 505	7 450	10 216	10 663	8,7	7,6	8,1	8,0	11,0	11,5
Gemeinden bis unter 50 000 Einwohner	19 287	19 543	16 874	19 165	23 356	27 693	7,1	7,1	6,2	7,0	8,5	10,0

1) Jeweils am 31.12.

menden Anteil an der Bevölkerung, der Wohnungsnachfrage und dem Wohnungsbestand einer ganzen Region.

Innerhalb der Landkreise konnte für Bad Dürkheim und Kaiserslautern mit 374 bzw. 361 Wohnungen je 1 000 Einwohner die höchste Quote ermittelt werden. Die Landkreise mit dem niedrigsten Bestand an Wohnungen befanden sich auch Ende 1973 im Regierungsbezirk Trier; für Bitburg-Prüm wurden 319 Wohnungen je 1 000 Einwohner und für Trier-Saarburg nur 293 Wohnungen ermittelt. Die Verteilung des Wohnungsbestandes auf die Gemeindegrößenklassen zeigt, daß die Gemeinden mit 50 000 und mehr Einwohnern mit 391 Wohnungen je 1 000 Einwohner ihren Abstand zu den Gemeinden unter 50 000 Einwohnern, für die nur 344 Wohnungen errechnet wurden, vergrößern konnten.

Stärkste Bautätigkeit in den Städten Mainz, Frankenthal und Speyer

In den Jahren 1968 bis 1973 konnte eine überdurchschnittlich hohe Bautätigkeit, bezogen auf je 1 000 Einwohner, in den meisten kreisfreien Städten, insbesondere in Mainz, Frankenthal und Speyer beobachtet werden. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, daß in Mainz relativ viele kleine Wohnungen mit 1 bis 3 Räumen errichtet wurden. 1968 und 1969 verzeichnete die Landeshauptstadt mit 14,4 bzw. 13,5 fertiggestellten Wohnungen je 1 000 Einwohner die höchste Quote unter den kreisfreien Städten, 1970, 1971 und 1973 lag Frankenthal mit 10,3 sowie 12,2 und 19,3 Wohnungen an der Spitze. Im Jahre 1972 wurde für Neustadt mit 22,8 fertiggestellten Wohnungen je 1 000 Einwohner die höchste Vergleichszahl aller kreisfreien Städte ermittelt. Die geringere Zahl der fertiggestellten Wohnungen, bezogen auf die Zahl der Einwohner, in den kreisfreien Städten Pirmasens und Zweibrücken dürfte auch darauf zurückzuführen sein, daß beide Orte schon 1968 einen recht günstigen Grad der Versorgung aufzuweisen hatten. Bemerkenswert ist weiterhin, daß die Bautätigkeit in Ludwigshafen, einem industriellen Schwerpunkt, in den Jahren 1969 unter 1972 unter dem Landesdurchschnitt ausfiel. Die Gründe hierfür sind wohl nicht zuletzt darin zu suchen, daß zusätzliche Siedlungsflächen zu tragbaren Preisen oft nur in dem angrenzenden Landkreis gewonnen werden konnten.

In den Landkreisen Germersheim, Ludwigshafen, Ahrweiler und Westerwaldkreis im Wohnungsbau führend

Innerhalb der Landkreise erstreckte sich im untersuchten Zeitraum eine rege Bautätigkeit vor allem auf die Landkreise Germersheim, Ludwigshafen, Ahrweiler und den Westerwaldkreis. Diese Kreise sind entweder stark industriell geprägt bzw. befinden sich in der Nähe von industriellen Ballungsgebieten oder hatten einen gewissen Nachholbedarf. Durch die Entstehung neuer Stadtteile und Wohnsiedlungen, die oft außerhalb der Verwaltungsgrenzen größerer Städte liegen, war besonders

in der Umgebung von Ludwigshafen eine überdurchschnittlich rege Wohnungsbautätigkeit zu verzeichnen. Die aufgezeigte Entwicklung erschien vor allem deshalb dringend geboten, um den Nachteilen der Konzentration von Produktions- und Dienstleistungsbetrieben in Ludwigshafen zu entgegen. Zwar möchten sehr viele Familien in der Nähe des Arbeitsplatzes wohnen, aber nicht unmittelbar in den Zentren der wirtschaftlichen Aktivität. Auch der hohe Freizeitwert der Landschaft südlich von Ludwigshafen dürfte als eine weitere Ursache für die starke Bautätigkeit anzusehen sein. So gelten die Landkreise um das industrielle Ballungsgebiet Ludwigshafen und Mannheim als bevorzugte Gebiete für Ferienwohnungen und Altersruhesitze.

Andererseits war eine verhältnismäßig niedrigere Bautätigkeit vor allem in den mehr landwirtschaftlich geprägten Landkreisen wie Bernkastel-Wittlich und Kusel zu beobachten. Diese Gebiete sind auch von industriellen Verdichtungsräumen relativ weit entfernt. Eine wesentliche Ursache für diese Entwicklung dürfte in der allgemein zunehmenden Industrialisierung und der damit zusammenhängen Landflucht zu finden sein, welche die Wohnungsbautätigkeit in diesen Gebieten erheblich beeinflusste.

Ein Vergleich der Gemeindegrößenklassen zeigt, daß in den Gemeinden mit 50 000 und mehr Einwohnern in allen Jahren des untersuchten Zeitraumes eine höhere Quote an fertiggestellten Wohnungen je 1 000 Einwohner ermittelt wurde als in Gemeinden mit weniger als 50 000 Einwohnern. 1973 ergab sich für Gemeinden über 50 000 Einwohner mit 11,5 Wohnungen die höchste Vergleichszahl, für Gemeinden unter 50 000 Einwohner waren es 10,0 Wohnungen.

1974 keine größeren Verschiebungen

Am 31. Dezember 1973 wurde in Rheinland-Pfalz mit insgesamt 64 587 genehmigten, aber noch nicht fertiggestellten Wohnungen ein sehr hoher Bauüberhang ausgewiesen, der in nicht unerheblichem Umfang das Fertigstellungsergebnis des folgenden Jahres beeinflussen dürfte. Die regionale Verteilung des Bauüberhangs deutet deshalb auf Schwerpunkte der Bautätigkeit im Jahre 1974 hin. Unter den kreisfreien Städten läßt die erneut sehr hohe Zahl der genehmigten, aber noch nicht fertiggestellten Wohnungen in Mainz (5 628) und Speyer (2 675) ein hohes Fertigstellungsergebnis für 1974 erwarten. Im Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz wurden innerhalb der Landkreise für Ludwigshafen und Germersheim mit 2 885 bzw. 2 582 Wohnungen die absolut höchsten Bauüberhänge ausgewiesen. In beiden Landkreisen sollte sich die schon in früheren Jahren beobachtete rege Bautätigkeit auch 1974 fortgesetzt haben. Im Regierungsbezirk Koblenz weist erneut der Landkreis Ahrweiler sowie der Westerwaldkreis einen recht hohen Bauüberhang aus, der auf ein hohes Ergebnis der Fertigstellungen hindeutet. Im Landkreis Bad Kreuznach

hat sich der Bauüberhang Ende 1973 gegenüber dem Ergebnis vor Jahresfrist kräftig erhöht. Insgesamt gesehen kann aufgrund der Bauüberhänge am Jahresende 1973 jedoch angenommen werden, daß 1974

in den regionalen Schwerpunkten der Bautätigkeit keine größeren Verschiebungen eingetreten sein dürften.

Diplom-Volkswirt A. Wachweger

Schuhindustrie 1950 - 1974

Das in Rheinland-Pfalz ansässige verarbeitende Gewerbe ist durch einige noch monostrukturell geprägte Wirtschaftsräume gekennzeichnet. Dabei verdanken die industriellen Schwerpunkte des südwestlichen Siegerlandes, des Neuwieder Beckens, des vorderen Westerwaldes und der Stadt Idar-Oberstein mit ihren eindeutig überwiegenden Branchen der Eisen- und Stahlverarbeitung, der Industrie der Steine und Erden, der Feinkeramik sowie der Edelstein- und Schmuckwarenindustrie ihre Entstehung in erster Linie entsprechenden Rohstoffvorkommen, während andererseits die sektoralen Verdichtungen der chemischen Industrie im Raume Ludwigshafen und des Maschinenbaues in den Städten Frankenthal und Kaiserslautern stärker auf die relativ günstige Verkehrslage zurückzuführen sind.

Demgegenüber waren für die Ansiedlung der Schuhindustrie im südwestlichen Teil der Pfalz ursprünglich arbeits- und konsumorientierte Standortfaktoren ausschlaggebend. Die pfälzische Schuhindustrie erstreckt sich überwiegend auf die kreisfreien Städte Pirmasens und Zweibrücken, den

Landkreis Pirmasens und auch noch die angrenzenden Bezirke der Landkreise Kaiserslautern, Kusel und Landau-Bad Bergzabern. Darüber hinaus finden sich innerhalb der Landesgrenzen noch im Trierer Raum größere Kapazitäten der Schuhindustrie, und zwar mit Schwerpunkten in der Stadt Trier sowie in den Landkreisen Daun und Trier-Saarburg.

Es ist zu beachten, daß die Herstellung von Gummischuhwerk, welche in Rheinland-Pfalz sehr bedeutsam ist, statistisch erst seit 1967 zur Schuhindustrie zählt, während vorher die Zuordnung unter der Warengruppe Gummi- und Asbestverarbeitung erfolgte. Für den langfristigen Zeitvergleich sind die Ergebnisse dieser Warengruppe für die Jahre 1950 bis 1966, soweit es sich um die Fertigung von Schuhwerk handelt, dem Zweig Schuhindustrie zugerechnet worden.

Entwicklung rückläufig

Während von 1950 bis 1974 die Beschäftigtenzahl der rheinland-pfälzischen Industriebetriebe

Zu- und Abgänge von Betrieben und Beschäftigten der Schuhindustrie 1965 - 1974
(Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten)

Jahr	Zugänge				Abgänge				
	Ins-gesamt	Über-nahmen 1)	Neu-gründungen	Schwer-punkt-ver-lagerungen	Ins-gesamt	Auf-lösungen	Abgaben 2)	Schwer-punkt-ver-lagerungen	Ver-änderung
Betriebe									
1965	33	3	30	-	39	29	9	1	- 6
1966	21	1	14	6	39	37	2	-	- 18
1967	16	4	12	-	48	46	2	-	- 32
1968	14	5	9	-	17	16	1	-	- 3
1969	12	6	6	-	18	15	3	-	- 6
1970	20	2	17	1	25	18	6	1	- 5
1971	10	3	7	-	23	20	3	-	- 13
1972	9	2	5	2	22	20	1	1	- 13
1973	3	2	1	-	21	17	4	-	- 18
1974	7	1	6	-	27	24	3	-	- 20
1965 - 1974	145	29	107	9	279	242	34	3	- 134
Beschäftigte									
1965	1 298	43	1 255	-	1 472	1 311	84	77	- 174
1966	1 025	20	477	528	1 160	1 147	13	-	- 135
1967	1 592	50	1 542	-	3 025	3 014	11	-	- 1 433
1968	395	79	316	-	636	629	7	-	- 241
1969	325	89	236	-	655	632	23	-	- 330
1970	974	47	878	49	997	936	44	17	- 23
1971	235	28	207	-	1 217	1 185	32	-	- 982
1972	514	36	375	103	958	927	5	26	- 444
1973	104	34	70	-	578	555	23	-	- 474
1974	447	23	424	-	1 358	1 329	29	-	- 911
1965 - 1974	6 909	449	5 780	680	12 056	11 665	271	120	- 5 147

1) Betriebe, die lt. Totalerhebung Industrie im September die Meldegrenze zur monatlichen Industrieberichterstattung überschritten. -
2) Betriebe, die lt. Totalerhebung Industrie im September die Meldegrenze zur monatlichen Industrieberichterstattung unterschritten.

Schuhindustrie 1950 - 1974
(Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten)

Jahr	Be- triebe	Beschäftigte			Ge- leistete Ar- beiter- stunden	Lohn- und Gehaltssumme		Umsatz			Pro- duktions- index	Arbeits- produktivität	
		ins- gesamt	Ar- beiter	Anteil am Bundes- gebiet		ins- gesamt	Anteil am Umsatz	ins- gesamt	je Be- schäf- tigten	Export- anteil		je Be- schäf- tigten	je Ar- beiter- stunde
		Anzahl	%			1 000	1 000 DM	%	1 000 DM	DM		%	Meßzahl (1970 = 100)
Insgesamt													
1950	204	21 279	90,0	.	42 008	51 040	15,7	325 843	15 313	0,0	38	55,8	42,9
1955	282	32 082	89,9	.	60 313	103 578	20,7	499 863	15 581	1,2	54	56,7	45,7
1960	292	34 585	90,2	32,0	60 405	168 404	23,6	713 988	20 644	1,6	85	80,9	71,6
1961	301	35 250	88,6	33,0	58 886	188 612	25,4	743 454	21 091	1,9	86	82,2	75,1
1962	306	35 201	88,5	33,3	58 270	205 515	23,1	890 980	25 311	1,9	90	86,7	79,7
1963	314	34 822	88,1	33,5	55 136	221 095	24,5	902 569	25 920	2,5	92	88,8	85,3
1964	331	34 822	88,0	34,3	55 468	236 041	23,9	987 964	28 372	3,3	100	96,8	92,4
1965	335	35 663	87,8	34,7	55 750	268 054	25,5	1 052 452	29 511	3,4	106	101,6	99,5
1966	320	35 434	87,6	35,3	53 935	279 175	26,1	1 070 548	30 212	3,1	101	97,3	97,7
1967	296	31 637	87,1	34,8	47 399	245 704	23,8	1 034 382	32 695	4,3	91	91,9	91,8
1968	281	31 681	87,4	34,9	49 267	272 112	22,4	1 217 474	38 429	5,3	101	102,1	98,8
1969	275	32 594	87,6	35,4	49 876	295 913	25,0	1 183 478	36 300	6,9	108	105,5	103,4
1970	267	31 913	87,2	35,7	47 846	329 287	26,7	1 232 530	38 622	6,1	100	100,0	100,0
1971	258	29 624	86,9	36,0	44 453	342 105	27,4	1 250 302	42 206	6,5	97	103,9	104,1
1972	247	27 365	86,6	35,5	40 581	341 086	27,3	1 248 080	45 609	6,0	92	106,7	108,1
1973	231	24 983	86,3	35,7	35 079	327 185	27,9	1 174 704	47 020	7,0	80	101,9	108,9
1974	209	22 255	86,0	36,3	31 393	312 692	26,8	1 167 273	52 450	6,5	72	102,3	108,9
Veränderung zum Vorjahr in %													
1955	38,2	50,8	.	.	43,6	102,9	.	53,4	1,8	.	42,1	1,6	6,5
1960	3,5	7,8	.	.	0,2	62,6	.	42,8	32,5	.	57,4	42,7	56,7
1961	3,1	1,9	.	.	- 2,5	12,0	.	4,1	2,2	.	1,2	1,6	4,9
1962	1,7	- 0,1	.	.	- 1,0	9,0	.	19,8	20,0	.	4,7	5,5	6,1
1963	2,6	- 1,1	.	.	- 5,4	7,6	.	1,3	2,4	.	2,2	2,4	7,0
1964	5,4	.	.	.	0,6	6,8	.	9,5	9,5	.	8,7	9,0	8,3
1965	1,2	2,4	.	.	0,5	13,6	.	6,5	4,0	.	6,0	5,0	7,7
1966	- 4,5	- 0,6	.	.	- 3,3	4,1	.	1,7	2,4	.	- 4,7	- 4,2	- 1,8
1967	- 5,1	- 2,1	.	.	- 3,4	- 3,3	.	3,8	6,0	.	- 9,9	- 5,5	- 6,0
1968	- 5,1	0,1	.	.	3,9	10,7	.	17,7	17,5	.	11,0	11,1	7,6
1969	- 2,1	2,9	.	.	1,2	8,7	.	- 2,8	- 5,5	.	6,9	3,3	4,7
1970	- 2,9	- 2,1	.	.	- 4,1	11,3	.	4,2	6,4	.	- 7,4	- 5,2	- 3,3
1971	- 3,4	- 7,2	.	.	- 7,1	3,9	.	1,4	9,3	.	- 3,0	3,9	4,1
1972	- 4,3	- 7,6	.	.	- 8,7	- 0,3	.	- 0,2	8,1	.	- 5,2	2,7	3,8
1973	- 6,5	- 8,7	.	.	- 13,6	- 4,1	.	- 5,9	3,1	.	- 13,0	- 4,5	0,7
1974	- 9,5	- 10,9	.	.	- 10,5	- 4,4	.	- 0,6	11,5	.	- 10,0	0,4	.

mit 10 und mehr tätigen Personen um über 80% expandierte, läßt die Entwicklung in der Schuhindustrie mit nur + 4,6% einen vergleichsweise stagnierenden Verlauf erkennen. Von den annähernd 400 000 Arbeitskräften der heimischen Industrie im Jahre 1974 entfielen insgesamt 22 255 Personen oder 5,6% auf die Schuhherstellung. Vor einem Vierteljahrhundert war demgegenüber noch fast ein Zehntel der Beschäftigten in der Schuhindustrie eingesetzt. Entsprechend spiegelt auch die Entwicklung der übrigen Ergebnisse eine mitunter beträchtliche Schlechterstellung dieses Industriezweigs wider. Angesichts von Steigerungen der Produktion und der Arbeitsproduktivität je Beschäftigten der Gesamtindustrie zwischen 1950 und 1974 um 765 bzw. 360%, wurden für die Schuhindustrie lediglich Zunahmen um 89,5 bzw. 83,3% ermittelt. Dabei dürften insbesondere auch die stark differierenden Ergebnisse der Produktivitätsberechnung bereits die wesentlichsten Kausalzusammenhänge hinsichtlich der relativ schwierigen wirtschaftlichen Lage auf dem Sektor der Schuhherstellung verdeutlichen. Die Arbeitsproduktivität je Arbeiterstunde spiegelt mit Quoten von + 584 bzw. + 154% gleichermaßen schwerwiegende Differenzierungen wider. Hinzu kommt ein stets überdurchschnittlicher Arbeiteranteil an der Belegschaft, welcher 1974 in der gesamten Industrie 72,5%, in der Schuhherstellung

dagegen 86,0% der Beschäftigten ausmachte. Wie hier die längerfristige Entwicklung auf Bundes- und Landesebene zeigt, erweisen sich in der Regel Industriezweige mit überproportionaler Arbeiterquote eher rezessionsanfällig als jene Fertigungsbereiche, die stärker mit Angestellten bzw. qualifiziertem Fachpersonal ausgestattet sind. Unter den vier Industriehauptgruppen ist bereits seit längerer Zeit bei den Verbrauchsgüterindustrien der höchste Anteil an Arbeitern zu verzeichnen.

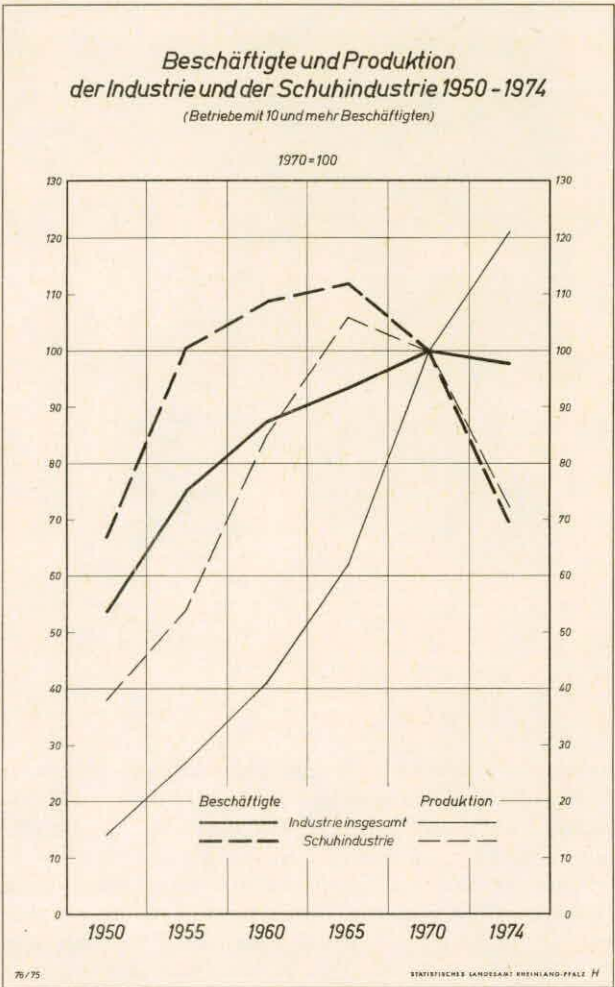
Die durchschnittliche Betriebsgröße der rheinland-pfälzischen Schuhindustrie blieb während des 25jährigen Betrachtungsintervalls mit gut 100 Personen je Betrieb weitgehend konstant, da mit der zwischen 1950 und 1974 erkennbaren Stagnation des Beschäftigtenstands eine gleichermaßen geringfügige Veränderung der Betriebszahl einherging, welche lediglich um 5 Einheiten auf 209 zunahm. Die Betrachtung einzelner Berichtsperioden macht allerdings deutlich, daß sich insbesondere für das letzte Jahrzehnt eine stark ausgeprägte rezessive Tendenz ergibt.

Während in den ersten 15 Jahren des Untersuchungszeitraums ein stetiger Aufwärtstrend bei maximalen Eckwerten im Jahre 1965 mit 335 Betrieben und 35 663 tätigen Personen verzeichnet

werden konnte, näherte sich die Entwicklung bis 1974 mit nahezu gleicher rückläufiger Stetigkeit wieder weitgehend den niedrigen Ausgangsdaten von 1950. Dabei ist ein Stillstand dieses Schrumpfungsprozesses nicht abzusehen; von Januar bis April 1975 verringerte sich die Beschäftigtenzahl gegenüber dem ersten Jahresdrittel 1974 um 7,9% weiterhin auf 21 014 (Produktionsindex — 3,2%). Infolge der tariflich vereinbarten Arbeitszeitverkürzungen spiegelt sich der ungünstige Trend in der langfristigen Veränderung der Arbeitsleistung weit gravierender wider, welche zwischen 1950 und 1974 um 25,3% auf 31,4 Mill. geleistete Arbeiterstunden zurückging (Industrie insgesamt + 22,9%). Demgegenüber wurden hier Höchstwerte in dem Jahrfünft von 1955 bis 1960, und zwar mit über 60 Mill. Stunden, ermittelt. Trotz beträchtlichen Anstiegs des Lohn- und Preisniveaus ist die Umsatzentwicklung der Schuhindustrie seit 1972 durch leichte Einbußen gekennzeichnet, wobei sich zwischen 1971 und 1974 die Minderung auf — 6,6% belief (Industrie insgesamt + 41,2%). Verhältnismäßig niedrig lagen 1974 auch der Umsatz je tätiger Person (52 450 DM) und der Exportanteil am Umsatz (6,5%), wogegen für die gesamte Industrie wesentlich höhere Ergebnisse von 109 300 DM und 29,4% zu verbuchen waren. Als Lohn- und Gehaltsbelastung des Umsatzes lassen sich Quoten von 26,8 bzw. 20,2% errechnen.

Damenschuhproduktion dominiert

Die Produktion, nach Sortimenten differenziert, blieb im Zeitraum von 1965 bis 1974 weitgehend unverändert. Es wurde 1974 ein Wert von 1 046 Mill. DM ermittelt, welcher sich gegenüber 1965 und 1970 um — 0,9 bzw. — 9,8% verändert hatte. In der Gliederung nach Schuharten entfielen allein zwei Drittel auf Lederstraßenschuhe für Frauen, während die für Männer sowie leichte Straßenschuhe und Hausschuhe erst in beträchtlichem Abstand mit Anteilen von 19 bzw. 13% folgten. Die Schuhindustrie unseres Landes ist folglich in hohem Maße auf die Fertigung modischer und damit vergleichsweise teurer Erzeugnisse abgestellt, wodurch zwangsläufig eine stärkere Konjunkturabhängigkeit bewirkt wird. Auch auf Bundesebene zeigen sich im wesentlichen gleichartige Verteilstrukturen und Entwick-



lungstendenzen. Bei einem Produktionswert von annähernd 2,9 Mrd. DM rangierten auch hier - in jedoch geringerem Maße - Lederstraßenschuhe für Frauen und Männer mit Anteilen von rund 48 bzw. 22% eindeutig vorn. An der Schuherzeugung des Bundesgebietes waren die rheinland-pfälzischen Hersteller ebenso wie an der Beschäftigtenzahl mit 36,3% beteiligt.

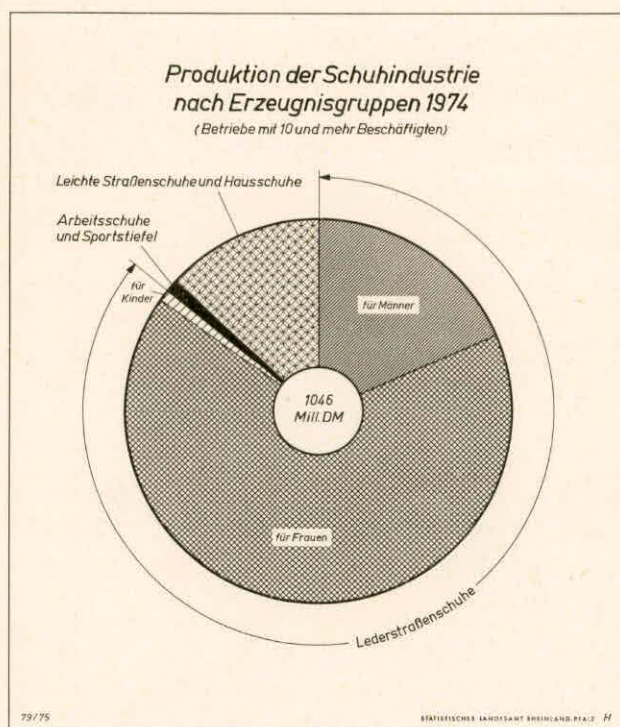
Größte Kapazität unter den Bundesländern

Zwischen 1960 und 1974 verminderte sich auch auf Bundesebene die Beschäftigtenzahl der Schuh-

Produktion der Schuhindustrie nach Warenklassen und ausgewählten Jahren
(Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten)

Warenklasse	Rheinland-Pfalz						Anteil des Landes am Bund					
	1952	1955	1960	1965	1970	1974	1952 ¹⁾	1955 ¹⁾	1960	1965	1970	1974
	Mill. DM						%					
Lederstraßenschuhe für Männer		100	138	174	172	194		24,2	26,1	26,9	25,1	31,1
Frauen	378	316	471	665	750	694	34,9	43,1	45,6	51,4	53,4	50,3
Kinder		29	58	105	111	9		20,7	27,2	35,0	38,3	18,8
Arbeitsschuhe und Sportstiefel	10	12	8	17	11	10	7,5	10,0	5,1	10,3	4,6	3,6
Leichte Straßenschuhe, Haus- und Hilfsschuhe	8	6	14	94	116	139	4,3	3,1	3,7	18,1	24,7	25,0
Insgesamt	396	463	689	1 055	1 160	1 046	28,2	30,0	29,8	36,0	37,5	36,3

1) Bundesgebiet ohne Saarland und Berlin.



industrie beträchtlich, und zwar um 44 420 bzw. 42,0%. Die 1974 insgesamt erfaßten 61 330 Arbeitskräfte verteilten sich auf 563 Betriebe, welche einen Umsatz von annähernd 3,3 Mrd. DM erwirtschafteten. Hieraus resultiert eine durchschnittliche Betriebsgröße von 109 Beschäftigten, während sich als Umsatz je tätiger Person ein Betrag von 53 400 DM errechnet. Für Rheinland-Pfalz wurden hier allerdings leicht unterproportionale Relationen von 106 Arbeitskräften je Betrieb und 52 450 DM je Beschäftigten ermittelt. Indessen lagen die Ergebnisse für Baden-Württemberg mit 150 Personen und 58 000 DM jeweils weitaus an der Spitze, worin sich widerspiegelt, daß in diesem nach Rheinland-Pfalz zweitwichtigsten Herstellungsland der größte Produzent seinen Sitz hat. Mit einem Exportanteil am Umsatz von 9,2% auf Bundesebene, rangiert Bayern, welches beschäftigungs- und produktionsmäßig unter den Ländern den dritten Platz belegte, mit einer Quote von 14,8% eindeutig vor Baden-Württemberg mit einer bereits spürbar niedrigeren Exportquote von 9,9% und Rheinland-Pfalz mit 6,5%, das unter den bedeutsameren schuhproduzierenden Bundesländern an letzter Stelle lag. Bei diesem Vergleich ist allerdings zu berücksichtigen, daß die Exportproduktion eines in Rheinland-Pfalz tätigen größeren Unternehmens aus abrechnungstechnischen Gründen in den Ausfuhrwerten von Baden-Württemberg enthalten ist. Hinsichtlich der Erzeugungskapazität im Bundesgebiet steht unser Land mit mehr als einem Drittel des Beschäftigtenvolumens weitaus an der Spitze. Unter dem Gesichtspunkt der unternehmensmäßigen Verflechtung mit anderen Bundesländern betrachtet, bewegte sich 1973 in der Schuhindustrie - gemessen an der Beschäftigtenzahl der Einheiten mit 20 und mehr Personen - das rheinland-pfälzische Ergebnis für Betriebe um 9,8% über dem für Unternehmen, woraus ersichtlich ist, daß auch in dieser Branche

die Unternehmensführung durch Hauptniederlassungen mit Sitz außerhalb der Landesgrenzen dominiert.

Starke Konzentration im Pirmasenser Raum

Die längerfristige Darstellung der Beschäftigtenentwicklung zeigt, daß im Zeitraum von 1961 bis 1974 die regionale Verteilung weitgehend konstant blieb. Der Pirmasenser Raum war stets mit einem Anteil von vier Fünfteln und mehr am Personalbestand der rheinland-pfälzischen Schuhindustrie beteiligt. Von den 1974 auf Landesebene erfaßten 22 255 Beschäftigten entfielen 6 994 auf die kreisfreien Städte Pirmasens und Zweibrücken sowie 11 333 auf den Landkreis Pirmasens, während sich die restlichen 3 928 Personen auf das übrige Landesgebiet verteilten. Im Jahre 1965 mit dem höchsten Beschäftigtenstand von 35 663 wurden in dieser regionalen Abgrenzung Anteile von 31,0 sowie 46,0 und 23,0 errechnet. Hinsichtlich der personellen Entwicklung vom Beginn der 60er Jahre an, erwies sich die Rezession der Schuhindustrie in den Städten Pirmasens und Zweibrücken sowie für die Gesamtheit der übrigen Gebiete ausgeprägter als im Landkreis Pirmasens. Hier wurden 1974 für die Gemeinden Rodalben, Hauenstein, Waldfischbach-Burgalben, Münchweiler und Wieslautern die höchsten Beschäftigtenzahlen ermittelt, welche zwischen 600 bis 1 300 Personen schwankten.

Bezogen auf die Beschäftigten der Industriebetriebe mit 10 und mehr tätigen Personen, entfielen 1974 in der Stadt und im Kreis Pirmasens Anteile von 58,2 bzw. 82,2% auf die Schuhindustrie, während sich die Vergleichsrelation für die Stadt Zweibrücken wesentlich geringer ausnahm. Eine gewisse Auflockerung der Monostruktur ergibt sich indessen daraus, daß noch 1970 Schuhindustrieanteile für Pirmasens Stadt und Land von 65,1 bzw. 88,3% ermittelt wurden. Während neben der Schuhherstellung für die Stadt Pirmasens weiterhin noch der Maschinenbau, die Kunststoffverarbeitung, die Chemie und die Ernährungsindustrie bedeutungsvoll sind, verfügt der Landkreis Pirmasens lediglich noch über nennenswerte Kapazitäten in der Kunststoff- und Holzverarbeitung. In der Stadt Zweibrücken überwiegt bereits seit geraumer Zeit der Maschinen- und Straßenfahrzeugbau.

Angesichts einer Beschäftigtendichte auf Ebene des Landes und des Regierungsbezirks Rheinhessen-Pfalz von 108 bzw. 130 tätigen Personen je 1 000 Einwohner nehmen sich die kreisfreien Städte Pirmasens und Zweibrücken sowie der Landkreis Pirmasens mit 192 sowie 153 und 133 als überdurchschnittlich industrialisiert aus, wenngleich andererseits der Abstand zu dem für die Stadt Ludwigshafen ermittelten Wert von 376 noch beträchtlich ist. Die vergleichsweise prekäre Lage innerhalb der Schuhindustrie läßt sich vor allem daran erkennen, daß die von ihr am stärksten geprägten Gebiete des Stadt- und Landkreises Pirmasens von 1973 auf 1974 mit einer Minderung um zusammen 2 606 Personen die höchsten absoluten industriellen Arbeitsplatzeinbußen unter den Verwaltungsbezirken des

Beschäftigte der Schuhindustrie nach regionalen Schwerpunkten 1961 - 1974
(Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten)

Bezirk	1961	1965	1970	1971	1972	1973	1974
Anzahl							
Kreisfreie Städte							
Pirmasens/Zweibrücken	12 021	11 067	9 980	9 812	8 765	7 850	6 994
Landkreis Pirmasens	15 930	16 405	15 596	14 397	13 925	12 815	11 333
Landkreise Donnersberg/ Kaiserslautern/Kusel/ Landau-Bad Bergzabern	2 174	2 050	1 705	1 679	1 451	1 247	1 123
Zusammen	30 125	29 522	27 281	25 888	24 141	21 912	19 450
Kreisfreie Stadt Trier/ Landkreis Trier-Saarburg	1 886	2 325	2 282	2 120	1 946	1 955	1 729
Übrige Gebiete	3 239	3 816	2 350	1 616	1 278	1 116	1 076
Rheinland-Pfalz	35 250	35 663	31 913	29 624	27 365	24 983	22 255
Anteil in %							
Kreisfreie Städte							
Pirmasens/Zweibrücken	34,1	31,0	31,3	33,1	32,0	31,4	31,4
Landkreis Pirmasens	45,2	46,0	48,9	48,6	50,9	51,3	50,9
Landkreise Donnersberg/ Kaiserslautern/Kusel/ Landau-Bad Bergzabern	6,2	5,8	5,3	5,7	5,3	5,0	5,1
Zusammen	85,5	82,8	85,5	87,4	88,2	87,7	87,4
Kreisfreie Stadt Trier/ Landkreis Trier-Saarburg	5,3	6,5	7,1	7,1	7,1	7,8	7,8
Übrige Gebiete	9,2	10,7	7,4	5,5	4,7	4,5	4,8
Rheinland-Pfalz	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Landes zu vermelden hatten, wovon allein 2 264 Beschäftigte bzw. annähernd neun Zehntel der Abgänge die Schuhindustrie betrafen.

Schuheinfuhr ein Vielfaches der Ausfuhr

Während bereits die langfristige Darstellung der Industrieberichtsergebnisse für die Schuhherstellung einen vergleichsweise geringen Auslandsumsatz ausweist, signalisiert die Außenhandelsstatistik noch ungünstigere Zusammenhänge. Seit Mitte der 50er Jahre ist die Außenhandelsbilanz des Bundesgebietes durch Exportüberschüsse gekennzeichnet, wobei sich insbesondere ab 1970 eine stark expansive Tendenz ergibt. Demgegenüber wurden beim Außenhandel mit Schuhen aus Leder seit 1960 jeweils Einfuhrwerte ermittelt, welche einem Vielfachen der Ausfuhrhöhe entsprechen. Hierbei lagen auf Bundesebene in den Jahren 1960, 1965, 1970 und 1974 die Importe um 260 und 224 sowie 200 und 395% über den Exporten; 1955 hatten erstere um 46,2% darunter gelegen. Während sich von 1955 bis 1974 die Ausfuhr von Schuhen etwa verzehnfachte, wuchs das Einfuhresultat auf nahezu das Hundertfache.

Die entsprechende Zusammenstellung für Rheinland-Pfalz reflektiert weitgehend gleichartige Relationen und Entwicklungstendenzen, wobei sich in den beiden letzten Jahrzehnten der Export annähernd verzweifachte. 1974 war der Import fünfmal so hoch wie die Ausfuhr. Indessen macht die Außenhandelsstatistik der Schuhe aus Leder von 1970 bis 1974 insofern eine relative Schlechterstel-

lung des Landes deutlich, als bei nahezu konstant gebliebenen Bundesanteilen am Beschäftigtenvolumen und an der Produktion von jeweils einem Drittel die Beteiligung an der Ausfuhr von 22,9 auf 15,4% stetig zurückging. Dabei darf jedoch nicht außer acht gelassen werden, daß die - methodisch schwierige - Einbeziehung von Schuhen aus Gummi, Kautschuk und Kunststoff Verhältnisverschiebungen zugunsten des heimischen Schuhexports zeigen würde.

Aus der Differenzierung nach Verbrauchs- und Herstellungsländern ergibt sich, daß in den letzten

Außenhandel mit Schuhen aus Leder 1950 - 1974

Jahr	Bundesgebiet			Rheinland-Pfalz		
	Ausfuhr	Einfuhr	Saldo	Ausfuhr	Einfuhr	Saldo
Mill. DM						
1950	1	13	12	0	.	.
1955	26	14	11	2	.	.
1960	40	144	104	7	.	.
1965	107	347	240	33	.	.
1970	245	735	490	56	99	43
1971	249	920	671	49	129	80
1972	267	1 134	867	47	151	105
1973	288	1 131	843	51	157	106
1974	269	1 333	1 064	42	206	165
Veränderung in %						
1955	1 862	11,6	- 4,3	2 000	.	.
1960	57,3	899,3	835,1	247,6	.	.
1965	165,8	140,9	131,2	350,7	.	.
1970	130,0	112,1	104,2	70,8	.	.
1971	1,7	25,1	36,9	- 12,3	30,5	86,5
1972	7,1	23,3	29,3	- 5,8	16,9	30,9
1973	7,9	- 0,3	- 2,8	9,8	3,9	1,3
1974	- 6,5	17,8	26,2	- 18,8	31,4	55,4

Bruttoanlageinvestitionen der Schuhindustrie 1962 - 1973
(Unternehmen/Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten)

Jahr	Unternehmen ¹⁾						Betriebe ¹⁾				
	ins- gesamt	Beschäf- tigte	Umsatz 2)	Investitionen ³⁾			ins- gesamt	Beschäf- tigte	Investitionen ³⁾		
				ins- gesamt	je Beschäftigten				ins- gesamt	je Beschäftigten	
					Schuh- industrie	Industrie ins- gesamt				Schuh- industrie	Industrie ins- gesamt
Anzahl	1 000 DM	DM	Anzahl	1 000 DM	DM						
1962	232	29 470	762 218	19 226	652	2 286	256	31 128	20 320	653	2 368
1964	235	28 915	818 106	24 432	845	3 516	269	31 026	25 166	811	3 587
1965	219	28 734	869 965	27 278	949	4 153	269	31 248	29 027	929	4 380
1966	215	28 396	883 091	29 380	1 035	4 247	275	31 518	32 058	1 017	4 599
1967	196	26 910	899 820	21 460	797	3 502	254	30 813	22 122	718	3 418
1968	186	27 359	945 216	26 782	979	3 507	240	31 249	27 941	894	3 638
1969	189	29 412	1 033 388	33 809	1 149	5 177	244	32 207	33 467	1 039	5 025
1970	175	28 434	1 088 899	42 897	1 509	6 543	236	31 179	40 802	1 309	6 135
1971	167	27 193	1 087 927	25 381	933	5 241	225	29 210	25 127	860	6 260
1972	163	24 930	1 164 996	22 080	886	5 320	217	26 930	21 512	799	5 608
1973	151	22 014	1 081 621	18 036	819	5 521	198	24 177	18 170	751	5 655

1) Mit Sitz in Rheinland-Pfalz. - 2) Ohne Umsatzsteuer. - 3) Einschließlich Investitionssteuer.

Jahren der rheinland-pfälzische Schuhexport weit überwiegend auf die gleichermaßen hochindustrialisierten Nachbarstaaten des westlichen Auslands ausgerichtet war, während auf der Einfuhrseite die Länder mit noch vergleichsweise niedrigem Lohnniveau mit Abstand die Spitzenpositionen einnahmen. Im Jahre 1974 gingen über vier Fünftel des Exports nach den Niederlanden, Frankreich, Belgien, Luxemburg und der Schweiz. Auf der Importseite dominierten zu annähernd neun Zehnteln Italien, Spanien und Jugoslawien als Herstellungsländer, wobei allein Italien über die Hälfte des Gesamtergebnisses bestritt.

Vergleichsweise geringe Investitionsintensität

Insgesamt gesehen, bietet sich die rheinland-pfälzische Schuhindustrie als ein Zweig des verarbeitenden Gewerbes dar, welcher bereits seit geraumer Zeit einer ausgeprägten Rezessionstendenz unterliegt, zum anderen aber einem Vergleich auf Bundesebene standzuhalten vermag. Unter technologischen Gesichtspunkten betrachtet, konnten die sektoral vorhandenen Rationalisierungsreserven bereits sehr weitgehend ausgeschöpft werden, so daß die branchenspezifisch bedingte hohe Arbeitsintensität für die Zukunft äußerst enge Grenzen setzen dürfte. In Anbetracht der allgemeinen Lage kann in absehbarer Zeit kaum mit einer spürbaren Absatzbelebung gerechnet werden. Die Auflockerung der stark monostrukturierten Räume durch andere entwicklungsträchtigere Industrien erscheint vordringlich.

Während von 1962 bis 1973 die Investitionen der Industrie auf nahezu das 2,5fache stiegen, war für die Schuhherstellung ein leichter Rückgang zu ver-

zeichnen. 1973 wurden sowohl für Unternehmen als auch für Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten jeweils Investitionen von rund 18 Mill. DM ermittelt, wogegen allerdings die bisherigen Höchstwerte im Jahre 1970 mehr als doppelt so hoch lagen. Bezogen auf die Betriebsergebnisse, konnte die gesamte Industrie zwischen 1962 und 1973 ihre Investitionsintensität von 2 370 auf 5 655 DM je Beschäftigten spürbar steigern, während sich die - stets wesentlich geringeren - Sätze bei der Schuherzeugung lediglich um rund 15% auf 750 DM erhöhten. Drei Jahre zuvor wurde hier jedoch eine Spitzenquote von 1 310 DM je tätiger Person erzielt (Industrie insgesamt 6 135 DM).

Angesichts eines 6,2%igen Beschäftigtenanteils der Schuhherstellung an den Industriebetrieben des Landes im Jahre 1973, war die Beteiligung von 0,8% an den sich auf annähernd 2,3 Mrd. DM belaufenden Gesamtinvestitionen äußerst gering. Die Investitionsintensität von 750 DM je Beschäftigten lag unter den Industriezweigen mit Abstand am Ende, wobei lediglich die Lederverarbeitung mit nur 625 DM ein noch geringeres Ergebnis aufwies. Die Spitzensätze wurden hier für die Zement- und Kalkindustrie mit 24 310 bzw. 16 750 DM errechnet. Bei der Schuherzeugung waren 1973 nur knapp 10% der investierten Mittel für den Zugang an Grundstücken und Gebäuden vorgesehen, während die übrigen neun Zehntel zur Beschaffung von Maschinen und maschinellen Anlagen sowie zur Erneuerung der Betriebs- und Geschäftsausstattung dienten. Bei der Industrie insgesamt wurde hier ein Anteilverhältnis von etwa 25 zu 75% ermittelt.

Diplom-Wirtschaftsingenieur H. Peifer

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1973	1974				1975			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
Bevölkerung und Erwerbs-tätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 698	3 696	3 699	3 698	3 697	3 686
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen 1)	Anzahl	2 137	2 037	1 426 ^x	2 234 ^x	2 041	1 864	1 548 ^p	2 201 ^p	1 938 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	5,8	6,6	5,0 ^x	7,1 ^x	6,7	6,0	5,5 ^p	7,0 ^p	6,2 ^p
* Lebendgeborene 2)	Anzahl	3 083	2 990	2 753 ^x	3 213 ^x	3 057	2 818	2 746 ^p	2 985 ^p	3 276 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	8,3	9,7	9,7 ^x	10,2 ^x	10,1	9,0	9,7 ^p	9,5 ^p	10,5 ^p
* Gestorbene (ohne Totgeborene) 3)	Anzahl	3 682	3 624	3 476 ^x	4 077 ^x	3 588	3 960	4 134 ^p	3 874 ^p	3 930 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,0	11,8	12,2 ^x	13,0 ^x	11,8	12,6	14,6 ^p	12,4 ^p	12,5 ^p
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	76	67	56 ^x	79 ^x	59	59	48
* je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	24,7	22,4	20,3 ^x	24,6 ^x	19,3	20,9	17,5
* Überschuß der Geborenen	Anzahl	- 599	- 634	- 723 ^x	- 864 ^x	- 531	- 1 142	- 1 388 ^p	- 889 ^p	- 654 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 1,6	- 2,1	- 2,5 ^x	- 2,8 ^x	- 1,7	- 3,6	- 4,9 ^p	- 2,8 ^p	- 2,1 ^p
Wanderungen über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	10 464	8 520	6 892	8 802	8 348	7 227
* Fortgezogene	Anzahl	8 997	8 947	7 135	8 964	8 728	7 877
* Wanderungssaldo	Anzahl	1 467	- 427	- 243	- 162	- 380	- 650
* Innerhalb d. Landes Umgezogene 4)	Anzahl	10 958	10 943	8 834	10 812	10 501	10 715
Arbeitslage										
* Arbeitslose	1 000	14,7	36,3	38,1	33,2	29,5	71,6	73,3	69,7	66,1
* Männer	1 000	8,5	22,4	25,2	21,0	17,5	48,7	50,3	47,5	43,3
Ausgewählte Berufsgruppen:										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	715	570	1 395	681	238	1 562	1 653	2 223	881
Bauberufe	Anzahl	1 006	4 045	5 024	4 397	3 559	9 616	9 932	9 215	7 992
Industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	6 256	15 979	16 946	15 089	12 507	31 946	33 023	31 708	30 360
Offene Stellen	Anzahl	28 810	14 621	15 929	17 115	17 323	10 385	11 778	12 785	12 696
Männer	Anzahl	18 662	8 433	9 683	10 091	10 042	5 393	6 156	6 608	6 611
Ausgewählte Berufsgruppen:										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	444	244	281	307	297	177	211	248	287
Bauberufe	Anzahl	2 704	767	780	803	967	509	523	678	754
Industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	13 068	5 339	6 018	6 466	6 536	3 252	3 798	4 189	4 145
Landwirtschaft										
Viehbestand										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	693	684
* Milchkühe	1 000	250	242
* Schweine	1 000	737	711	.	.	727	.	.	.	710
* Zuchtsauen	1 000	71	69	.	.	72	.	.	.	71
* Trächtige Zuchtsauen	1 000	45	45	.	.	47	.	.	.	47
Schlachtungen von Inlandtieren										
* Rinder	1 000	16	18	15	17	18	20	19	16	17
* Kälber	1 000	1	1	1	1	1	1	1	1	1
* Schweine	1 000	93	92	84	91	102	100	86	92	100
* Hausschlachtungen	1 000	18	18	20	21	17	27	20	19	18
* Schlachtmengen 5)	1 000 t	10,5	11,0	9,3	10,4	12,3	11,2	10,1	10,4	11,5
* Rinder	1 000 t	4,3	4,7	4,0	4,5	5,0	5,2	4,7	4,4	4,7
* Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
* Schweine	1 000 t	6,1	6,1	5,2	5,7	7,1	5,9	5,3	5,9	6,7
Geflügel										
* Eingelegte Bruteier 6)	1 000	167	122	153	248	198	131	156	171	187
* für Legehennenküken	1 000	-	-	-	-	-	-	-	-	-
* für Masthühnerküken	1 000	-	-	-	-	-	-	-	-	-
* Geflügelfleisch 7)	1 000 kg	68	96	83	53	102	163	102	77	135
Milch										
* Milcherzeugung	1 000 t	78	78	71	85	86	71	69	83	82
* an Molkereien geliefert	%	84,5	84,4	82,5	82,2	85,3	82,8	82,7	83,5	85,6
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	10,3	10,2	10,1	10,9	11,4	9,5	10,2	11,0	11,4

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 5) Aus gewerblichen Schlachtungen; einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien und ohne Geflügel. - 6) In Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern. - 7) Aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1973	1974				1975			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
Industrie und Handwerk										
Industrie 1)										
Betriebe	Anzahl	2 997	2 909	2 944	2 938	2 925	2 809	2 804	2 800	...
* Beschäftigte	1 000	407	398	401	401	400	383	382	379	...
* Arbeiter 2)	1 000	299	289	292	291	291	275	273	271	...
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	45 676	42 799	42 166	44 601	43 705	40 490	38 299	38 256	...
Löhne und Gehälter	Mill. DM	669	733	616	684	705	695	664	701	...
* Löhne	Mill. DM	434	465	386	437	453	436	408	429	...
* Gehälter	Mill. DM	235	268	230	247	252	259	256	272	...
* Kohleverbrauch	1 000 t SKE 3)	74	88	94	107	88	74	68	76	...
* Gasverbrauch 4)	Mill. cbm	92	95	84	86	93	98	101	110	...
* Stadt-, Kokerei- und Ferngas	Mill. cbm	1	2	2	2	2	2	2	1	...
* Erd- und Erdölgas	Mill. cbm	91	93	82	84	91	96	99	109	...
* Heizölverbrauch	1 000 t	216	190	191	201	189	196	189	198	...
* leichtes Heizöl	1 000 t	39	32	38	39	33	37	39	39	...
* schweres Heizöl	1 000 t	177	158	153	162	156	159	150	159	...
* Stromverbrauch	Mill. kWh	871	917	854	968	946	839	800	851	...
* Stromerzeugung (industrielle Eigen- erzeugung)	Mill. kWh	283	293	289	325	286	277	267	274	...
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	3 125	3 622	3 301	3 668	3 633	3 443	3 420	3 411	...
* Auslandsumsatz	Mill. DM	757	1 065	944	1 154	1 084	1 007	1 074	1 016	...
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
* Gesamtindustrie	1970 = 100	122	120	119	122	130	103	111 ^P	113 ^P	...
ohne Bauhauptgewerbe	1970 = 100	124	122	123	125	131	106	115 ^P	117 ^P	...
ohne Bauhauptgewerbe und Ener- giewirtschaft	1970 = 100	123	121	121	124	131	104	113	116	...
* Energiewirtschaft	1970 = 100	138	147	156	155	156	158 ^P	158 ^P	161 ^P	...
* Grundstoff- und Produktionsgüter- industrien	1970 = 100	127	125	129	129	137	102	113	112	...
Industrie der Steine und Erden	1970 = 100	112	100	78	98	115	63	70	82	...
Chemische Industrie	1970 = 100	131	129	143	141	143	106	121	116	...
* Investitionsgüterindustrien	1970 = 100	120	121	114	118	128	104	115	109	...
Maschinenbau und Daten- verarbeitung	1970 = 100	115	124	114	123	138	103	107	108	...
* Verbrauchsgüterindustrien	1970 = 100	120	111	117	124	119	102	110	113	...
Schuhindustrie	1970 = 100	80	72	85	81	73	75	83	82	...
* Nahrungs- und Genussmittel- industrien	1970 = 100	120	125	110	117	131	121	115	116	...
* Bauhauptgewerbe	1970 = 100	113	109	95	104	125	83	86	90	...
Handwerk 5)										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1970=100	97	94	.	95	.	.	.	89	.
* Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	VjD 1970=100	134	142	.	119	.	.	.	122	.
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung	Mill. kWh	234	226	287	266	186
* Strombezug 6)	Mill. kWh	1 454	1 650	1 556	1 784	1 590
* Stromlieferungen 6)	Mill. kWh	517	630	610	686	534
* Stromaufkommen (= Stromverbrauch)	Mill. kWh	1 155	1 231	1 214	1 347	1 229
* Gaserzeugung 4)	Mill. cbm	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	...
* Gasbezug 4)	Mill. cbm	133	141	147	144	140	180
* Gasaufkommen 4)	Mill. cbm	133	141	147	144	140	180
Bauwirtschaft u. Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe 7)										
* Beschäftigte	Anzahl	87 137	79 639	79 386	80 789	81 562	71 402	69 856	70 104	70 198
Facharbeiter	Anzahl	48 502	44 458	44 366	45 070	45 759	39 923	39 125	39 412	39 467
Fachwerker und Werker	Anzahl	1 142	1 105	914	1 034	1 240	16 901	16 270	16 222	16 385
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	12 311	11 151	9 346	10 722	12 282	8 814	8 284	8 245	9 985
Privater Bau	1 000	7 271	6 407	5 546	6 411	7 106	5 191	4 675	4 468	5 415
Wohnungsbau	1 000	4 935	4 361	3 595	4 427	4 902	3 420	2 961	3 022	3 725
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	94	82	67	65	59	59	75	48	75
Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	2 242	1 964	1 884	1 919	2 145	1 712	1 639	1 398	1 615
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	5 040	4 744	3 800	4 311	5 176	3 623	3 609	3 777	4 570
Hochbau	1 000	1 142	1 105	914	1 034	1 240	878	872	984	1 081
Tiefbau	1 000	3 898	3 639	2 886	3 277	3 936	2 745	2 737	2 793	3 489
Straßenbau	1 000	1 836	1 727	1 247	1 467	1 759	1 224	1 235	1 237	1 561
Löhne und Gehälter	Mill. DM	139	138	110	118	136	119	108	109	125
* Löhne	Mill. DM	124	122	95	103	121	103	93	94	110
* Gehälter	Mill. DM	15	16	15	15	15	16	15	15	15
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	347	381	287	314	350	373	251	268	281

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Baundustrie. - 2) Einschl. gewerblicher Lehrlinge. - 3) Eine Tonne Steinkohleinheit (t SKE = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. - 4) Umgerechnet auf den Heizwert von 8 400 Kcal/Nm³. - 5) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. - 6) Von bzw. an andere (n) Bundesländer (n) bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen). - 7) Ab März 1975 vorläufige Ergebnisse.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1973	1974				1975			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	1 418	1 090	792	1 036	1 243	1 156	753	1 010	950
* mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	1 282	1 026	733	970	1 186	1 100	713	962	920
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 627	1 173	1 085	1 089	1 232	1 139	865	1 097	934
* Veranschlagte reine Baukosten	Mill. DM	267	210	193	191	220	214	160	211	174
* Wohnfläche	1 000 qm	281	194	182	179	203	184	134	181	150
* Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	268	212	208	174	197	225	151	213	192
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 128	827	725	601	549	1 432	562	1 192	666
* Veranschlagte reine Baukosten	Mill. DM	141	127	114	115	72	265	60	180	99
* Nutzfläche	1 000 qm	201	148	126	122	102	225	82	228	127
* Wohnungen insgesamt (alle Bau- maßnahmen)	Anzahl	3 282	2 200	2 218	1 986	2 181	2 005	1 634	2 141	1 715
Bauleistungspreise (einschl. Mehrwertsteuer)										
Ausheben einer Baugrube (mittel- schwerer Boden)	1962 = 100	132	139	137	.	.	.	134	.	.
Mauerwerk (Mauerziegel bzw. Kalksandsteine)	1962 = 100	201	211	206	.	.	.	207	.	.
Hohlblockmauerwerk	1962 = 100	208	219	215	.	.	.	213	.	.
Leichttrennwand	1962 = 100	213	225	218	.	.	.	228	.	.
Stahlbetondecke (auch aus Stahl- betonfertigteilen)	1962 = 100	190	201	195	.	.	.	191	.	.
Beton für Wände	1962 = 100	197	203	199	.	.	.	195	.	.
Bauholz (Normalklasse)	1962 = 100	147	167	159	.	.	.	170	.	.
Innenwandputz	1962 = 100	222	242	230	.	.	.	232	.	.
Deckenputz	1962 = 100	214	234	221	.	.	.	229	.	.
Außenwandputz	1962 = 100	230	248	236	.	.	.	247	.	.
Wandbelag (Fliesen)	1962 = 100	189	207	193	.	.	.	208	.	.
Zimmertür, einflügelig	1962 = 100	202	221	221	.	.	.	224	.	.
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	866,8	1 179,7	1 065,4	1 256,4	1 200,7	1 190,3	1 201,7
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	41,4	49,0	38,2	47,4	48,1	49,3	41,4
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	825,5	1 130,7	1 027,2	1 209,0	1 152,6	1 141,0	1 160,2
* Rohstoffe	Mill. DM	11,5	12,3	10,3	13,1	12,9	11,4	10,6
* Halbwaren	Mill. DM	44,8	72,7	73,5	110,8	72,1	71,1	66,6
* Fertigwaren	Mill. DM	769,1	1 045,7	943,4	1 085,0	1 063,5	1 058,6	1 082,9
* Vorerzeugnisse	Mill. DM	280,2	406,9	358,7	419,2	414,3	342,9	300,9
* Enderzeugnisse	Mill. DM	488,9	638,9	584,7	665,8	649,3	715,7	782,0
Nach ausgewählten Verbrauchs- ländern										
EG-Länder	Mill. DM	402,3	453,8	509,4	599,8	564,1	444,0	457,6
Frankreich	Mill. DM	133,1	164,7	159,6	175,9	180,5	140,8	147,7
Belgien-Luxemburg	Mill. DM	60,8	76,6	73,8	85,2	85,0	71,4	76,2
Niederlande	Mill. DM	69,3	94,5	103,1	124,6	96,5	81,6	80,4
Italien	Mill. DM	73,6	96,7	91,0	119,9	106,2	69,1	75,2
Großbritannien	Mill. DM	46,6	67,9	56,1	66,3	67,4	58,8	54,3
Republik Irland	Mill. DM	2,6	3,2	3,0	3,2	6,4	3,5	1,8
Dänemark	Mill. DM	18,8	20,7	22,9	24,8	22,1	18,9	22,1
Österreich	Mill. DM	35,8	40,9	40,3	43,1	41,1	36,6	39,4
Schweiz	Mill. DM	46,1	56,7	52,8	64,9	56,1	43,4	50,5
USA und Kanada	Mill. DM	54,9	60,9	51,9	52,0	53,5	65,2	52,9
Entwicklungsländer	Mill. DM	133,0	219,6	167,9	190,8	204,7	333,0	333,9
Ostblockländer	Mill. DM	48,1	74,6	57,7	76,7	66,9	92,1	106,6
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	522,7	725,0	654,6	697,3	703,1	599,2	661,5	647,9	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	103,1	113,9	92,2	114,4	121,3	111,7	112,8	104,1	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	419,7	611,1	562,4	583,0	581,8	487,5	548,6	543,8	...
Einzelhandel										
Beschäftigte	1970 = 100	108	106	106	107	105	104	104
* Umsatz	1970 = 100	135	144	116	140	149	138	127
Waren verschiedener Art	1970 = 100	130	155	114	134	147	159	133
Nahrungs- und Genussmittel	1970 = 100	139	144	125	143	149	138	134
Bekleidung, Wäsche, Sport- artikel und Schuhe	1970 = 100	133	139	96	134	157	137	101
Waren aus Metall, Kunststoff, Keramik und Holz	1970 = 100	150	159	134	168	167	133	142
Elektrotechnische, feinmechani- sche und optische Erzeugnisse	1970 = 100	137	151	116	136	131	128	124
Fahrzeuge, Maschinen und Büro- einrichtungen	1970 = 100	117	107	85	118	126	95	96

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1973	1974				1975			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1970 = 100	100	100	93	97	101	92	93	99	99
Teilbeschäftigte	1970 = 100	115	119	115	111	115	107	118	119	117
* Umsatz	1970 = 100	116	121	102	113	129	91	113	118	135
Beherbergungsgewerbe	1970 = 100	120	124	89	104	135	81	102	115	148
Gaststättengewerbe	1970 = 100	116	118	112	120	125	99	120	119	126
Fremdenverkehr										
in 292 Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	256	257	119	155	244	118	124	181	...
* Auslands Gäste	1 000	49	45	13	18	35	13	15	23	...
* Fremdenübernachtungen	1 000	998	1 004	472	605	928	444	485	720	...
* Auslands Gäste	1 000	122	112	32	45	81	27	34	57	...
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
Güterumschlag	1 000 t	3 143	2 870	2 637	2 944	3 121	1 854	2 316	2 529	...
* Gütereingang	1 000 t	1 677	1 548	1 389	1 575	1 625	1 038	1 277	1 394	...
* Güterversand	1 000 t	1 466	1 322	1 248	1 369	1 496	815	1 039	1 135	...
Schiffs- und Güterdurchgangsverkehr an der Koblenzer Fähre										
Bergverkehr										
Güterschiffe	Anzahl	3 649	3 243	2 942	3 646	3 518	2 567	2 641	3 168	2 687
Ladung	1 000 t	2 679	2 667	2 404	2 799	2 648	2 325	2 333	2 451	2 316
Auslastungsgrad der beladenen Schiffe	%	72	79	81	76	74	87	83	73	82
Talverkehr										
Güterschiffe	Anzahl	4 140	3 726	3 446	4 331	3 869	3 015	2 976	3 575	3 150
Ladung	1 000 t	1 323	1 470	1 456	1 645	1 405	1 263	1 278	1 407	1 335
Auslastungsgrad der beladenen Schiffe	%	70	78	78	72	70	87	84	72	84
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	11 174	9 242	8 207	11 718	12 433	8 436	10 078	12 867	...
Kraftträder und Motorroller	Anzahl	212	188	149	286	435	127	214	294	...
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	9 899	8 045	7 249	10 211	10 845	7 633	9 007	11 471	...
* Lastkraftwagen	Anzahl	580	425	368	549	534	284	339	407	...
Zugmaschinen	Anzahl	406	363	390	602	521	342	457	612	...
Kraftfahrzeuganhänger	Anzahl	481	264	269	565	669	224	285	545	...
Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen										
Beförderte Personen	1 000	29 796	30 811	35 856	31 809	28 229	32 533	31 324	30 259	...
Allgemeiner Linienverkehr	1 000	24 734	25 307	29 540	26 143	23 671	26 770	25 887	25 196	...
Sonderformen des Linienverkehrs	1 000	4 549	4 982	5 999	5 288	4 190	5 482	5 138	4 713	...
Berufsverkehr	1 000	1 017	1 038	1 007	1 004	991	902	782	1 064	...
Gelegenheitsverkehr	1 000	514	522	317	378	368	281	299	350	...
Ausflugsfahrten	1 000	103	103	54	67	80	51	53	72	...
Ferienziel - Reisen	1 000	3	4	1	1	3	1	1	2	...
Mietwagenverkehr	1 000	408	415	262	310	285	229	245	276	...
Wagenkilometer	1 000	12 996	13 369	11 528	12 425	11 971	12 627	12 031	11 437	...
Straßenverkehrsunfälle	Anzahl	7 256	6 772	5 454	6 343	6 690	6 010	5 451	6 447	...
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 802	1 672	1 233	1 525	1 735	1 507	1 302	1 493	...
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	5 454	5 100	4 221	4 818	4 955	4 503	4 149	4 954	...
bis 1 000 DM bei jedem Beteiligten	Anzahl	4 832	3 872	3 259	3 714	3 835	3 233	2 997	3 637	...
über 1 000 DM bei einem Beteiligten	Anzahl	1 215	1 228	962	1 104	1 120	1 270	1 152	1 317	...
* Getötete Personen	Anzahl	90	80	50	59	69	84	62	73	...
Pkw - Insassen	Anzahl	46	39	19	23	39	39	33
Fußgänger	Anzahl	23	23	15	19	15	31	17
* Verletzte Personen	Anzahl	2 559	2 317	1 675	2 136	2 447	2 047	1 800	2 160	...
Pkw - Insassen	Anzahl	1 652	1 429	1 019	1 350	1 478	1 391	1 148
Fußgänger	Anzahl	318	292	255	283	302	295	237
Schwerverletzte	Anzahl	854	770	602	710	809	637	558	629	...
Pkw - Insassen	Anzahl	490	422	322	386	412	378	302
Fußgänger	Anzahl	155	142	132	142	163	138	135
Bundespost										
Gewöhnliche Briefsendungen	1 000	41 755	40 733	39 420	54 436	42 877	39 887	34 950	34 643	...
Gewöhnliche Paketsendungen	1 000	1 079	992	918	1 093	1 011	796	825	980	...
Telegramme	1 000	36	32	28	31	34	26	24	27	...
Postscheckverkehr										
Gutschriften	1 000 DM	1252 762	1362 283	1157 830	1265 736	1357 167	1499 595	1266 965	1243 262	...
Lastschriften	1 000 DM	1253 489	1360 432	1140 443	1269 916	1379 010	1527 575	1246 161	1222 222	...
Postsparkassendienst										
Einzahlungen	1 000 DM	23 330	25 396	22 337	23 151	25 066	33 949	28 877	25 787	...
Auszahlungen	1 000 DM	30 567	33 130	27 727	32 093	36 042	31 549	29 296	30 549	...
Hörfunk- und Fernsehsehteilnehmer 1)										
Tonrundfunk	1 000	1 115	1 124	1 118	1 119	1 117	1 124	1 126	1 127	...
Fernsehrundfunk	1 000	1 001	1 014	1 005	1 007	1 005	1 014	1 018	1 020	...

1) Ab 1.1.1971 nur gebührenpflichtige Hörfunk- und Fernsehsehteilnehmer.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1973	1974				1975			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen 1)										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken insgesamt 2)	Mill. DM	29 977	32 378	29 721	30 042	29 929	32 311	32 487	32 792	32 748
* darunter: Kredite an inländische Nichtbanken 2)	Mill. DM	29 811	32 122	29 549	29 849	29 728	32 048	32 211	32 486	32 448
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	7 607	8 116	7 502	7 831	7 630	7 957	8 033	8 199	8 018
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	7 430	7 838	7 327	7 602	7 395	7 677	7 715	7 799	7 663
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	176	278	174	229	234	281	317	400	355
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	3 395	3 536	3 058	3 035	3 066	3 509	3 476	3 438	3 388
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	2 999	2 853	2 668	2 682	2 702	2 845	2 814	2 800	2 750
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	395	683	390	353	364	664	662	638	638
* Langfrist. Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	18 810	20 470	18 989	18 984	19 032	20 581	20 703	20 849	21 042
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	14 121	15 258	14 255	14 237	14 258	15 315	15 418	15 563	15 740
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	4 689	5 212	4 734	4 747	4 773	5 266	5 284	5 286	5 302
* Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	25 273	27 652	25 462	25 235	25 561	27 920	28 387	28 207	28 212
* Sichteinlagen	Mill. DM	3 804	4 082	3 481	3 547	3 561	3 891	3 904	3 944	4 104
* von Unternehmen u. Privatspers.	Mill. DM	3 416	3 707	3 168	3 263	3 292	3 556	3 631	3 693	3 816
* von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	389	375	313	284	269	335	274	251	288
* Termineinlagen	Mill. DM	6 757	7 166	7 209	6 932	7 209	7 447	7 682	7 192	6 510
* Spareinlagen	Mill. DM	14 711	16 404	14 773	14 756	14 790	16 581	16 801	17 072	17 599
* bei Sparkassen	Mill. DM	8 861	9 847	8 882	8 878	8 896	9 921	10 029	10 147	10 378
* Gutschriften auf Sparkonten 3)	Mill. DM	778	884	745	779	770	1 221	942	1 025	1 389
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	725	745	692	796	735	1 052	722	755	863
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse 4)	Anzahl	22	31	42	39	20	41	28	24	32
* Angemeldete Forderungen	1 000 DM	18 079	24 823	19 771	102 983	11 760	28 435	16 562	3 004	10 359
* Vergleichsverfahren	Anzahl	1	2	1	1	-	3	-	3	3
* Wechselproteste 5)	Anzahl	1 604	1 738	1 806	1 819	1 697	1 393	1 211	1 223	1 253
* Wechselsumme	1 000 DM	5 008	6 977	7 990	8 055	7 533	5 417	4 337	5 131	4 478
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	614 781	674 043	645 375	740 911	390 744	619 278	681 210	696 205	429 946
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	431 750	477 786	428 251	558 347	209 800	378 584	458 055	522 435	207 255
* Lohnsteuer 6)	1 000 DM	264 818	309 591	369 344	192 416	184 143	324 546	411 398	162 708	160 114
* Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung	1 000 DM	39 883	48 692	162 802	-	-	-	187 882	-	-
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	102 542	105 011	16 126	249 450	19 611	40 513	19 399	242 300	34 973
* Nichtveranlagte Steuern v. Ertrag	1 000 DM	7 869	8 522	5 517	4 377	3 443	2 659	4 170	4 336	4 021
* Körperschaftsteuer 7)	1 000 DM	56 522	54 662	37 264	112 104	2 603	10 866	23 088	113 091	8 147
* Einnahmen aus der Körperschaftsteuerzerlegung	1 000 DM	7 244	6 416	27 722	-	-	-	18 695	-	-
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	183 031	196 257	217 124	182 564	180 944	240 694	223 155	173 770	222 691
* Umsatzsteuer	1 000 DM	137 107	134 388	162 834	107 844	130 158	196 567	173 272	124 556	143 097
* Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	45 924	61 869	54 290	74 720	50 786	44 127	49 883	49 214	79 594
* Bundessteuern	1 000 DM	100 046	95 256	106 461	94 224	83 105	104 991	101 602	95 000	105 144
* Zölle	1 000 DM	6 949	7 057	6 229	8 418	3 481	6 694	6 439	5 873	10 752
* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	83 209	78 046	94 823	71 377	74 731	89 994	91 155	83 385	92 779
* Landessteuern	1 000 DM	49 828	47 872	58 724	27 103	39 614	42 764	58 655	38 564	44 424
* Vermögensteuer	1 000 DM	12 766	9 917	28 214	-13 687	2 460	1 666	26 066	1 349	1 738
* Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	25 607	26 077	21 497	30 334	27 546	29 927	22 916	26 985	32 536
* Biersteuer	1 000 DM	6 294	6 168	5 090	5 266	5 369	6 293	5 161	4 781	5 126
* Gemeindesteuern 8)	1 000 DM	328 243	352 175	.	322 072
* Grundsteuer A	1 000 DM	8 608	8 370	.	4 847
* Grundsteuer B 9)	1 000 DM	37 647	39 194	.	29 896
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto) 10)	1 000 DM	237 996	255 166	.	235 108
* Lohnsummensteuer	1 000 DM	19 219	21 916	.	22 538
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	424 982	446 346	435 237	458 927	327 716	421 993	440 719	436 824	370 826
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	190 160	209 871	187 142	248 243	90 638	163 745	198 891	232 842	89 968
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	119 869	124 979	138 417	115 758	114 423	149 234	138 360	107 740	138 073
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	14 907	16 240	3 217	662	39 550	4 023	1 866	1 242	37 641
* Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	343 212	367 272	344 311	362 033	259 611	333 334	365 277	360 195	267 047
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	189 374	208 573	183 612	248 109	89 825	162 967	198 264	232 335	89 726
* Anteil an den Steuern v. Umsatz 11)	1 000 DM	89 104	94 587	98 758	86 159	90 622	123 580	106 492	88 054	95 256
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	14 907	16 240	3 217	662	39 550	4 023	1 866	1 242	37 641
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	390 518	433 467	.	393 926
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) 12)	1 000 DM	148 511	158 493	.	145 289
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	151 759	177 966	.	161 673

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, Finanzierungs-AG, Mainz, die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1967 weniger als 5 Mill. DM betrug sowie die Postcheck- und Postsparkassenämter. - 2) Einschl. durchlaufender Kredite. - 3) Einschl. Zinsgutschriften. - 4) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse. - 5) Ohne die durch die Post protestierten Wechsel. - 6) Einschl. der Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung. - 7) Einschl. der Einnahmen der Körperschaftsteuerzerlegung. - 8) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen; ab 1974 einschl. steuerähnliche Einnahmen. - 9) Einschl. Grundsteuerbeiträge für Arbeiterwohnstätten. - 10) Umsatzsteuer: Nach der vorläufigen Bemessung der Länderanteile an der Umsatzsteuer gemäß § 2 und § 14 Abs. 1 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 28.8.1969, Einfuhrumsatzsteuer: Abschlagszahlungen gemäß § 2 Abs. 5 der ersten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 30.1.1970. - 11) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1973	1974				1975			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste	DM	344	377	.	.	378	374
* Männliche Arbeiter	DM	375	407	.	.	409	401
* Facharbeiter	DM	397	432	.	.	435	427
* Angelernte Arbeiter	DM	364	393	.	.	396	384
* Hilfsarbeiter	DM	317	338	.	.	336	328
* Weibliche Arbeiter	DM	228	258	.	.	255	268
* Hilfsarbeiter	DM	215	246	.	.	245	253
Bruttostundenverdienste	DM	7,96	8,91	.	.	8,88	9,21
* Männliche Arbeiter	DM	8,50	9,48	.	.	9,43	9,77
* Facharbeiter	DM	8,98	10,01	.	.	9,97	10,29
* Angelernte Arbeiter	DM	8,25	9,18	.	.	9,18	9,44
* Hilfsarbeiter	DM	7,23	7,93	.	.	7,79	8,13
* Weibliche Arbeiter	DM	5,75	6,54	.	.	6,49	6,89
* Hilfsarbeiter	DM	5,41	6,22	.	.	6,19	6,51
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	43,0	42,1	.	.	42,6	40,7
* Männliche Arbeiter	Std.	44,1	42,9	.	.	43,4	41,1
* Weibliche Arbeiter	Std.	39,4	39,5	.	.	39,2	38,9
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte	DM	1 971	2 194	.	.	2 184	2 261
* männlich	DM	1 744	1 939	.	.	1 930	2 013
* weiblich	DM	2 105	2 313	.	.	2 304	2 395
Technische Angestellte	DM	1 345	1 521	.	.	1 512	1 582
* männlich	DM	2 223	2 474	.	.	2 461	2 527
* weiblich	DM	2 271	2 526	.	.	2 512	2 578
* weiblich	DM	1 510	1 704	.	.	1 699	1 751
im Handel, Kredit und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte	DM	1 341	1 498	.	.	1 484	1 569
* männlich	DM	1 319	1 481	.	.	1 468	1 553
* weiblich	DM	1 711	1 889	.	.	1 877	1 957
* weiblich	DM	1 021	1 181	.	.	1 161	1 248
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte	DM	1 674	1 886	.	.	1 878	1 958
* männlich	DM	1 481	1 668	.	.	1 659	1 742
* weiblich	DM	1 880	2 086	.	.	2 076	2 159
Technische Angestellte	DM	1 131	1 304	.	.	1 290	1 370
* männlich	DM	2 191	2 431	.	.	2 417	2 478
* weiblich	DM	2 239	2 486	.	.	2 470	2 537
* weiblich	DM	1 482	1 663	.	.	1 661	1 660
Öffentliche Sozialleistungen										
Soziale Krankenversicherung ¹⁾										
Mitglieder (einschl. freiwillige)	1 000	1 111	1 111	1 114	1 114	1 112	1 105	1 106
Pflichtmitglieder	1 000	677	669	675	673	671	660	660
Rentner	1 000	370	377	375	376	376	381	382
Krankenstand der Pflichtmitglieder	%	5,6	5,4	6,3	6,4	5,9	4,3	6,2
Männer	%	5,7	5,1	6,3	6,4	5,9	4,5	6,3
Frauen	%	5,5	5,5	6,2	6,4	5,8	4,2	6,3
Arbeiterrentenversicherung ²⁾										
Rentenempfänger	Anzahl	409 369	420 313	415 891	417 843	416 937	427 671	426 883	428 681	429 405
Ausgezahlte Renten	1 000 DM	150 244	173 007	161 182	163 026	161 222	184 127	182 696	184 406	184 234
Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenhilfe										
Hauptunterstützungsempfänger	Anzahl	9 176	26 206	27 597	25 663	20 635	53 398	57 882	55 406	54 697
Arbeitslosenversicherung	Anzahl	8 155	23 618	25 951	23 255	18 506	48 556	52 032	48 513	47 461
Ausgezahlte Unterstützungen	1 000 DM
Arbeitslosenversicherung	1 000 DM
Kriegsopferversorgung										
Rentenempfänger	1 000	149	146	.	147	.	.	.	144	.
Ausgezahlte Renten	1 000 DM	40 965	45 747	44 276	43 951	43 890	47 797	47 781	47 540	47 114

1) Ohne Ersatzkassen, Betriebskrankenkassen der Bundesbahn und Bundespost, Landwirtschaftliche Krankenkassen, Seekasse und Knappschaftskassen. - 2) Ohne Knappschaftsversicherung.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1973	1974					1975		
		Monatsdurchschnitt	Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	61 976	62 054 ^p	62 098	62 089	62 075	61 991
Eheschließungen 1)	Anzahl	32 884	31 427 ^p	16 963 ^p	22 065 ^p	32 739 ^p	29 065 ^p	26 563 ^p	23 045 ^p	30 698 ^p
Lebendgeborene 2)	Anzahl	52 969	52 198 ^p	50 804 ^p	48 488 ^p	53 492 ^p	48 198 ^p	51 608 ^p	47 909 ^p	50 974 ^p
Gestorbene 3)	Anzahl	60 919	60 625 ^p	62 242 ^p	58 227 ^p	65 695 ^p	65 259 ^p	66 869 ^p	71 932 ^p	65 293 ^p
Geburtenüberschuß	Anzahl	- 7 950	- 8 428 ^p	-11 438 ^p	- 9 739 ^p	-12 203 ^p	-17 061 ^p	-15 261 ^p	-24 023 ^p	-14 319 ^p
Arbeitslose	1 000	273	582	620	620	562	946	1 154	1 184	1 114
Männer	1 000	150	325	383	379	329	565	719	747	692
Landwirtschaft										
Schweinebestand	1 000	20 452	20 213	.	.	.	20 213	.	.	.
Gesamtschlachtgewicht aus gewerblichen Schlachtungen 4)	1 000 t	290	313	310	271	301	315	331	297	301
Milcherzeugung	1 000 t	1 772	1 792	1 715	1 654	1 961	1 594	1 689	1 637	...
Industrie und Energiewirtschaft										
Industrie 5)										
Beschäftigte	1 000	8 368	8 144	8 267	8 252	8 232	7 908	7 819	7 768	...
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	929	870	919	882	910	763	807	780	...
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	55 578	62 500	57 949	57 248	63 901	61 134	58 316	57 217	...
Auslandsumsatz	Mill. DM	11 936	15 097	13 470	13 790	15 944	15 542	13 788	13 635	...
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
Gesamtindustrie	1970 = 100	113	112	105	113	115	107	97	103	109 ^p
ohne Bauhauptgewerbe	1970 = 100	113	112	107	115	116	108	98	105	110 ^p
ohne Bauhauptgewerbe und Energiewirtschaft	1970 = 100	112	110	104	112	113	105	94	101	106 ^p
Energiewirtschaft	1970 = 100	140	151	164	163	160	176	173	177	174 ^p
Bergbau	1970 = 100	92	91	97	97	97	91	93	93	91 ^p
Verarbeitende Industrie	1970 = 100	113	111	104	113	114	105	94	101	107 ^p
Grundstoffe und Produktionsgüterindustrien	1970 = 100	116	116	109	118	119	99	95	102	102 ^p
Investitionsgüterindustrien	1970 = 100	110	107	101	110	111	109	90	98	108 ^p
Verbrauchsgüterindustrien	1970 = 100	112	108	102	112	116	103	94	103	109 ^p
Nahrungs- und Genussmittelindustrien	1970 = 100	112	114	106	108	109	111	105	108	113 ^p
Bauhauptgewerbe	1970 = 100	110	105	77	91	103	87	71	77	89 ^p
Steinkohlenförderung	1 000 t	8 112	7 907	8 640	7 805	8 300	7 269	8 558	7 868	7 764
Braunkohlenförderung	1 000 t	9 888	10 504	11 236	10 150	10 654	12 122	12 131	10 446	11 139
Produktion von										
Roheisen	1 000 t	3 069	3 356	3 296	3 190	3 561	3 170	3 311	2 700	2 616
Stahlrohblöcken	1 000 t	4 127	4 388	4 363	4 162	4 689	3 955	4 212	3 552	3 472
Walzstahlfertigerzeugnissen	1 000 t	3 059	3 301	3 427	3 210	3 592	2 695	3 054	2 697	2 584
Stromerzeugung	Mill. kWh	24 916	...	28 996	26 005	27 825	27 940	28 076
Gaserzeugung 6)	Mill. cbm	3 933	3 978	4 255	3 967	4 266	4 160	4 138	3 774 ^p	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	1 508	1 352	1 363	1 338	1 376	1 261	1 188	1 154	1 159
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	196	173	148	149	172	131	132	123	129
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	6 445	6 280	5 134	4 412	5 173	9 254	5 027	4 317	4 469
Baugenehmigungen										
Wohnungen	Anzahl	54 910	34 775	29 170	27 803	36 961	30 506	22 086
Handel										
Einzelhandel										
Umsatz	1962 = 100	131	139	121	112	135	183 ^p	130 ^p	129 ^p	123 ^p
Großhandel										
Umsatz	1970 = 100	128	146	134	132	147	143	138 ^p	134 ^p	138 ^p
Gastgewerbe										
Umsatz	1962 = 100	166	173	146	149	171	163 ^p	163 ^p	110 ^p	...
Außenhandel (Spezialhandel)										
Einfuhr	Mill. DM	12 120	14 975	13 946	12 363	15 080	14 872	13 792	14 252	...
Ausfuhr	Mill. DM	14 873	19 205	17 518	17 436	19 711	20 159	17 398	17 746	...
Ein- (-) bzw. Ausfuhrüberschuß	Mill. DM	2 753	4 230	3 572	5 073	4 631	5 287	3 606	3 494	...

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien und Geflügel. - 5) Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke. - 6) Umgerechnet auf den Heizwert von 4 300 Kcal / Nm³.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1973	1974					1975		
		Monatsdurchschnitt	Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März	
Verkehr										
Im Güterverkehr beförderte Güter (kalendertäglich)										
Eisenbahn	1970 = 100	98	103	107	102	104	93
Binnenschifffahrt	1970 = 100	102	105	93	102	103	90
Seeschifffahrt: Güterumschlag	1970 = 100	108	117	109	122	122	111
Im Personenverkehr beförderte Personen (kalendertäglich)										
Eisenbahn	1970 = 100	102	102	101	100	100	98
Stadtschnellbahnen, Straßenbahnen, Obusse, Kraftomnibusse	1970 = 100	107	108	110	117	111	111
Geld und Kredit (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Bargeldumlauf 1)	Mill. DM	47 429	51 524	44 735	44 962	46 224	51 524	49 831	50 361	51 142 ^P
Kredite an inländische Nichtbanken 2)	Mill. DM	756 976	814 886	756 485	760 397	762 534	814 886	811 470	812 465	818 920 ^P
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	631 587	672 294	629 654	632 825	637 099	672 294	666 582	665 706	670 606 ^P
Öffentliche Haushalte	Mill. DM	125 389	142 592	126 831	127 572	125 435	142 592	144 888	146 759	148 314 ^P
Einlagen von inländischen Nichtbanken 3)	Mill. DM	592 618	637 091	588 232	592 786	589 866	637 091	628 534	632 196	634 136 ^P
Spareinlagen	Mill. DM	280 486	310 733	280 694	281 722	281 687	310 733	312 770	316 473	321 344 ^P
Index der Aktienkurse	29.12.72=100	95,6	81,5	85,2	85,5	83,6	80,5	83,8	88,8	94,6
Kurs der 6%igen tarifbesteuerten Pfandbriefe	%	70,8	64,2	70,4	68,1	64,3	67,2	69,6	69,8	69,8
Steuern										
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	8 385	9 311	8 348	5 451	11 635	18 611	9 285	5 642	11 224
Lohnsteuer	Mill. DM	5 105	5 997	6 458	4 596	4 109	5 926	7 450	4 704	3 996
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	4 152	4 326	4 917	5 189	2 625	6 421	5 062	4 985	4 059
Umsatzsteuer	Mill. DM	2 938	2 779	3 745	3 505	2 402	3 050	3 666	3 255	2 619
Zölle und Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	2 812	2 794	1 307	2 748	2 652	4 434	1 358	2 785	2 485
Preise										
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte 4)	1961/63=100	118,8	...	120,6	119,6	118,0	120,3	118,6	119,1 ^P	121,7 ^P
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel 4) 5) *	1962/63=100	139,8	...	140,2	143,0	143,5	148,5	149,9	150,5	150,5
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte 4)	1970 = 100	114,1	129,4	121,8	125,1	126,7	133,0	134,6	134,6	134,6
Preisindex für Wohngebäude 6)	1962 = 100	187,1	200,8	.	193,9	.	.	203,7	.	.
Preisindex für den Straßenbau 7)	1962 = 100	130,9	143,5	.	139,2	.	.	145,4	.	.
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1970 = 100	118,8	127,1	123,7	124,8	125,2	130,1	131,3	132,0	132,6
Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	118,0	123,6	121,4	121,8	122,3	125,4	126,5	127,1	127,7
Kleidung und Schuhe	1970 = 100	120,7	129,7	125,3	126,2	127,3	133,9	134,3	135,0	135,3
Wohnungsmiete	1970 = 100	119,2	125,1	122,6	123,2	123,8	127,1	128,2	129,3	130,6
Elektrizität, Gas und Brennstoffe	1970 = 100	128,2	149,8	153,4	156,1	150,1	153,0	158,8	157,8	158,0
Übriges für die Haushaltsführung	1970 = 100	114,3	123,1	118,9	119,8	120,8	128,3	129,4	130,2	130,2
Waren und Dienstleistungen für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1970 = 100	122,6	134,9	126,4	129,9	131,1	138,3	139,6	140,8	142,1
Körper- und Gesundheitspflege	1970 = 100	121,6	131,8	126,1	127,2	128,2	136,5	137,4	138,6	139,3
Bildung und Unterhaltung	1970 = 100	113,7	123,4	118,9	119,9	120,7	127,3	128,2	129,1	129,5
Persönliche Ausstattung, sonstiges	1970 = 100	117,8	124,4	121,4	122,7	123,2	126,6	126,9	128,0	128,1
Preisindex für die Lebenshaltung der 4-Personen - Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen	1970 = 100	118,2	126,3	122,9	123,8	124,3	129,3	130,5	131,2	131,9
Löhne in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
Männliche Arbeiter	1970 = 100	129,1	...	130,1
Weibliche Arbeiter	1970 = 100	134,1	...	137,0
Bruttostundenverdienste										
Männliche Arbeiter	1970 = 100	133,2	...	138,2
Weibliche Arbeiter	1970 = 100	135,7	...	141,7
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
Männliche Arbeiter	1970 = 100	97,0	...	94,3
Weibliche Arbeiter	1970 = 100	98,8	...	96,7

1) Ohne Kassenbestände der Kreditinstitute; einschl. der im Ausland umlaufenden DM-Noten und -Münzen. - 2) Kredite der Deutschen Bundesbank und Kreditinstitute. - 3) Einlagen bei der Deutschen Bundesbank und den Kreditinstituten. - 4) Nettopreisindizes (ohne Mehrwertsteuer). - 5) Monatsdurchschnitte für das Wirtschaftsjahr (Juli - Juni). - 6) Bauleistungen am Gebäude ohne Baunebenleistungen. - 7) Bundesfernstraßen (vierbahrig).

Industrieentwicklung im 1. Quartal 1975 weiter rückläufig

Bei den rheinland-pfälzischen Industriebetrieben mit 10 und mehr tätigen Personen sind im ersten Vierteljahr 1975 die Beschäftigten- und die Arbeiterstundenzahl gegenüber dem Vorquartal um 2,6 bzw. 7,3% zurückgegangen; im Vergleich zum 1. Quartal 1974 erwies sich die Rezession mit Veränderungen von — 5,0 bzw. — 11,1% als noch gravierender.

Der Umsatz veränderte sich während des ersten Quartals 1975 in bezug zu den beiden Vergleichsperioden um — 8,4 bzw. — 1,1%. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß vergleichsweise der Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte um 1,0 bzw. 7,4% stieg. Entsprechend spiegeln die Minderungen des industriellen Produktionsindex im Vergleich zum 4. und 1. Vierteljahr 1974 (— 6,6 bzw. — 8,0%) ebenfalls eine rückläufige Entwicklung wider. pe

Bauhauptgewerbe im 1. Vierteljahr 1975 weiterhin stark rezessiv

Im ersten Vierteljahr 1975 zeigten Beschäftigtenstand (— 7,3%) und geleistete Arbeitsstunden (— 20,9%) im rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbe gegenüber dem Vorquartal eine stark rückläufige Tendenz. Gemessen an den Ergebnissen des Vorjahresquartals, errechnen sich Veränderungen von — 12,7 bzw. — 14,5%, während sich 1974 die Minderungsquoten auf lediglich — 5,8 bzw. — 6,6% belaufen hatten.

Auch der Bauproduktionsindex läßt sowohl im Vergleich zum vierten als auch zum ersten Vierteljahr 1974 ausgeprägte Rezessionstendenzen erkennen (— 19,4 bzw. — 10,1%). pe

Starke Bautätigkeit in der Nähe industrieller Ballungszentren

In den fünf Jahren vom 25. Oktober 1968, dem Tag der letzten totalen Bestandsfeststellung und Ausgangspunkt der Fortschreibung, bis zum 31. Dezember 1973 erhöhte sich die Zahl der Wohnungen in Rheinland-Pfalz um insgesamt 160 451 oder 14%. Ebenso wie 1968 lag auch Ende 1973 der Bestand an Wohnungen, bezogen auf die Zahl der Einwohner, in den meisten kreisfreien Städten deutlich über demjenigen in den Landkreisen. Unter den kreisfreien Städten befand sich Pirmasens mit 430 Wohnungen je 1 000 Einwohner an der Spitze, gefolgt von Kaiserslautern (413) und Zweibrücken (406). Bei den Landkreisen konnte für Bad Dürkheim und Kaiserslautern mit 374 bzw. 361 Wohnungen je 1 000 Einwohner die höchste Quote ermittelt werden. Die Landkreise mit dem niedrigsten Wohnungsbestand waren auch Ende 1973 im stärker landwirtschaftlich geprägten Regierungsbezirk Trier anzutreffen.

In den Jahren 1968 bis 1973 ist eine überdurchschnittlich starke Bautätigkeit in den meisten kreisfreien Städten, insbesondere in Mainz, Frankenthal und Speyer zu beobachten. Von den Landkreisen weisen in dieser Zeit vor allem Gernsheim, Ludwigshafen, Ahrweiler und der Westerwaldkreis eine rege Bautätigkeit auf. Diese Kreise sind entweder industriell stärker geprägt bzw. befinden sich in der Nähe von industriellen Ballungszentren oder hatten einen gewissen Nachholbedarf. Durch die Entstehung neuer Stadtteile und Wohnsiedlungen, die oft außerhalb der Verwaltungsgrenzen

größerer Städte liegen, ist insbesondere in der Umgebung von Ludwigshafen viel gebaut worden. Der hohe Freizeitwert der Landschaft südlich von Ludwigshafen dürfte als eine weitere Ursache für die dortige starke Wohnungsbautätigkeit anzusehen sein. Erheblich beeinflusst wurde die Intensität des Wohnungsbaus durch die zunehmende Industrialisierung und die damit zusammenhängende Abwanderung aus ländlichen Gebieten. wr

Mehr über dieses Thema auf Seite 131

Bauüberhang am Jahresende 1974 niedriger

Am 31. Dezember 1974 waren in Rheinland-Pfalz 28 544 Wohn- und Nichtwohngebäude von den Baubehörden genehmigt, aber noch nicht fertiggestellt. Gegenüber dem sehr hohen Vorjahresergebnis bedeutet das einen Rückgang um 8%. In diesen Gebäuden lagen 56 314 Wohnungen, das sind rund 8 300 oder 13% weniger als 1973. Etwas mehr als die Hälfte der Wohnungen befand sich bereits unter Dach, während etwa ein Fünftel noch nicht unter Dach und reichlich ein Viertel noch nicht begonnen war. Unter Berücksichtigung der deutlich niedrigeren Zahl der Baugenehmigungen im Jahre 1974 und des verminderten Bauüberhangs am Jahresende 1974 dürfte sich die Wohnungsbauleistung 1975 erneut rückläufig entwickeln. wr

Verdienste und Arbeitszeiten in Industrie und Handel im Januar 1975

Von Oktober 1974 bis Januar 1975 betrug die Zunahme der durchschnittlichen Bruttostundenverdienste aller Industriearbeiter (einschließlich der im Hoch- und Tiefbau beschäftigten) + 1,2% oder 0,11 DM. Im Januar des Vorjahres lag die Erhöhung ebenfalls bei + 1,2%, während die Zunahme von Oktober 1972 bis Januar 1973 noch + 3,8% betrug. Innerhalb Jahresfrist hat sich der Gesamtdurchschnitt um 0,98 DM (+ 12%) auf 9,21 DM erhöht.

Die Stundenverdienste der Facharbeiter (Leistungsgruppe 1) stiegen von Oktober 1974 bis Januar 1975 um 8 Pfennige auf 10,29 DM, in Leistungsgruppe 2 (angelernte Arbeiter) wurden im Schnitt 9,44 DM (+ 0,10 DM) verdient, und bei den ungelernten Kräften (Leistungsgruppe 3) stellte sich der durchschnittliche Bruttostundenverdienst auf 8,13 DM (+ 0,04 DM). Arbeiterinnen der Leistungsgruppe 1 erhielten im Januar dieses Jahres 7,56 DM (+ 3,6%), solche der Leistungsgruppe 2 kamen auf 7,07 DM und die der Leistungsgruppe 3 auf 6,51 DM.

Die Abnahme der Wochenverdienste bei männlichen Arbeitern um 12 DM auf 401 DM und der im Vergleich mit den Bruttostundenverdiensten (+ 3,1%) schwächere Anstieg der Wochenverdienste (+ 1,5%) auf 268 DM bei Arbeiterinnen dürfte auf den deutlichen Rückgang der bezahlten Wochenarbeitszeit zurückzuführen sein. Diese verringerte sich infolge von Kurzarbeit im Gesamtdurchschnitt um 1,4 Stunden auf 40,7, wobei die Veränderungen zwischen — 2,0 (ungelernte Arbeiter) und — 0,3 Stunden (Facharbeiterinnen) streuten.

Die durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste der kaufmännischen Angestellten in der Industrie (einschließlich Hoch- und Tiefbau) sind von Oktober 1974 bis Januar 1975 um 35 DM oder 1,8% auf 2 013 DM gestiegen, die der technischen Angestellten blieben mit einer Steigerung von 5 DM oder 0,2% nahezu unverändert. hä

Über 65 000 Wohngeldempfänger 1974

Am Jahresende 1974 wurden in Rheinland-Pfalz insgesamt 65 492 Empfänger von Wohngeld gezählt, das heißt ein Drittel (33%) mehr als ein Jahr zuvor. Die Zahl der Empfänger von Mietzuschüssen belief sich auf 60 013 (+ 30%) und von Lastenzuschüssen auf 5 479 (+ 85%). Die ausbezahlten Wohngeldbeträge erhöhten sich um 36% und erreichten 59,2 Millionen Mark; davon betrafen 52,5 Mill. DM Mietzuschüsse und 6,7 Mill. DM Lastenzuschüsse. Wie schon in früheren Jahren dominierten auch 1974 unter den Empfängern von Wohngeld die Rentner und Pensionäre, deren Anteil allerdings geringfügig abnahm und 69% ausmachte. Mietzuschüsse bezogen vor allem Einpersonenhaushalte (36 088) und Zweipersonenhaushalte (12 556). wr

Aufwand für Sozialhilfe in zehn Jahren vervierfacht

Die Kosten für Sozialhilfe sind in Rheinland-Pfalz 1974 gegenüber 1973 um 68 Mill. DM oder 25% auf 342 Mill. DM angestiegen. Seit 1964 hat sich der Aufwand vervierfacht. Dementsprechend ergibt sich eine Erhöhung der durchschnittlichen Sozialhilfebelastung je Einwohner von rund 24 DM auf 93 DM. Ausschlaggebend für die erhebliche Steigerung der Kosten sind Verbesserungen des Leistungsrechts sowie die Entwicklung der Einkommens- und Beschäftigungslage.

Für Hilfe zum Lebensunterhalt wurde 1974 ein Drittel des Gesamtaufwands beansprucht. Die Kosten für Hilfe in besonderen Lebenslagen sind seit 1964 ständig gestiegen und betrugen im vergangenen Jahr 228 Mill. DM. Mehr als die Hälfte davon entfiel auf Hilfe zur Pflege, ein Fünftel erforderte die Eingliederungshilfe für Behinderte, annähernd 24 Mill. DM wurden für Krankenhilfe ausgegeben, zusammen etwa 7 Mill. DM entfielen auf Ausbildungs- und vorbeugende Gesundheitshilfe. Bedeutsame Verbesserungen des Leistungsrechts galten der Behindertenhilfe, deren Kosten von 1964 bis 1974 auf das Achtfache gestiegen sind, sowie der Hilfe zur Pflege, bei der die Verteuerung über 100 Mill. DM ausmachte. Nur wenig erhöht haben sich die Ausgaben zur Bekämpfung der Tuberkulose, wobei die Kosten der Heilbehandlung 1974 sogar nur noch halb so hoch waren wie 1964. hä

Mehr über dieses Thema auf Seite 128

7 Mill. DM mehr für Kriegsofopferfürsorge in 1974

Im Jahre 1974 erhöhten sich in Rheinland-Pfalz die Gesamtausgaben für Kriegsofopferfürsorge um annähernd 7 Mill. DM oder knapp 16% auf etwa 50 Mill. DM, wobei die prozentuale Zunahme fast wieder so hoch war wie 1972 (+ 18%). 1973 hatte der Anstieg nur ca. + 8% betragen. Wie auch in den vorangegangenen Jahren wurden nur etwa 7% (3,2 Mill. DM) der Gesamtaufwendungen in Form von Darlehen, die restlichen 93% (46,7 Mill. DM) als Beihilfen vergeben. Mit 7,6 Mill. DM war der durch Einnahmen gedeckte Anteil (15%) nicht höher als 1973. Die Ausgaben für Sonderfürsorgeberechtigte nach § 27 c Bundesversorgungsgesetz (BVG) stiegen um 0,4 Mill. DM auf 10 Mill. DM und erreichten damit einen Anteil von 20% aller Leistungen.

Die höchsten Kosten wurden auch 1974 durch Erziehungsbeihilfen (15,8 Mill. DM) verursacht, obwohl der Zuwachs - bedingt durch die Verringerung der Ausgaben für Erziehungsbeihilfen an Waisen (- 6,1%) - mit + 1,5% relativ gering war. Mit 27,8 Mill. DM beanspruchten die Bereiche sonstige Hilfen, Wohnungs- und Erholungsfürsorge insgesamt mehr als die Hälfte (56%) aller Mittel.

Für Berufsfürsorge (1,9 Mill. DM) und ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt (4,4 Mill. DM) war ein Anstieg der Ausgaben von + 23 bzw. + 19% zu verzeichnen.

Im Berichtsjahr wurden 12 097 Empfänger laufender Leistungen der Kriegsofopferfürsorge ermittelt (+ 4,3%), während sich die Zahl der Fälle von einmaligen Leistungen um 18% auf 19 350 erhöhte (1973 + 9%). hä

Themen der letzten Hefte

Heft 3/März 1975

Erwerbstätigkeit von Frauen und Müttern
Geburtenhäufigkeit
Bauhauptgewerbe 1974
Handwerk 1962 - 1974
Jahresverdienste 1972 und 1973

Heft 4/April 1975

Landtagswahl am 9. März 1975
Berufsbildende Schulen 1974/75
Berufsfach- und Fachschulausbildung
Weibliche Bevölkerung
Vermögenswirksames Sparen 1971
Öffentliche Tiefbauaufträge

Heft 5/Mai 1975

Straßenverkehrsunfälle 1974
Industrie 1974
Hochschulausbildung
Landwirtschaftliche Pachtverhältnisse

Themen der nächsten Hefte

Fremdenverkehr 1974
Baulandmarkt 1974
Verdienste 1974
Herzkrankheiten 1974
Studien- und Berufswünsche der
Abiturienten 1975
Außenhandel 1974
Kleinräumliche Gliederung
Regionales Sozialprodukt 1961- -1972
Kriegsofopferfürsorge 1964 - 1974

In Kürze erscheint aus der Reihe Statistik von Rheinland-Pfalz

B a n d 2 2 9

HAUSHALTS- UND FAMILIENSTRUKTUR IN RHEINLAND-PFALZ 1970

Umfang 250 Seiten, Format DIN A 4, Karton, Preis DM 14,50

Die Daten der Volks- und Berufszählung 1970 stellen eine unentbehrliche Grundlage für Planungen auf dem Gebiet der Bevölkerungs-, Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik dar.

Der Band enthält Ergebnisse über die Struktur und wirtschaftliche Lage der Privathaushalte und Familien, die Lebensverhältnisse der älteren Mitbürger, die Geburtenhäufigkeit und über die Erwerbstätigkeit von Frauen und Müttern. Vergleiche mit der Volkszählung 1961 zeigen die eingetretenen Änderungen auf.

Von besonderem Interesse für Untersuchungen des Erwerbstätigenpotentials und der Erwerbsquoten sind die Daten über die Erwerbstätigkeit der Frauen und Mütter, die in tiefer Gliederung deutliche Hinweise auf das Verhalten dieses Personenkreises geben. Von Bedeutung sind in diesem Zusammenhang auch die Ergebnisse dieses Bandes, die die Geburtenhäufigkeit zum Thema haben.

Zeichenerklärungen

— = nichts vorhanden	ϕ = Durchschnitt
0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit	p = vorläufige Angabe
. = kein Nachweis vorhanden/Angabe nicht möglich	r = berichtigte Angabe
... = Angabe fällt später an	s = geschätzte Angabe
() = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist	

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 - 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.

STATISTISCHE MONATSCHEFTE RHEINLAND-PFALZ * 1.-8. Jahrgang 1948-1955 unter dem Titel Wirtschaftszahlen Rheinland-Pfalz; 9. und 10. Jahrgang 1956 und 1957 unter dem Titel Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz * Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz - Satz: Druckerei Gebrüder Wester, Andernach - Druck: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz - Bezugspreis: Einzelheft DM 2,50, Jahresabonnement DM 25,— zuzüglich Zustellgebühr - Bestellungen direkt beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, 5427 Bad Ems, Mainzer Straße 15/16, Fernruf (0 26 03) 7 12 45 Telex 869 007 kvem d, oder durch den Buchhandel - Nachdruck mit Quellenangabe bei Einsenden eines Belegexemplars gestattet.